Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 30. Dienstag, den 19. April 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 8. April 1892 unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Franz Vorschke und Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Bachofen v. Echt, Dr. Linke entschuldigen ihre Ausbleiben, ebenso Herr Gem.-Rath Erndt wegen einer Geschäftsreise.

2. Der Herr Bürgermeister ist durch eine Sitzung im Landtage verhindert, der heutigen Sitzung, wenigstens vorläufig, beizuwohnen.

3. Herr Gem.-Rath Koch ersucht vom 10. April an um einen vierwöchentlichen Urlaub für eine Cur in Karlsbad. — Der Urlaub ist genehmigt.

Ich ersuche, die Einläufe zu verlesen.

4. Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

Resolution.

Die am 4. April 1892 versammelte Wählerschaft des V. Bezirkes ersucht den löblichen Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit aller Energie dahin zu wirken, dass der von der Imperial-Continental-Gas-Association durch nahezu ein halbes Jahrhundert betriebenen — — — — der Bevölkerung Wiens endlich einmal ein Ende gemacht werde. Sie spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die Verlängerung des bisherigen Vertrages mit dieser Gesellschaft aus, durch welche der Gemeindesäckel um viele Millionen Gulden zu Gunsten einer ausländischen Gesellschaft geschädigt wurde und sie verlangt die Besorgung des Gasgeschäftes in der eigenen Verwaltung der Gemeinde, durch welche allüberall anderwärts eine bedeutende Einnahmsquelle für die Gemeinde und eine Erleichterung des Gasverbrauches erzielt wurde.

Zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

5. Interpellation des **Gem.-Rathes Wünsch** und Genossen:

Über eine Interpellation des Herrn St.-R. Rückauf betreffend die Eingabe der Unternehmung der Wiener-Neustädter Tiefquellenleitung hat der Herr Bürgermeister in der Sitzung am 29. September 1891 die Erstattung eines bezüglichen Referates im Stadtrathe und Gemeinderathe in nächste Aussicht gestellt.

Am 6. November 1891 hat sodann Herr Gem.-Rath Zimmermann den Antrag eingebracht, der Herr Bürgermeister wolle mit der gedachten Unternehmung in Unterhandlungen eintreten. Seither wurde auch von einer Anzahl von Gemeinderäthen an den Herrn Bürgermeister das Ansuchen gestellt, auf Grund der Eingabe der financierenden Institute dieser Unternehmung, mit derselben Verhandlungen einzuleiten.

Die Gefertigten sehen sich nunmehr veranlasst, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. Aus welchen Gründen wurde das Referat des löblichen Bauamtes und des löblichen Magistrates über die Eingabe der Unternehmung der Wiener-Neustädter Tiefquellenleitung bisher dem löblichen Stadtrathe nicht vorgelegt?

2. Gedenkt der Herr Bürgermeister mit der genannten Unternehmung Unterhandlungen einzuleiten?

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das diesbezügliche Elaborat des Magistrates liegt seit einigen Tagen beim Herrn Bürgermeister. Es wird Veranlassung getroffen werden, dass in kurzer Zeit das Referat dem Stadtrathe zur Berathung zugewiesen werde.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Tagleicht:**

Nach der bestehenden Gemeindeordnung ist der Magistrat berechtigt, Anordnungen in localpolizeilichen Angelegenheiten zu treffen.

Indem es nun nothwendig und dringlich ist, der vorhandenen Staubentwicklung zu steuern, erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob er geneigt ist, den Magistrat aufzufordern, die bisher für die zehn alten Bezirke geltende zwangsweise Trottoirbespritzung und Reinigung nunmehr auch in den neuen Bezirken XI bis XIX anzuordnen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist zweifellos, dass für die zehn alten Bezirke eine Verordnung existiert, dass das

Trottoir bespritzt werden soll. Es ist das aber auch in den Vororten der Fall und wird nur wahrscheinlich nicht gehandhabt. Es findet morgen eine Sitzung des Magistrates statt, welche sich mit diesem Gegenstand befassen wird. Ich glaube, der Herr Antragsteller wird vorläufig damit zufrieden sein.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Silberer**:

Durch den Umbau des Hauses auf dem Kohlmarkt ist dortselbst der Verkehr sehr gestört. Die Fußgänger können nur eine Seite der Straße benützen und auch von der ohnehin engen Fahrbahn ist stets die Hälfte durch die Ziegelwagen occupiert. Unter solchen Umständen erscheint es als eine dringende Nothwendigkeit im Interesse des dort verkehrenden Publicums, dass dortselbst ein Wachtposten aufgestellt wird, welcher auf Freilassung der Passage sieht und an der ohnehin verengten Stelle keinen anderen Wagen, Fiaker, Equipagen 2c., das Stehenbleiben gestattet.

Demzufolge erlaube ich mir die ergebene Anfrage:

Ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, in geeigneter Weise dafür Sorge zu tragen, dass der oben ausgesprochene Wunsch Berücksichtigung findet.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich werde diese Interpellation dem Magistrate übergeben, der sich mit der Polizei-Direction ins Einvernehmen setzen wird.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Silberer**:

Aus den letzten officiellen Äußerungen Sr. Excellenz des Herrn Kriegsministers geht hervor, dass die Frage des factischen Kasernenverkaufes lange noch nicht soweit gediehen ist, als dies noch vor einigen Wochen den Anschein hatte. Unter solchen Umständen erlaube ich mir hiermit neuerdings auf den von mir seinerzeit gestellten Antrag wegen Ankaufes der Kasernen durch die Gemeinde zurückzukommen und an den geehrten Herrn Bürgermeister hiermit die Anfrage zu stellen:

Ob derselbe geneigt ist, diesen Antrag schleunigst in Vorberathung nehmen zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Da mir von diesem Antrage nichts bekannt ist, werde ich diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Ziegelwanger** wegen Pflasterungen von Straßen im XIII. Bezirke.

Der frühere Bezirksstraßen-Ausschuss hat mit Ende 1891 ein Vermögen von über 70.000 fl. (bares Geld) gehabt.

Von diesem Gelde hat die Commune Wien bei Theilung dieses Vermögens über 45.000 fl. übernommen. Da im Bezirksstraßen-Ausschuss solche Geldmittel vorhanden waren, beschloss derselbe vor drei Jahren, im Bezirke Hietzing diejenigen Bezirksstraßen, welche durch geschlossene Ortstheile führen, zu pflastern; voriges Jahr wurde bereits in Liesing und Atzgersdorf mit diesen Pflasterungen begonnen und heuer wäre in Hietzing die Hauptstraße vom Übergang am Platz bis zur Neuen Welt, zum Ausgang der Lainzer-, St. Veiter- und Auhofstraße gepflastert worden, wenn nicht mittlerweile die Einverleibung der Vororte vor sich gegangen wäre.

Auch war für das heurige Jahr im Budget des Bezirksstraßen-Ausschusses für die Umpflasterung der Hauptstraße in Penzing ein größerer Betrag eingestellt, da jedoch der Canalbau in dieser Straße in Aussicht genommen ist, will ich für heuer absehen, wäre jedoch anstatt dieses Straßenzuges die Parkgasse, in welcher voriges Jahr der große Sammelcanal gebaut wurde, dringend nothwendig zu pflastern, da auch dort das Pflaster der Tramwaygeleise sehr schlecht ist.

Weiters erlaube ich mir noch zu erwähnen: die Dampf-Tramway Krauß & Comp. durchfährt im XIII. Bezirk die Ortschaften Hietzing, Lainz und Speising, ferner von Hietzing durch Unter-St. Veit nach Ober-St. Veit.

Bei Erbauung, respective vor Concessionierung, wurde von Seite des Bezirksstraßen-Ausschusses und der Dampf-Tramway Krauß & Comp. ein Vertrag wegen Benützung der Bezirksstraßen geschlossen.

In diesem Vertrage ist ausdrücklich erwähnt, dass die Gesellschaft verpflichtet ist, auf jedesmaliges Verlangen des Bezirksstraßen-Ausschusses ihre Geleise auszupflastern und in den engen Straßenzügen auch die ganze Straßenbreite zu pflastern, es wurde einerseits im ehemaligen Bezirksstraßen-Ausschuss der Antrag gestellt, die Gesellschaft der Dampf-Tramway zu diesen Pflasterungen zu verpflichten, und wurde auch bereits zugesagt.

Ich erlaube mir noch weiter zu erwähnen, dass die Reichsstraße, Poststraße, welche durch Penzing, Baumgarten und Hütteldorf führt, in obigen Orten gepflastert ist, dass jedoch dieses Pflaster sich in einem miserablen Zustand befindet.

In Erwägung dieser Umstände stelle ich folgende Anträge:

Da die Commune vom Bezirksstraßen-Ausschuss Hietzing ein Vermögen von über 40.000 fl. übernommen hat, so sei

1. Die Hauptstraße in Hietzing vom Übergang am Platz bis zur Neuen Welt zu pflastern.

2. Sei die Parkgasse in Penzing zu pflastern und mit der Tramway zu verhandeln, dass die Geleise mit neuen Steinen gepflastert werden.

3. Es seien sofort mit der Dampf-Tramway Krauß & Comp. Verhandlungen einzuleiten, damit dieselbe verpflichtet wird, die Geleise in Hietzing, Lainz, Speising, Unter-St. Veit und Ober-St. Veit auszupflastern.

Ferner aus dringenden Verkehrsinteressen wären die engen Straßenzüge in Lainz, Speising und Ober-St. Veit zu pflastern.

Eine Pflasterung bei der Endstation in Ober-St. Veit ist dringend nothwendig.

4. Sind mit der hohen k. k. Statthalterei Verhandlungen einzuleiten, damit die Linzer Reichsstraße in Penzing, Baumgarten und Hütteldorf umgepflastert, respective neu gepflastert wird.

An den Stadtrath.

10. Antrag des **Gem.-Rathes Silberer** und Genossen:

Im Zusammenhange mit dem jüngsten Beschlusse des Gemeinderathes, das bisherige Abkommen mit der Transport-Gesellschaft nach Ablauf nicht mehr zu erneuern, erscheint es dringend geboten, sofort alle Vorkehrungen zu treffen, damit die Gemeinde Wien mit 30. Juni 1893 auch thatsächlich in der Lage sei, die gesammte Straßenreinigung neuorganisiert in eigener Regie beginnen zu können.

Da nun hierzu nicht nur beträchtliche Anschaffungen an Materiale, Fuhrwerken 2c., sondern auch Herstellungen von Bauten, wie Remisen, Stallungen, Depots 2c. erforderlich sind, so stellen die Gefertigten den Antrag:

Es mögen der Herr Bürgermeister und der Stadtrath sich unverweilt mit dieser Angelegenheit befassen, die diesbezüglichen Vorschläge, insbesonders das Stritzl'sche Elaborat eingehend zu prüfen und dem Plenum ehestens einen positiven Antrag zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

An den Stadtrath.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir schreiten zur Fortsetzung des Referates über das Budget. Ich ersuche die Herren Referenten, an den Referententisch zu treten. (Gem.-Rath Boschan und Gem.-Rath K. M. Mayer treten an den Referententisch.)

11. Referent Gem.-Rath Boschan: Wir gelangen zu den außerordentlichen Ausgaben in Bezug auf die Hochquellen-Wasserleitung, Seite 129, bei den Ausgaben „Erweiterungsbauten der Hochquellenleitung." Herstellung neuer Rohrstränge der Hochquellenleitung. 176.500 fl.

Diese Post erhöht sich um den Betrag von 173.000 fl. aus Anlass des vom Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter jüngst erstatteten Referates und es ist daher die Post mit 349.500 fl. einzustellen.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich habe einen weiteren Antrag zu stellen. Es sollen nämlich noch weiters 60.000 fl. zur Bestreitung der Auslagen für die Einleitung von Hochquellenwasser in die Colonie Kaisermühlen eingestellt werden. Ein Hauptgrund hiefür ist auch der, dass für die Zufuhr von Trinkwasser in diese Colonie jährlich ein Betrag eingestellt wurde;

Sie finden denselben auf Seite 183 unter „Sanitätswesen", ein Beweis, dass sowohl der Magistrat als der Stadtrath anerkennen, dass aus sanitären Gründen schon das Wasser für Kaisermühlen dringend nothwendig ist. Um nun ein Definitivum zu schaffen, wird beantragt, eine Leitung dahin auszuführen und ich ersuche Sie, für diesen Zweck 60.000 fl. in das Budget einzustellen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Meine Herren, es ist richtig, dass die Colonie Kaisermühlen kein Hochquellenwasser hat; diese Angelegenheit war bereits wiederholt in Verhandlung; es ist jedoch erfahrungsgemäß, dass, wenn das Hochquellenwasser über die große Donau nach Kaisermühlen geleitet wird, dasselbe bei dem verhältnismäßig geringen Absatz daselbst ziemlich warm hinkommt, daher die Bewohner nicht besonders befriediget würden, abgesehen davon, dass die Kosten bedeutende wären, denn die 60.000 fl. würden nur die erste Rate bilden. Das ganze Project würde 120.000 fl. mindestens kosten. Ich bitte daher, von der Einstellung dieses Betrages vorläufig Abstand zu nehmen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich stehe größtentheils auf dem Standpunkte des Herrn Referenten vom Stadtrathe, aber bei dieser Post kann ich nicht umhin, den Herrn Referenten der Budget-Commission zu unterstützen. Es ist eine Angelegenheit, welche den Gemeinderath durch eine Reihe von Jahren beschäftigt. Solange die Wasserleitung besteht, beschäftigt sich der Gemeinderath mit dieser Frage. Ich selbst war im alten Gemeinderathe in der Finanzsection, wo nicht bloß, wie der Herr Budget-Referent sagt, 5000 fl. in das Budget eingestellt wurden; es hat Jahre gegeben, wo das jährlich 6000 bis 8000 fl. gekostet hat. Wenn Sie diese 6000 fl. als Zinsen nehmen, so gehört dazu ein Capital von 120.000 fl.

Endlich sind die Kaisermühlen ein Theil der Stadt Wien; angefangen muss werden. Ich freue mich, dass dieser Betrag eingesetzt wurde.

In zwei bis drei Jahren werden dann die Kaisermühlen mit Hochquellenwasser versorgt sein. Es hat immer Schwierigkeiten gemacht. Das ist selbstverständlich, aber einmal muss man doch darangehen und einen Betrag hiefür ins Budget einstellen. Es ist nicht möglich, dass in einem Jahre die ganze Trace ausgeführt werde. Das ist nicht denkbar. Zumindestens soll mit diesem Betrage der Anfang gemacht werden, damit der alljährlich wiederkehrende Betrag endlich einmal aufhört. Der Referent des Stadtrathes sagt: ja, das Wasser wird in den Röhren warm hinüberkommen. In welchem Zustande kommt es jetzt hinüber? Es wird zugeführt, und zwar schon durch circa zwanzig Jahre, was endlich einmal aufhören muss. Das Wasser wird, wenn die Rohrleitung besteht, gewiss in besserem Zustande hinüberkommen als jetzt, wo es in Fässern zugeführt wird. Ich empfehle Ihnen daher, als erste Rate den Betrag von 60.000 fl. einzustellen, damit dieser Theil endlich einmal Wasser bekommt; das Wasser wird sicher dann ein besseres sein, als wenn es mit Fässern zugeführt wird.

Gem.-Rath Tagleicht: Ich ersuche Sie dringlichst, für die Einstellung der von der Budget-Commission vorgeschlagenen Ziffer von 60.000 fl. zu stimmen. Es ist nicht denkbar, dass der Zustand, wie er bis jetzt hinsichtlich des Trinkwassers in Kaisermühlen herrscht, noch weiter aufrechterhalten bleiben soll von der Gemeindevertretung, welche zu jeder Zeit darauf bedacht ist, der Bevölkerung nur gutes Wasser zu bieten; mit den Kaisermühlen eine Ausnahme zu machen, wäre gewiss ein großes Unrecht. Es ist auch gar nicht anzunehmen, dass die Verhältnisse noch länger sich so forterhalten ließen; die Colonie Kaisermühlen hat eine Bevölkerung von circa 5000 Seelen und ich bin wohl der Meinung, dass die Zuleitung von Hochquellenwasser jedenfalls darnach angethan ist, diesen Bezirk zu verdichten und ihn noch reichlicher zu bevölkern. Die Colonie Kaisermühlen ist gar nicht in der Lage, das dort befindliche Brunnenwasser, welches Seihwasser ist, zu benützen, und die zugeführten Wassermassen befinden sich in außerordentlich schlechtem Zustand. Das Wasser wird in den allen Wienern mehr oder minder bekannten Fässern zugeführt und im Hochsommer ist dasselbe ungenießbar, bis es hinüberkommt. Also aus sanitären Gründen und aus Gründen, welche die Gleichstellung aller Wiener erheischen, ist es wirklich höchst zweckmäßig und dringlich, dass mit der Einführung der Wasserleitung in Kaisermühlen endlich begonnen werde. Ich ersuche dringlichst, dass diese 60.000 fl. ins Budget eingesetzt werden.

Gem.-Rath Hawranek: Ich begrüße auf das freundlichste diesen Antrag der Budget-Commission. Die Befürchtungen des St.-R. Boschan theile ich nicht; denn erstens müssen Sie die Röhren einmachen, damit das Wasser im Winter nicht einfriert, und wenn das gut gemacht wird, so ist dann auch die Möglichkeit nicht verhanden, dass es im Sommer warm wird. Es wird dieselbe Frische haben, wie im I. oder einem anderen beliebigen Bezirke. Nachdem bereits mehrere Redner für diese Budgetpost eingetreten sind, so glaube ich schließen zu können. Ich habe nichts weiter beizufügen und nur zu ersuchen, dass dem Antrage des Referenten der Budget-Commission auf Einstellung von 60.000 fl. zugestimmt werde.

Gem.-Rath Dr. Kholzberg: Über diese Post hat sich in der Budget-Commission eine lebhafte Debatte entsponnen, aber nicht vielleicht in dem Sinne, dass die Mitglieder der Budget-Commission gegen diese Post gesprochen haben, sondern sämmtliche Mitglieder derselben sind für diese Post eingetreten aus nachfolgenden Gründen: 1. In sanitärer Hinsicht, 2. in finanzieller Hinsicht; denn, wenn auch der Stadtrath-Referent erklärt, dass, wenn man das Wasser hinüberleitet, der Bedarf und Absatz kein besonders großer ist, nun, so werden dementsprechend auch nicht besondere Rohre gelegt werden und das Wasser wird noch immer in einem besseren Zustande hinüberkommen, als wenn es in diesen schmutzigen Fässern hinübergeführt wird und in einem solchen Zustande dort anlangt, dass die Leute, wenn sie herbeikommen, um das Wasser wirklich auszufassen, es nicht genießen können und einfach wegschütten müssen. Diese Verhältnisse werden sich in dem Momente ändern, als das Wasser hinüberfließt und dort zwei bis drei Auslaufbrunnen sein werden, so dass man doch rechnen kann, dass das Wasser eine gewisse Frische infolge des fortwährendes Zulaufes haben kann.

Ich bin dafür auch aus finanziellen Gründen, weil die Versorgung der Kaisermühlen mit Trinkwasser heute schon 5000 fl. kostet. Wenn Sie annehmen, dass das ganze Hinüberleiten des Wassers ungefähr auf 120.000 fl. zu stehen kommt, so haben Sie das einfach capitalisiert. Es kostet nicht mehr, sondern wir erreichen nur das Bessere; und wenn ich von zwei Mitteln das bessere wählen kann, so werde ich jederzeit das bessere wählen. Es könnte nach mir ein Herr auftreten und sagen: Gegen das Project stemmt sich die Regierung, und zwar aus dem Grunde, weil nicht wir Besitzer der Brücke sind, sondern die Regierung. Das sind bloße Formalitäten, denn, wenn wir die Röhren hinüberleiten wollten, wird die Regierung uns dazu gewiss die Concession

geben. Wir haben seinerzeit darum angesucht, unser Ansuchen ist aber noch nicht erledigt worden, und es bedarf nur einer Urgenz, die Regierung wird nichts dagegen einzuwenden haben, denn in erster Linie ist der Staat berufen, über die sanitären Verhältnisse zu wachen und die Versorgung mit gutem Trinkwasser gehört in erster Linie dazu.

Gem.-Rath Geitler: Nach den Ausführungen des letzten Herrn Redners verzichte ich auf das Wort.

Gem.-Rath Weitmann: Es ist charakteristisch, dass in einem sehr alten Gemeindegebiete von Wien heute noch vormärzliche Zustände herrschen. Man soll es nicht glauben, dass das Wasser heute noch wie ehemals mit Wägen einem Stadttheil zugeführt wird. Wenn der Herr Budget-Referent die Einwendung macht, dass das Wasser warm herüberkommen würde, so wiederhole ich, dass es trinkbarer hinüberkommt, wenn es hinübergeleitet wird. Wenn das Wasser auch während des Rinnens über die Brücke wärmer wird, so kann man es drüben in eine kühlere Erdschichte legen und wieder abkühlen und so wird das Wasser genießbar sein. Das ist jedenfalls bedeutend besser, als wenn das Wasser zugeführt wird. Schließlich und endlich sind wir auch verpflichtet, diesem Gemeindegebiet sein Recht werden zu lassen, denn es zahlt Steuern und Abgaben und wir haben durch Jahre her immer versprochen, dass wir dort Wasser einleiten werden; es ist aber nie dazu gekommen. Üben wir heute Gerechtigkeit und fassen wir diesen Beschluss. Ich stimme dafür, dass die 60.000 fl. eingestellt werden, damit auch diesem Gemeindetheil das nöthige, ihm gebürende Wasser zugeleitet werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Da niemand mehr vorgemerkt, ist die Debatte geschlossen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich verzichte.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich werde ganz kurz sprechen. Ich habe mir eben die Daten geben lassen, weil hier von einem Betrage von 120.000 fl. gesprochen wird. Das möchte ich richtigstellen. Es liegt seitens des Stadtbauamtes bereits ein ausgearbeiteter Vorschlag vor und es betragen die gesammten Kosten, nämlich die Rohrleitung und die Auslaufbrunnen 67.800 fl. Es ist möglich, wenn sie diesen Betrag genehmigen, damit die Leitung fast ganz durchzuführen und es wird endlich dem Bezirke gewährt, was er verdient und wozu er, nachdem er die Pflichten mit uns trägt, auch ein gewisses Recht hat. Ich bitte daher, gütigst den Anträgen zuzustimmen. Schwierigkeiten mit dem Ärar werden kaum bestehen und ich glaube, dass die diesbezügliche Verhandlung leicht durchzuführen sein wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir schreiten zur Abstimmung. Seitens des Stadtrathes werden zwei Posten beantragt: eine ursprüngliche von 176.500 fl. und eine nachträgliche von 173.000 fl. Eine Einwendung ist nicht erhoben worden; ich ersuche die Herren, welche mit diesen Posten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ferner wurde von der Budget-Commission der Antrag gestellt, den Betrag von 60.000 fl. zum Zwecke der Fortführung der Hochquellenleitung über die Kronprinz Rudolfsbrücke nach den Kaisermühlen einzustellen. Jene Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Arnhart (zur Geschäftsordnung): Es wurde von unserer Seite vom Collegen Brauneiß eine Resolution von Wählern aus dem XIV. Bezirke heute um 1/4 5 Uhr überreicht; diese Resolution beschäftigt sich mit der Angelegenheit Richter-Steiner. Ich erlaube mir nun an den Herrn Vorsitzenden die Anfrage zu richten, warum diese Resolution nicht zur Verlesung gebracht wurde.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich behandle dies als eine Privatsache; wenden Sie sich an Herrn Dr. Richter, mit dem Gemeinderathe hat das nichts zu schaffen. (Rufe links: Das ist keine Privatsache!) Ich werde diese Resolution auch nicht zur Verlesung bringen.

Gem.-Rath Arnhart (zur Geschäftsordnung): Ich constatiere, dass solche Resolutionen des öfteren bereits hier verlesen worden sind; diese Resolution beschäftigt sich mit einer Angelegenheit, die im Gemeinderathe vorgefallen ist, ich würde daher bitten, sie zur Verlesung zu bringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es thut mir leid, ich lasse sie nicht verlesen. Ich bitte fortzufahren.

Referent Gem.-Rath Boschan: Aus Anlass dieser Investitionsbeträge für die Hochquellenleitung habe ich einen generellen Antrag vorzubringen. Diese Auslagen für die Wasserleitung sollen nicht als currente das Budget belasten, weil es nicht Auslagen sind, die alljährlich wiederkehren, sondern sie sind für Investitionen bestimmt. Wenn die Angelegenheit weiter fortgeht, wenn die Entschädigungen an die Wasserrechtsbesitzer, an die Grundbesitzer u. s. w. geleistet werden müssen, unterliegt es keinem Zweifel, dass die Gemeinde zur Aufnahme eines Anlehens wird schreiten müssen. Es ist daher nicht mehr als zweckmäßig, auch recht und billig, dass jene Beträge, welche sie vorschussweise geleistet hat und noch leisten wird, seinerzeit aus dem Anlehen zu refundieren sind. Der Stadtrath stellt daher den Antrag (liest): „Der Stadtrath beantragt, die für die Erweiterung der Hochquellenleitung bisher aufgelaufenen und die in diesem Budget sowie eventuell in folgenden aus den currenten Einnahmen bedeckten Auslagen sind aus dem nächsten Anlehen zu refundieren."

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich ersuche jene Herren, welche für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einverstanden.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich habe gleichfalls einen generellen Antrag zu stellen, dahin gehend, es wird ersucht, das Referat betreffend die Fortführung der Hochquellenleitung über die Kronprinz Rudolfsbrücke zu den Kaisermühlen, sei ehestens zu erstatten.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Bitte jene Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einverstanden.

Referent Gem.-Rath Boschan: Wir können also fortfahren. Seite 131:

Anschaffung von Wassermessern für neu hinzukommende Hausleitungen . . . . . 30.000 fl.
Unterfahrung der Quellen des großen Höllenthales . 40.000 fl.
Vorauslagen für die Einleitung neuer Quellen und für Studien in Angelegenheit der Ergänzung der Wasserversorgung 80.000 fl.
Herstellung des Stollens vom großen Höllenthale zum Kaiserbrunnen . . . . . 150.000 fl.
Nun kommt die Zuleitung der Quellen oberhalb des großen Höllenthales . . . . . 500.000 fl.

Für diesen Betrag kommt jedoch ein weiterer Betrag von 170.000 fl. welcher ebenfalls mit Plenar-Beschluss vom 30. März genehmigt wurde. Es bezieht sich das auf die Lieferung von Röhren, Schiefer

und Portland-Cement bis zur Leitung im Naßwald; es erhöht sich daher die Post auf 670.000 fl. Weiters kommt noch der Betrag von 6600 fl. auf Rubrik XXVI 6 g „Erweiterung des Röhrendepots am Laaerberge", welche ebenfalls mit diesen Bauten im Zusammenhang steht.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich möchte nur zur Anschaffung von Wassermessern ein paar kleine Bemerkungen machen. Es ist Ihnen vielleicht nicht bekannt, dass wir nun in den 17 Betriebsjahren es beinahe auf ebensoviele Systeme gebracht haben; wir haben eben heute in Wien 14 verschiedene Systeme von Wassermessern in Verwendung. Nun ist es ganz recht, wenn man verschiedene Systeme einschaltet und probiert, damit man endlich zu etwas Gutem gelange. Wenn man aber einmal 14, 15 Jahre probiert hat, so müsste man doch endlich einmal zu einem Resultat gelangt sein; das wäre keine unbescheidene Forderung. Nun stehen wir vor der neuen Wasserversorgung von Wien, es wird bereits an der Erweiterung des Rohrnetzes für die neuen Bezirke gearbeitet, und Sie wissen, dass wir da draußen circa 12.000 Häuser haben, und wenn auch natürlich diese Versorgung nicht im Handumdrehen geschieht, so müssen wir doch damit rechnen, dass diese 12.000 Häuser 12.000 Wassermesser brauchen. Wir haben jetzt beiläufig 12.000 Wassermesser, brauchen also noch soviel, wir sind in der Mitte drin, und ich glaube, dass das der Moment ist, wo man sich einen Augenblick besinnen und sich die Frage nahelegen soll, ob wir nicht doch einmal zu einem bestimmten System greifen sollten, wie es in anderen Städten der Fall ist, wo man auch in den ersten fünf, sechs und sieben Jahren verschiedene Systeme probiert hat, aber endlich ein System adoptiert hat und bei diesem System geblieben ist. Das ist natürlich und praktisch. Aber so können wir nicht fortarbeiten. Ich höre, dass jetzt wieder zwei oder drei neue Wassermesser vorgelegt sind. Das geht nicht so fort. Bestellen wir von jedem System 50 oder 100 Stück, weil sonst der betreffende Mann nicht im Stande ist zu concurrieren und wenn wir nur fünf Stück probieren, die ganze Probe nichts nützt. Von verschiedenen Systemen wurden fünf oder zehn Stück eingeschaltet. Eine solche Probe ist „für die Katz". Zu einer Probe müssen wenigstens 100 Stück von einem System eingeschaltet werden und diese 100 Wassermesser müssen mit 100 anderen unter den gleichen Druckverhältnissen probiert werden. Wenn ein solcher unglücklicher Fabrikant fünf Wassermesser an sogenannten Endleitungen hat, so gehen diese zu Grunde, weil sich dort der ganze Schlamm hineinsetzt und es heißt dann, sie sind nichts nutz, ebenso, wenn sie dort aufgestellt werden, wo ein Druck von sechs Atmosphären ist. Sie wissen ja, dass in einzelnen Theilen von Wien sechs Atmosphären, in anderen nur drei Atmosphären Druck sind. Das ist etwas sehr Verschiedenes. Bei einem Druck von sechs Atmosphären ist die Geschwindigkeit eine größere, die Wassermesser werden mehr abgenutzt und die Probe ist nicht gleich.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (unterbrechend): Darf ich bitten. Wir haben nicht über Wassermesser zu sprechen.

Gem.-Rath Rosenstingl. Ich glaube es steht die Post „Anschaffung von Wassermessern 30.000 fl." in Verhandlung. (Rufe: Ist schon abgestimmt worden!) Ich glaube, die Sache ist nicht unwichtig, und wenn die Herren der Meinung sind, dass ich mir erlauben darf, darüber einige Worte zu sprechen (Lebhafte Zustimmung), so bitte ich darum. Es fällt mir nicht ein, die Ablehnung dieser Post zu beantragen. *Aber ich möchte den* Wunsch aussprechen, dass bei der Bestellung der Wassermesser für das Jahr 1892 man die äußerste Vorsicht walten läßt, und dass man nur gerade jenes Quantum, welches unbedingt nöthig ist, anschaffe, aber nicht um 30.000 fl.; vielleicht wird man mit 3000 oder 4000 fl. sich zur Noth behelfen können. Wir haben oft jahrelang Hunderte von Häusern ohne Wassermesser in Betrieb gehabt, und man weiß Häuser, wo das ganze Jahr eine Wasserverschwendung nicht stattgefunden hat. Ich bin nicht für die Ausschaltung ohneweiters, aber man kann sich auch so behelfen; ich habe das selbst jahrelang mitgemacht. Man sollte das Jahr 1892 benützen, um dieser Frage mit einer gewissen Aufmerksamkeit näher zu treten. Ich möchte auch wünschen, dass dies nicht im Kreise des Stadtrathes allein abgemacht, sondern dass dieses Studium in der Weise ausgedehnt wird, dass etwas weitere Kreise miteinbezogen werden.

Ich will doch hoffen, dass man jetzt Erfahrungen genug hätte, um endlich zu einem gewissen System zu gelangen. Ich muss noch auf einen Umstand aufmerksam machen, der mir sehr wichtig zu sein scheint.

Wir haben bis jetzt nur Rotations-Wassermesser in Betrieb und es ist Ihnen vielleicht bekannt, dass das Aichamt sich nicht dazu bereit finden läßt, den Rotations-Wassermesser, weil er nur ein Percentual-Wassermesser ist, zu aichen. Das ist eine sehr unangenehme rechtliche Geschichte. Ich will derselben aber nicht näher treten; ich glaube, dass man sich auch damit behelfen könnte, wenn von der Behörde amtlich approbierte Wassermesser hinausgegeben würden, indem statt des Wortes „geaichte" das Wort „amtlich approbiert" gewählt würde. Das ist keine Wortspalterei; das ist factisch ein Proportional-Wassermesser nach dem Begriffe des Aichens. Den Volumenmesser kann man nicht aichen.

Geaicht können nur die sogenannten Kolben-Wassermesser werden, wir haben aber bis jetzt keine solchen, denn diejenigen, die bis jetzt probiert wurden, haben sich nicht als praktisch bewährt, theils weil sie ungeheuer groß, theils weil sie zu theuer waren oder einen großen Druckverlust im Gefolge hatten.

Aus verschiedenen Gründen also hat man sich bis jetzt in Wien für die Kolben-Wassermesser nicht entschließen können.

Ich möchte übrigens die Möglichkeit nicht ausschließen, dass das Aichamt in Zukunft sich bereit erklären wird, die Wassermesser zu aichen. Jetzt stehen wir aber immer vor einer ungelösten Frage, wir können mit jedem Hausherrn in Streit gerathen, was sehr unangenehm ist, eben weil diese Wassermesser nicht geaicht sind, wenn wir aber eine amtliche Erprobung derselben producieren könnten, wenn es zum Beispiel heißt, dieser Wassermesser läßt proportional bis zu einer bestimmten Grenze gut und genau ablesen, so hat sich dann die Partei und auch die Commune zu fügen und jeder Theil wird anerkennen, was der Wassermesser gezeigt hat.

Auf diese Weise würden wir eine sehr unleidliche Frage aus der Welt schaffen. Denn ich sage Ihnen, wenn das Wiener Publicum nicht an sich sehr gemüthlich und gut gelaunt wäre, wenn wir es mit einem anderen Publicum zu thun hätten, wären diese Wassermesser die Quelle von hundertfachen Processen.

Gott sei Dank ist das nicht der Fall, aber ich glaube, man sollte es nicht darauf ankommen lassen, um dieser Frage endlich näher zu treten, damit sie klarer gestellt und eine Rechtsbasis geschaffen werde.

Ich werde mir nicht erlauben, eine Resolution zu beantragen, oder einen Wunsch auszudrücken, weil dies kürzlich nicht gestattet wurde.

Ich erlaube mir aber, Ihre Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand zu lenken, dessen Wichtigkeit mir wenigstens außerordentlich groß erscheint und ich glaube auch, dass die Herren Stadträthe davon Kenntnis nehmen und vielleicht bei Anschaffung von Wassermessern auf diese Äußerungen Bedacht nehmen werden. Sonst wollte ich nichts bemerken.

Referent Gem.-Rath Boschan: Meine Herren, von den Wassermessern gilt dasselbe wie von den Uhren, keine Uhr kann vollkommen richtig gehen, aber besser ist es, eine etwas minder gute Uhr zu haben als gar keine; so ist es auch mit den Wassermessern.

Übrigens halte ich es nicht für zweckmäßig, gar so laut zu sagen, dass unsere Wassermesser nicht sicher gehen, weil sie dadurch im Publicum discreditiert werden. Im Stadtbauamte werden fortwährend Versuche gemacht und es geschieht alles, um diese Apparate zu verbessern und so zu gestalten, dass sie klaglos functionieren und einen gerichtsordnungsmäßigen Beweis für das gelieferte Wasser abgeben. Daher möchte ich bitten, diese Debatte womöglich nicht allzusehr auszuspinnen.

Gem.-Rath Bärtl: Es ist Thatsache, dass wir für diese Wassermesser schon riesige Summen ausgegeben haben. Es hat eine Zeit gegeben, wo der betreffende Herr Referent sagte, es sei schon gut, wenn der Wassermesser im Keller ist, er kann functionieren, wie er will, er ist nur zum Schrecken, da stimme ich mit dem Herrn Vertreter des VII. Bezirkes überein, dass in dieser Frage einmal etwas Positives, Nützliches geschaffen werden soll, denn seit einer Reihe von Jahren wird fortwährend probiert und die Anschaffungen nehmen kein Ende, weil viele Wassermesser zugrunde gehen oder zurückgestellt werden müssen. Es wäre höchste Zeit, in dieser Angelegenheit etwas Positives zu thun. Ich habe mir aber das Wort zu Rubrik XVI 6, Post e und f erbeten, zu den eingestellten 650.000 fl. Das wird seinerzeit refundirt? Ist das richtig? (Referent Gem.-Rath Boschan: Ja!) Dann bin ich zufrieden.

Gem.-Rath Schlechter: Ich möchte nur auf einige Worte des Herrn Gem.-Rathes Rosenstingl zurückkommen. Ich glaube, die sachlichen Erörterungen, die er gegeben hat, werden von den Mitgliedern des Stadtrathes gewiss gerne entgegengenommen werden und an passender Stelle auch zur Anwendung gelangen, nur mit dem Punkte, glaube ich, dürfen wir uns nicht einverstanden erklären, dass nur ein einziges System adoptiert wird, und zwar deshalb, weil wir für den betreffenden kein Monopol schaffen wollen, was gewiss nicht im Interesse der Gemeinde gelegen wäre; aber ich möchte sachlich darauf aufmerksam machen und er wird das auch sehr gut wissen, dass bezüglich der Proben der offerierten Wassermesser mit der größten Rigorosität vorgegangen wird, und ich glaube, der Herr College wird ganz gut die Bedingungen kennen, welche ausgeschrieben sind und welche Bedingnisse zu erfüllen sind, wenn die Offerte angenommen werden. Er wird wissen, dass eine der strengsten Bedingungen jener Grad von Empfindlichkeit ist, dass der Apparat einen Durchfluss von 1 l in einer Minute noch zur Anzeige bringt. Es dürfte ihn auch interessieren, dass, trotzdem im Vorjahre bei einer Offertverhandlung für 500 Stück nur fünf Offerte eingelangt sind, wir diese Offerte nicht genehmigt haben, weil die betreffenden Stücke den Bedingungen nicht vollständig entsprochen haben. Wir werden also, und es ist das bereits geschehen, eine neue Offertverhandlung ausschreiben und unsere Bedingnisse unter allen Umständen hochhalten. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin zu bemerken, dass über die Wassermesser, wie ich glaube, sehr vorsichtig gesprochen werden soll. Ich glaube, es liegt nicht im Interesse der Gemeinde, den Stab zu brechen über unsere Wassermesser und der Herr College Rosenstingl wird auch zugeben, dass die Fortschritte, welche die Technik in diesem Instrumente in den letzten Jahren gemacht hat, bedeutend sind und unser Publicum über das richtige Functionieren dieser Wassermesser sehr beruhigt sein kann. Wenn ein Herr Collega gesagt hat, dass diese Wassermesser sehr viel Geld kosten, so hat er Recht, es ist ein theueres Instrument, aber es geht auch in viele Tausende, wenn ein Mehrverbrauch angezeigt wird. Die Wassermesser liegen daher auch im intensivsten Interesse der Commune. Nachdem kein Antrag vorliegt, diese 30.000 fl. zu streichen, da dies niemandem einfallen wird, so glaube ich, weitere Bemerkungen nicht daran knüpfen zu sollen und beantrage, die vom Referenten beantragte Post einzustellen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich glaube, dass diese Angelegenheit genügend besprochen wurde und erlaube mir, Schluss der Debatte zu beantragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist Schluss der Debatte beantragt. — Angenommen.

Gem.-Rath Jedlička: Ich glaube, es handelt sich um Post 7 Rubrik XXVI, auf Seite 133, nicht wahr? Da habe ich bemerkt, dass der Herr Collega Rosenstingl über einen bereits abgethanen Gegenstand, über welchen die Debatte bereits geschlossen war, lange Zeit gesprochen hat. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, gewähren Sie unserer Seite. . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (unterbrechend): Es ist nicht richtig; es ist nicht abgestimmt worden von Post 6 b angefangen. Lassen Sie daher Ihre Kritik, ich gehe gewissenhaft vor. Jetzt fahren Sie fort.

Gem.-Rath Jedlička: Über diesen Gegenstand war die Debatte schon geschlossen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist nicht richtig, ich kann Ihnen nicht helfen.

Gem.-Rath Jedlička: Sie brauchen mir nicht zu helfen, aber lassen Sie uns reden, wenn der Gegenstand auf der Tagesordnung steht. Ich möchte an den Herrn Referenten eine Anfrage bezüglich des Verputzes des Aquäductes richten. Man sieht, wenn man in Liesing ist und den Aquäduct durchgeht, dass das ganze Jahr das Wasser hindurch sickert. Ich erlaube mir die Anfrage an den Herrn Referenten, ob nicht vielleicht das schon bereits geschehen ist, oder wenn nicht, ob es nicht am Platze wäre, an dem Aquäducte, an den hohen Brücken steinerne oder eiserne Rinnen zu legen. Mit dem Verputzen geht es nicht. Ich habe mir im vorigen Jahre draußen die Geschichte angesehen, es ist schauderhaft. Es rinnt ordentlich ein Strom von Wasser herunter. Das Wasser arbeitet immer vorwärts, wenn eine geringe Eruption geschieht, liegt der ganze Krempel da. Ich bitte den Herrn Referenten, mir zu sagen, ob in dem Aquäduct, welcher hoch liegt, mit Eisen ausgefütterte Rinnen sind?

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich kann erwidern, dass an dem Verputze des Aquäductes gegenwärtig gearbeitet wird und eine Isolierschichte gemacht wird, aber nicht aus Eisen, sondern aus gutem Cement, welcher am Grunde des Aquäductes gelegt wird, wo sie à jour ist. Ich glaube, dass Eisen nicht so gut ist, weil es vielleicht oxidieren würde und bei der Verschiedenheit der Temperatur auch Reibungen entstehen. Jedenfalls ist es besser, wenn

Cement verwendet wird. Das wird geschehen und wird mit dem besten Erfolge ausgeführt werden.

Gem.-Rath Jedlička: Ich kann von meinen Bedenken nicht abgehen. Es kommt mir so vor, als wenn wir eines schönen Tages ein großes Unglück erleben sollten, wenn nicht vorgesorgt wird. Wenn das Eisen nicht taugt, so wird sich doch ein anderes Material finden lassen, welches zu diesen Zwecke taugt. Wenn das Innere des Aquäductes mit einem anderen Materiale, z. B. Zinn oder dergleichen, ausgelegt wird, dann hört das Tröpfeln auf.

Ich stelle den positiven Antrag: „Der Stadtrath wird ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht für die Sicherheit der Aquäducte vom Vortheil wäre, das Wassergerinne, nämlich die Sohle des Aquäductes aus irgend einem passenden Material herzustellen".

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe nichts mehr zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wir können vorläufig — bis der Antrag Gem.-Rath Jedlička vorliegt — über die einzelnen Positionen abstimmen. Es ist abzustimmen über XXVI, Post 6 lit. b, c, d, e, f und Post 6, 7, 8 bis zum Schlusse, wobei ich bemerke, dass Erhöhungen vorgekommen sind, und zwar wurde die Post per 500.000 fl. für Bauten oberhalb des Höllenthales auf 670.000 fl. erhöht und für die Erweiterung des Röhrendepots am Laaerberg der Betrag von 6600 fl. eingestellt.

Referent Gem.-Rath Boschan: Es ist noch eine kleine Änderung vorgenommen worden, der Betrag von 5000 fl. für die Erbauung eines Wächterhauses beim Aquäduct in Baden wurde auf 3000 fl. herabgesetzt, weil man glaubt, mit diesem Betrage das Auslangen zu finden.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Jene Herren, welche mit den sämmtlichen Positionen, auch mit der Post per 3000 fl. einverstanden sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die Herren sind auch einverstanden, dass der Antrag Jedlička, welcher dahin geht, dass der Stadtrath ersucht werde, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht für die Sicherheit der Aquäducte von Vortheil wäre, dass Wassergerinne, nämlich die Sohle der Aquäducte aus irgend einem passenden Materiale herzustellen, dem Stadtrathe zugewiesen werde? Ich bitte die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minorität. (Rufe: Die Majorität!) Nein, dann bitte ich aufzustehen. (Geschieht.) Jetzt ist es die Majorität. Die Zuweisung ist beschlossen.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich bitte mir zu gestatten, dass ich eine persönliche Bemerkung mache, dass ich mit keinem Worte die Qualität unseres Wassermessers angegriffen habe. Ich bin total mißverstanden worden. Ich habe lediglich gesagt: Ich möchte, dass man von sechzehn, siebzehn Systemen auf fünf bis sechs herunterkommen solle, aber von einer Schlechtermachung oder Herabsetzung der Qualität habe ich nichts gesagt. Ich muss mich dringendst dagegen verwahren, dass ich in dieser Richtung auch nur eine Andeutung gemacht habe.

Referent Gem.-Rath Boschan: Seite 134, Canäle. Rubr. XXVII, in der Einnahme: Canaleinmündungs-Gebüren 186.800 fl.

Beiträge für Canalbenützung . . . . . 270 fl.
Beiträge für Räumung der Hauscanäle . . . . 241.160 fl.

Dieser Betrag ändert sich in Übereinstimmung mit dem in Rubr. XXVII, Post 2 b α veranschlagten Betrage für die Räumung der Hauscanäle. Diese Post kommt in den Ausgaben im gleichen Betrage vor.

Durchgeführte Gebüren . . . . . 2.980 fl.

Rubr. XXVII, Post 1. „Erhaltung der Canäle sammt Canalbauten."

a) Currente Erhaltung der Canäle . . . . . 84.400 fl.
b) Canal-Neubauten . . . . . 284.300 fl.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Zu den Canalbauten habe ich gleichfalls einen Antrag der Budget-Commission zu stellen. Es lagen uns — heute befinden sich die Herren im Besitze — damals nicht die gedruckten Anschläge über die auszuführenden Canalbauten vor. Es ist uns jedoch gelungen, während der Verhandlungen diese Zusammenstellungen zu bekommen, und es hat sich herausgestellt, dass für die einbezogenen Vororte Canalherstellungen im Betrage von 201.700 fl. geplant sind. Nachdem in dem Voranschlage des Magistrates nur der Betrag von 150.000 fl. eingestellt war, beantragt die Budget-Commission mit Rücksicht auf die nothwendige Herstellung von Canalbauten in den Vororten, diesen Betrag um 50.000 fl. für die Vororte zu erhöhen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht jemand das Wort über diese Angelegenheit? (Niemand meldet sich.) Dann bitte ich jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan: c) Canal-Umbauten 60.300 fl.

Post 2. „Räumung der Canäle."

a) Der öffentlichen Canäle:
   α) Effective Auslagen . . . . . 106.770 fl.
   β) Durchgeführter Zinswert . . . . . 60 fl.
b) Der Hauscanäle:
   α) Effective Auslagen . . . . . 241.160 fl.
   β) Durchgeführter Zinswert . . . . . 140 fl.

Damit ist Gruppe VI fertig.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Da keine Einwendung erhoben wird, sind diese Posten angenommen. (Zustimmung.)

Es wurde daher beschlossen, bei Gruppe VI, Rubr. XXVI die Ausgabs-Post-Nummern 6 b bis g, 7 und 8, bei Rubr. XXVII die Einnahms-Post-Nummern 1 bis 4 und die Ausgabs-Post-Nummern 1 a, 1 c und 2 nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtraths- und des Budget Commissions-Referenten, bei Rubr. XXVI die Ausgabs-Post-Nummer 6 a und bei Rubr. XXVII die Ausgabs-Post-Nummer 1 b nach den Anträgen des Budget-Commissions-Referenten zu genehmigen.

Die für die Erweiterung der Hochquellenleitung bisher aufgelaufenen und die in diesem Budget sowie eventuell in folgenden aus den currenten Einnahmen bedeckten Auslagen sind aus dem nächsten Anlehen zu refundieren.

Referent Gem.-Rath Boschan: VII. Gruppe: „Markt- und Approvisionierungswesen", Seite 138.

Einnahmen.

Rubr. XXVIII „Märkte und Marktaufsicht".

Post 1. Marktgebüren:

a) Von offenen Märkten . . . . . 148.420 fl.

b) Schlachtviehmarktgebüren . . . . . 239.400 fl.

c) Jung- und Stechviehmarktgebüren . . . . . 82.650 fl.

d) Gebüren für Benützung der Stallungen am Central-Viehmarkte (Stallgebüren) . . . . . 67.090 fl.

e) Gebüren für die Benützung der Nothstechbrücke für Schweine am Central-Viehmarkte . . . . . 6.500 fl.

f) Pferdemarktgebüren . . . . . 8.380 fl.

g) Gebüren vom Centralmarkte für Heu, Stroh ꝛc. 5.360 fl.

Post 2. Einnahmen aus der Beistellung und dem Verkaufe der auf dem Schlachtviehmarkte zu St. Marx und in den Nothstallungen erforderlichen Fourageartikel und der aus der Düngergewinnung:

a) Aus der Fouragebeistellung . . . . . 518.060 fl.

b) Aus der Düngergewinnung . . . . . 3.450 fl.

Post 4. Mehlwaggefällabfindung . . . . . 1.150 fl.

Post 5. Pacht- und Platzzinse vom Central-Viehmarkte . . . . . 10.460 fl.

Post 6. Durchgeführter Zinswert für Naturalwohnungen . . . . . 1.470 fl.

Post 7. Pachtzins für die Restauration am Pferdemarkte und Mietzinse für Stallungen daselbst . . . 4.030 fl.

Post 8. Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen . . . . . 680 fl.

Gem.-Rath Herold: Meine Herren! Die Marktaufsicht ist ein so wichtiges Thema, dass man stundenlang sprechen könnte, doch ich werde mich auf das allerkürzeste beschränken und die augenfälligsten Ungehörigkeiten hervorheben. Zuvor möchte ich doch betonen, dass wir eigentlich in der Approvisionierungsfrage keinen Special-Referenten haben. Wir haben zwar im Stadtrathe den Herrn Dr. Grübl und Herrn Witzelsberger gehört, die uns mit einigen Referaten beglückt haben. Aber mir kommt vor, als wenn dieses hochwichtige Referat der Approvisionierung etwas nebensächlich im Stadtrathe behandelt wird, und ich möchte bitten, dass ein specieller Referent für diesen hochwichtigen Posten eingesetzt wird.

Ich gehe über auf das, was ich auf dem Herzen habe. Das Marktdepartement hat hunderte der schwierigsten Agenden zu bewältigen, und von diesen sind viele so umfangreich, dass sie das ganze Marktpersonale in Anspruch nehmen. Die Marktorgane können mit dem besten Willen, und wenn sie ihre Kraft verzehnfachen würden, ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, denn die ihnen obliegenden Aufgaben sind viel zu schwer und zeitraubend. Es muss daher das Marktpersonale unbedingt vermehrt werden. Für diese Vermehrung plaidiere ich hier im Plenum und werde auch diesbezüglich einen Antrag stellen. Es ist nur durch die geringe Anzahl der Marktaufsichtsorgane erklärlich, dass in Wien der unbefugte Gewerbebetrieb in so scandalöser Form aufgetreten ist und geradezu den Bestimmungen des Gewerbegesetzes Hohn spricht. Ich verweise Sie nur auf den unbefugten Ausschank von Wein und Bier, der nicht genug gerügt werden kann: Den 3600 Gastwirten steht die anderthalbfache Zahl von unbefugten Ausschänkern gegenüber; das ist die Hauptursache des leidigen Zustandes im Gastgewerbe. Den wenigen Marktorganen ist es physisch unmöglich, dies zu überwachen, weil sie mit Geschäften überhäuft sind.

Auch dem Magistrate ist der Vorwurf zu machen, dass er viel zu glimpflich vorgeht. Es existiert zwar ein Erlass des hohen Ministeriums und der Statthalterei, dass bei wiederholter Übertretung des unbefugten Ausschankes mit Geldstrafen von 200 fl. und bei der dritten Betretung mit Geschäftssperrung, eventuell Geschäftsentziehung vorgegangen werden soll; dies wird aber fast gar nicht angewendet, vielleicht bei den kleinen Brantweinverschleißern, während die unbefugten Ausschänker, die höchstens mit einer Geldstrafe von 25 fl. belastet werden, sich ins Fäustchen lachen und ihren unbefugten Ausschank weiter betreiben. Die §§ 132 und 133 der Gewerbe-Ordnung sprechen von einer Strafe von 200 fl. und beim dritten Betretungsfalle von einer Entziehung des Geschäftes. Diesbezüglich stelle ich den Antrag (liest):

„In Erwägung, dass die Zahl der Markt-Aufsichtsorgane erfahrungsgemäß und anerkanntermaßen nicht ausreicht, um die hunderte der ihnen zugewiesenen Agenden zu erfüllen, worunter hochwichtige Interessen der Bevölkerung gefährdet erscheinen, wird der löbliche Stadtrath beauftragt, eine Vermehrung der Markt-Aufsichts-Organe solcher Art in Erwägung zu ziehen und vorzuschlagen, dass in den nächsten zehn Jahren jedes Jahr eine Vermehrung dieser Organe um „fünf" vorgenommen werde."

Weiters stelle ich den Antrag:

„Der Gemeinderath erkennt die Nothwendigkeit, dass der Magistrat als Gemeindebehörde erster Instanz bei constatiertem, unbefugten Gewerbebetrieb im Sinne der §§ 132 und 133 der Gewerbe-Ordnung unnachsichtlich zu verfahren und bei wiederholter Betretung die höheren Geldstrafsätze und eventuell nach der dritten Bestrafung Entziehung der Gewerbebefugnis, respective Sperrung des Geschäftes in Anwendung zu bringen habe."

Meine sehr verehrten Herren, wenn Sie nach dem Sinne des Gesetzes in dieser Art vorgehen, so werden Sie diese unwürdigen Zustände beseitigen und dadurch tausenden concessionierter Gewerbetreibender Hilfe leisten. Ich gebe zu, dass das vielleicht mit Kosten verbunden ist, aber ich gestehe, dass mir als Neuling in diesem parlamentarischen Körper angesichts dieser Ziffern im Budget die Haare zu Berge stehen, so dass also das Budget meiner Meinung nach auch diese Kosten ertragen dürfte. Ich ersuche Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo-Rufe rechts.)

Referent Gem.-Rath Boschan: Sofern der Herr College doch nur den Antrag stellt, um die Angelegenheit dem Stadtrathe zuzuweisen, habe ich dagegen nichts einzuwenden.

Gem.-Rath Trambauer: Der Zins für die Restaurationslocalitäten auf dem Viehmarkte ist mit dem Betrage von 5391 fl. 85 kr. eingestellt. Ich finde das nicht zu niedrig, aber ich möchte an den Herrn Referenten die Anfrage richten, ob er weiß, ob die Restauration in das Stadtgebiet gehört oder außer dem Verzehrungssteuerrayon liegt, weil sich der Viehmarkt außerhalb desselben befindet.

Referent Gem.-Rath Boschan: Nach meiner Meinung gibt es innerhalb der Bezirke von Wien kein exterritoriales Gebiet; wenn das Vieh, welches transito ohne Verzehrungssteuer lagert, keine Verzehrungssteuer zahlt, bezieht sich das nicht auf den Wirt.

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Es ist widerrechtlich. Wo es außer der Verzehrungssteuerlinie liegt, da kann man keine

Ausnahme machen. Da müssen wir eben darauf dringen, dass der Markt hereinkommt und der Viehhändler die Steuer zahlt. Wenn der Wirt die Verzehrungssteuer zahlen muss, so muss es auch der Viehhändler. Der Herr Referent wird mir zugeben, dass das richtig ist.

Referent Gem.-Rath Boschan: Herr College haben mich wohl missverstanden. Es ist auch eine solche Unruhe, dass man sich nicht gut verständlich machen kann. Herr College meinen das für die Gasthäuser und Restaurationen in Bezug auf die Speisen und Getränke? (Gem.-Rath Trambauer: Ja!) Insoferne dieselben innerhalb des Gebietes der Verzehrungssteuerlinie liegen, ist es selbstverständlich, dass sie die Verzehrungssteuer zahlen müssen. Sie bringen ja sonst den Wein nicht bei der Linie herein.

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Ich finde das incorrect. Wenn das Gebiet außerhalb der Verzehrungssteuerlinie liegt, so gehört auch die Restauration hinaus. Zwei Verzehrungssteuerlinien können doch für einen und denselben Ort nicht existieren. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Ich habe aber noch eine Bemerkung zu machen. Es handelt sich um den Zins für die Depositenbank. Da sind 5000 fl. eingestellt. Es hat der Herr Stadtraths-Referent beim Pflasterpräliminare erwähnt, dass in der Rothenthurmstraße ein Local 2000 bis 4000 fl. Zins zahlt und da finde ich den Zins für die Depositenbank viel zu niedrig. Das werden Sie mir auch zugeben, obwohl, wie ich hier lese, der Beschluss auf lange Zeit hinaus gefasst ist. Ich bedauere, dass solche Beschlüsse gefasst werden. Ändern, Herr Referent, lässt sich dies nicht in der Weise, dass die Depositenbank gesteigert wird?

Referent Gem.-Rath Boschan: Wie bekannt, existiert ein Vertrag. Wenn der abgelaufen ist, dann geht es.

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Die Depositenbank verdient Hunderttausende und zahlt einen solchen lumpigen Zins von 5000 fl. Das wollte ich constatieren.

Gem.-Rath Schlögl: Ich habe mir vor ungefähr vier Monaten einen Antrag zu stellen erlaubt, der dahin gieng, es möge am Donnerstag, an einem Markttage für das Fleisch in einzelnen Stücken bis zu 50 Kilo und für Wildbret in einzelnen Stücken die Zufuhr an den Central-Viehmarkt gestattet werden. Ich habe bis jetzt von dem Antrage nichts gehört. Ich habe auch beantragt, dass der § 32 der Markt-Ordnung geändert werde. Da weiß ich auch nichts davon.

Es ist sehr bedauerlich, dass man an Einnahmen für die Approvisionierung sich soviel entgehen lässt; hunderttausende Kilo Fleisch und hunderttausende Gulden an Einnahmen gehen der Commune verloren. Jeder Land-Fleischhauer bringt sein Stück Rind; was für die Wiener Mägen nicht gut zu verdauen ist, lässt er zuhause; das gute hintere Fleisch führt er nach Wien. Zur Markthalle hat er kein Vertrauen! Es wird dort nicht gut verkauft.

So ist es auch mit dem Wildbret. Wenn Sie den Wildbretmarkt anschauen, ist es eine Schande für Wien, dass wir keinen anderen haben. Seinerzeit haben große Quantitäten, tausende von Stücken den Wiener Wildbretmarkt besuchen können. Heute geht alles nach Paris, von den Gödinger und Welser Herrschaften zum Beispiel; in Wien sehen Sie nichts davon, nur theures Fleisch.

Es möge also der § 32 der Markt-Ordnung aufgehoben und den Händlern erlaubt werden, an diesem einen Tage dieses Fleisch zu verkaufen.

Gem.-Rath Seiler: Ich habe vor nicht langer Zeit einen Antrag wegen Uniformierung der Marktcommissäre und Markt-Aufsichtsorgane während ihres Dienstes eingebracht. Bei meinen Reisen in anderen Städten habe ich immer die Verhältnisse untersucht und gefunden, dass beinahe in allen Städten der Welt die Aufsichtsorgane uniformiert sind.

Die Uniform hat den Zweck, damit unsere Marktcommissäre den Marktparteien mehr imponieren und auch leichter erkennbar sind, denn wer unsere Märkte besucht und sieht, wie unsere Marktcommissäre ihre Oberaufsicht ausüben, weiß, dass es oft nicht möglich ist, einen Marktcommissär zu Hilfe zu rufen, weil man ihn bei den vielen Leuten unmöglich erkennen kann, insbesondere auf den Gemüsemärkten, zum Beispiel auf dem Naschmarkt oder in der Central-Markthalle.

Unsere Marktcommissäre gehen natürlich in Civil, und man kann ihnen auch nicht zumuthen, dass sie auf den Markt in hübschen Kleidern gehen; sie haben eine ganz einfache Cocarde, die kaum sichtbar ist, und es wäre doch von großer Wichtigkeit, wenn man die Markt-Aufsichtsorgane schon von weitem erkennen würde, und sie würden durch ihre Uniform auch einen gewissen Respect einflößen.

Von diesem meinen Antrage, der dem Stadtrathe zugewiesen wurde, habe ich aber bis jetzt nichts gehört, und daher möchte ich fragen, ob der Herr Referent darüber Auskunft geben kann.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich bitte, den Antrag zu urgieren, ich werde es übrigens auch thun.

Gem.-Rath Seiler (fortfahrend): Dann urgiere ich hiemit meinen Antrag nochmals und bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich habe im Vorjahre einen Antrag eingebracht, die schlechte Qualität des Petroleums betreffend, und es wurde mir damals geantwortet, dass die Überwachung des Petroleums ohnehin sehr gut sei.

Ich habe aber in letzter Zeit die Erfahrung gemacht, dass auf den Bahnhöfen, speciell auf dem Nordbahnhofe, soviel minderwertiges, schlechtes Petroleum eingeführt wird, dass große Feuersgefahr besteht. Es wäre also gut, wenn das Marktcommissariat ein strenges Augenmerk darauf richten würde, und diese Ware auf den Bahnhöfen untersuchen würde. Denn wenn der Kleinhändler einmal das Petroleum in der Hand hat, und es wird vom Marktcommissär schlecht gefunden, so wird er bestraft und der Großhändler geht frei aus.

Ich stelle daher den Antrag, dass das Markt-Commissariat strenge angewiesen werde, die Qualität des Petroleums auf den Bahnhöfen zu untersuchen.

Gem.-Rath Hipp: Ich möchte mir vor allem eine Anfrage an den Herrn Referenten erlauben; sind diese Mietzinse für die Stallungen nur während der Zeit des Pferdemarktes oder auch für die übrige Zeit?

Referent Gem.-Rath Boschan: Welche Post ist dies?

Gem.-Rath Hipp: Es ist auf Seite 146, Nummer 7, bei den Einnahmen an Mietzins für die Stallungen; die Summe ist 4030 fl.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich bitte, es ist dies der Zins für die Restaurationslocalitäten sammt Nebengebüren mit 1529 fl. 50 kr., dann der von dem Pächter der Restauration zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 20. Jänner 1885 für den zur Errichtung eines Eiskellers in Anspruch genommenen städtischen Grund mit 5 fl., und die Mietzinse für die vom k. k. Ärar ge-

mieteten Stallungen nach dem gegenwärtigen Vermietungsstande (fünf Stallungen zu je 500 fl.) mit 2500 fl.

Gem.-Rath Hipp: Ich finde das ganz richtig, aber es wurde erst kürzlich constatiert, dass ein Pferdehändler draußen nicht fünf, sondern zehn Stallungen monatelang benützt hat; wo findet man die Post für diese Stallungen?

Referent Gem.-Rath Boschan: Das ist mir nicht bekannt, vielleicht kann der Herr Oberbuchhalter Auskunft darüber geben.

Gem.-Rath Hipp: Es wurde deshalb sogar eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister gerichtet, wie es kommt, dass der Mann diese Stallungen benützt. Bisher wurde darauf nicht geantwortet.

Ich möchte wissen, ob denn diese Stallungen monatlich an Vermieter vergeben werden und diesfalls eine Post eingesetzt ist. Ich vermisse sie. Es muss also ein unerlaubter Vorgang damals gewesen sein, und es ist zu verwundern, dass diese Anfrage des Herrn Collegen Wimberger noch bis heute nicht beantwortet und zur Erledigung gekommen ist. Es ist jedenfalls eine Sache, die man heute wieder zur Sprache bringen muss, und solche Zustände sollten nicht geduldet werden. Am Pferdemarkte geht es kolossal zu: Wenn man hinkommt, kommt man von den Leuten nicht los; sie setzen sich einem an die Seite, es sind die reinsten Raubvögel, man kann die Stallungen nicht besuchen, ohne dass sie einem wie die Gendarmen hinterdrein folgen und den Leuten das Geschäft verderben. Der Pferdemarkt wird dadurch riesig geschädigt. Wenn Landleute hereinkommen, können sie weder etwas kaufen, noch verkaufen. Diese Zustände sollten gehörig untersucht, und mit den Übelständen aufgeräumt werden. Ich stelle daher den Antrag, dass solche Anträge rascher erledigt werden.

Gem.-Rath Matthies: Nachdem noch eine große Anzahl Redner vorgemerkt ist, beantrage ich Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist Schluss der Debatte beantragt.

Schluss der Debatte wird angenommen. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Es ist eine solche Unruhe, dass ich nicht verstehe, was die Herren reden. Ich bitte, meine Herren, mehr Ruhe zu halten. Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Weitmann, Beutnitz, Steiner, Dr. Klotzberg, Bärtl, Jedlička, Wimberger, Frauenberger, Dr. Grübl.

Gem.-Rath Weitmann: Meine Herren! Es hat bereits ein geehrter Herr College Ihrer Seite (rechts) angedeutet, dass das Aufsichtspersonale in unseren Markthallen ein zu geringes ist. Es ist wohl richtig und stimme ich dem vollständig zu. Aber anderseits werden insbesonders die Marktcommissäre aus ihrem eigentlichen Dienste herausgerissen, und zwar darum, weil sie einen großen Theil ihrer guten Zeit jenen anonymen Anzeigen, welche häufig erfolgen, widmen müssen; wenn z. B. einer mit einer anonymen Correspondenzkarte oder einem anonymen Briefe jemanden vernadert, dass er zu wenig Steuer zahlt oder ein Riesengeschäft macht, muss sofort der Marktcommissär Erhebungen pflegen, und da diese Anzeigen in den meisten Fällen auf Gehässigkeit oder Brotneid zurückzuführen sind, verwenden diese Leute ihre Zeit auf unnütze Weise. Es wäre gut, wenn diesem Nadererthum eine Grenze gesetzt würde, dass die Marktcommissäre denn doch nicht für diese Vernaderer herumgeschickt werden und ihre Zeit unnöthig vergeuden.

Wenn sie für ihren eigentlichen Dienst verwendet würden, würden sie Zeit genug haben. Was die anderen Übelstände am Markte betrifft, so überlasse ich das den Fachleuten, welche öfter einkaufen, aber bekannt ist es mir, dass eine Menge von Individuen auf unserem Markte herumlungern und die Leute in der unwürdigsten Weise ausbeuten. Diese Leute können einen eigentlichen Erwerb gar nicht nachweisen, sie machen theils Zwischenhändler, theils verwenden sie sich zu diesem oder jenem Geschäfte.

Sie stehen sich ganz gut bei diesem Erwerbe, bei dem sie nichts leisten. Es wäre daher an der Zeit, mit diesen unsauberen Individuen aufzuräumen, weil gerade diese dazu beitragen, unseren Viehmarkt zu discreditieren. Ich möchte anregen, dass seitens des Präsidiums Ernst gemacht werde und diese verdächtigen Individuen aus unserem Viehmarkte hinausgepeitscht werden. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich werde die Berathung über diesen Gegenstand unterbrechen, weil wir einen anderen dringenden Gegenstand haben, welcher die Anwesenheit von 92 Gemeinderäthen erfordert. (Die Schriftführer nehmen die Auszählung vor.)

Es sind 97 Gemeinderäthe anwesend. Ich bitte Herrn Gem.-Rath v. Neumann zum Referate.

12. Referent Gem.-Rath v. Neumann: Nr. 54. Es handelt sich um den Tausch eines städtischen Grundes mit einem Grunde, welcher dem Wiener Krankenhausfond gehört. Die Gemeinde Wien besitzt im XIV. Bezirke zwischen der Felberstraße, Goldschlagstraße, Hugl- und Hollochergasse einen Grund im Ausmaße von 3888 □°, und zwar gelegen vor dem Kaiserin Elisabeth-Spital.

Es wird nun vom Krankenhausfonde beabsichtigt, dieses Spital zu erweitern, und zwar in der Weise, dass Kanzleien auf dem der Gemeinde gehörigen Grunde gebaut werden und die dadurch gewonnenen Räumlichkeiten als Erweiterung des Spitales dienen sollen.

Nun besitzt der Wiener Krankenhausfond infolge einer Transaction, welche stattgefunden hat, den früher der Gemeinde Wien gehörigen Grund in der Sechshauser Hauptstraße. Das alte Sechshauser Spital, beziehungsweise die Sechshauser Spitalgründe. Dieser Bau- und Hausgrund misst zusammen 8070 m² oder 2244 □°. Es ist nun die Statthalterei an die Gemeinde Wien herangetreten mit der Anfrage, ob die Gemeinde nicht geneigt wäre, einen Grundtausch vorzunehmen. Die Gemeinde Wien hat ein Interesse daran, einen derartigen Tausch durchzuführen, und zwar aus folgendem Grunde: Wie die Sechshauser Spitalsgründe noch im Besitze der Gemeinde gewesen, war in Aussicht genommen, diese Gründe zu parcellieren in der Weise, dass die Braunhirschengasse durchgeführt werde und die zu gewinnenden Bauplätze sollten theils verkauft werden, theils aber — und das war ein Hauptmotiv — sollte ein Baugrund gewonnen werden für die Erbauung einer Doppel-Volksschule und eines Volksbades. Der Gemeinderath hat auch in dieser Richtung bereits Stellung genommen. Es liegt auch ein Antrag vor auf Errichtung eines Volksbades auf diesen Gründen. Es ist daher für die Gemeinde Wien wohl aus diesem Grunde gerechtfertigt, in diesen Tausch einzugehen. Aber auch die Vergrößerung des Spitales ist ein öffentliches Interesse, denn zweifellos ist es für die Bevölkerung von Wichtigkeit, dass dieses Spital möglichst erweitert und dadurch leistungsfähig gemacht werde. Es hat nun über Aufforderung des Statthalters eine gerichtliche freiwillige Schätzung stattgefunden. Es wurde an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, beziehungsweise das Ansuchen gestellt, es sei, im Falle ein

derartiger Tausch in Aussicht genommen wäre, eine solche freiwillige Schätzung durchzuführen. Die Schätzung wurde durchgeführt, und zwar waren Schätzmeister die Herren Baumeister Stagl und Brandtner. Die Herren haben nun in folgender Weise die Gründe bewertet. Die Sechshauser Spitalsgründe sind mit einem Einheitspreise vom 48 fl. 50 kr. per Quadratklafter präliminiert, und als Materialwert für die noch vorhandenen Bauten ist ein Betrag von 5500 fl. eingestellt, gibt zusammen einen Betrag von 114.334 fl. Die Gründe nun zwischen der Felberstraße und der Goldschlagstraße wurden je nach ihrer Lage mit 24 bis 50 fl. bewertet, es ergibt sich somit eine Gesammtsumme von 124.340 fl. Es erscheint daher ein Differenzwert von 10.006 fl. zu Gunsten der Gemeinde.

Nachdem nun die Gemeinde thatsächlich ein Interesse daran hat, in den Wiederbesitz des Spitales, beziehungsweise der Spitalsgründe zu kommen, indem dadurch ein Platz für eine Schule und für ein Volksbad gewonnen wird, und eine günstige Verwertung der anderen Gründe möglich ist, indem eine Berechnung des Stadtbauamtes zeigt, dass noch über dem Schätzungswerte die Gründe zu bewerten seien, und nachdem auch die Erweiterung des Spitales, wie ich schon erwähnt habe, im öffentlichen Interesse gelegen ist, wird vom Stadtrathe vorgeschlagen, diesen Tausch zu genehmigen. Es wird daher der Antrag gestellt (liest):

Es sei der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei bekannt zu geben, dass die Gemeinde Wien bereit ist, auf den fraglichen Grundtausch gegen eine dem Schätzwerte entsprechende Aufzahlung von 10.008 fl. einzugehen und sei unter einem das für diesen Grundtausch erforderliche Landesgesetz beim n.-ö. Landtage zu erwirken.

Es ist nämlich zu dem Verkaufe die Erwirkung eines Landesgesetzes nothwendig, und aus diesem Grunde ist auch der Gegenstand dringlich behandelt. Ich bitte nun, meine Herren, um die Genehmigung dieses Vorschlages.

Gem.-Rath Röhrl: Wenn ich mich zu diesem Antrage zum Worte melde, so geschieht es, weil einerseits die Commune ein gutes Geschäft macht und weil andererseits der Bezirk moralisch gehoben wird. Es wird die Baulust gehoben und die Gründe werden in ihrem Werte eine Steigerung erfahren, was den Bezirk entschieden nicht schädigt. Wie bekannt, habe ich seinerzeit den Antrag auf Erbauung einer Doppelschule, eines Kindergartens, eines Auslaufbrunnens und eines Volksbades speciell in diesem Gebäude gestellt. Durch den seinerzeitigen Tausch mit dem Staate, dadurch, dass die Spitäler in die Staatsverwaltung übergehen, hat sich nun die Gelegenheit gefunden, dass die Staatsverwaltung es anerkennt, dass das Spital zu klein ist und der Garten überhaupt nicht dort ist, wo er sein soll und für die Kranken speciell ein großer Garten nothwendig ist, damit sie sich erholen können. Der Staat macht also kein besonderes Geschäft, sondern die Commune, welche außer diesem Tausch noch 10.000 fl. erhält. Ich kann Ihnen daher nur auf das wärmste empfehlen, diesem Antrage zuzustimmen, und bitte Sie im Interesse meines Bezirkes darum.

Gem.-Rath Hipp: Als wir seinerzeit die Spitäler dem Staate übergehen haben, wurde hier im Hause erwähnt, dass dieses Spital bereits nicht mehr existiert, und dass es daher heute nicht dem Staate übergeben werden soll, nachdem das Baugründe sind, die verwertet werden sollen und der Commune Geld eintragen werden. Dazumal wurde auf das, was vorgebracht wurde, nicht gehört, sondern in Bausch und Bogen zugestimmt und dieses Rochusspital ebenfalls dem Staate übergeben; und siehe da, heute müssen wir es zurücknehmen und in das Tauschgeschäft eingehen. Warum wurde dieses Spital nicht gleich dazumal bei der Übergabe der Spitäler ausgeschieden, aber heute sollen wir, damit das Spital vergrößert werde, den Tausch annehmen; die ganze Sache wäre nicht nothwendig gewesen. Man sieht also, dass nie darauf geachtet wird, wenn jemand von unserer Seite über einen Gegenstand spricht.

Gem.-Rath Brauneiß: Meine Herren! Der Herr Vorredner hat bereits einen Theil dessen erwähnt, was ich sagen wollte. Ich war derjenige, der seinerzeit, als die Übergabe der Spitäler an die Statthalterei geschehen sollte, den Herrn Bürgermeister privatim darauf aufmerksam gemacht hat, dass das alte Sechshauser Spital kein Krankenhaus mehr ist und infolge dessen aus der Übergabe ausgeschieden werden soll. Ich habe auch dem Herrn Bürgermeister dazumal bedeutet, dass ich diesbezüglich einen Antrag einbringen wolle. Er hat gesagt: „Lassen Sie das, wir müssen es übergeben, es ist heute noch ein Krankenhaus." Infolge des Tausches der Commune Wien wird das Spital auf einen Grund auf der Schmelz verlegt. Es war für diesen neu angelegten, so schön geregelten Bezirk schon bitter genug, dass das Spital dort erbaut wurde. Nun soll dort eine Anlage gemacht und ein Volksbad erbaut werden. Heute wird der Platz vertauscht; denken Sie sich in welche unangenehme Lage die Hausbesitzer dort kommen. Man vergrößert das Spital, legt einen Garten an, um den eine Mauer herumläuft und die Bewohner der Häuser sehen in dem Garten die Kranken den ganzen Tag spazierengehen. Ich sehe ganz gut ein, wir brauchen im alten Bezirkstheil eine Doppelschule; auch das Bad ist nothwendig; der Bezirk ist dicht bevölkert, aber es ist sehr unangenehm, dass der neue Bezirk wie durch eine chinesische Mauer in einen äußeren und inneren Theil geschieden wird. Wenn die Doppelschule nicht so nothwendig wäre, was ich selbst einsehe, da es auch meinen Bezirk betrifft, so müsste ich einen Gegen-Antrag bringen, dass das abgelehnt wird. Aber ich muss dem zustimmen, denn, beißt man sich in den einen Finger, so thut es weh, beißt man sich in den andern, thut es auch weh.

Ich wollte nur aufmerksam machen, dass dies für die dortigen Besitzer sehr unangenehm ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich möchte die Verhandlung nicht noch weiter hinausziehen, aber es muss doch Anschauungen entgegengetreten werden, wie sie hier geäußert werden. Die Herren haben von der Sache nicht die blasseste Idee. (Lebhafter Widerspruch links.) Die Herren stellen sich auf den Standpunkt: Das wollen wir, und die andere Partei muss das acceptieren. Auf diese Weise kommt eine Transaction von dem Umfange, wie sie bezüglich der Übernahme der Krankenhäuser durchgeführt wurde, überhaupt nie zustande. Das ist ganz unmöglich; der Standpunkt ist einfach der: Es mussten sämmtliche Krankenanstalten übergeben werden, sie mussten übergeben werden, weil darauf bestanden wurde und wenn die Herren mit Ihren Ideen damals gekommen wären und verlangt hätten, dass das ausgeschieden werde, die Transaction wäre nicht zustande gekommen. Das ist eine Thatsache. Die Herren wissen das nicht und reden in den Tag hinein. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch und Rufe links: Zur Ordnung! — Vice-Bürgermeister Dr. Borschke gibt das Glockenzeichen.) Mich bringen Sie nicht aus dem Concept. Da waren schon andere Leute da wie Sie. (Erneuerte Unruhe und Zwischen-

rufe links.) Was soll man dazu sagen, wenn ein Mitglied des Gemeinderathes aus den Vororten kommt und sagt: Welches Unglück für die Nachbarn! Eine Mauer, einen Garten — in dem die Kranken herumgehen — sperren sie ab. Ich frage Sie, wer hat Ihnen denn geschafft ein Spital hinzubauen? Wer? Sie haben sich um Sachen gekümmert, die Sie nichts angehen. Es ist nicht Sache der Gemeinden, Spitäler zu bauen und jetzt kommt man dem Wiener Gemeinderath, der nie Spitäler gebaut hat, mit solchen Einwendungen. Das ist geradezu lächerlich. Nun handelt es sich um eine andere Frage. (Erneuerte Unruhe links.) Ich kann warten. Die Sache, um die es sich hier handelt, ist für den Bezirk eine so eminent wichtige, dass es niemand von Ihnen wagen wird, dagegen zu sprechen und zu stimmen. Das erkläre ich Ihnen. Wagen Sie es, wenn Sie die Lust und den Muth dazu haben! (Stürmische Unterbrechung und Rufe links: O ja! — Gem.-Rath Reichert: Das ist ein Ton der Keckheit, der ist der erste Provocent des Gemeinderathes. Wie sollen sich die anderen benehmen, wenn sich der so benimmt? — Weitere Rufe links: Das ist kein Benehmen! Er soll sich anständig ausdrücken! — Anhaltende Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (zur Linken): Wenn Sie so fort machen, werde ich die Sitzung unterbrechen. Ich bitte um Ruhe und Redefreiheit. (Rufe links: Immer dieses Provocieren! Wir lassen uns nicht mit dergleichen kommen! Wir gehen einfach hinaus!) Machen Sie nicht die Berathung eines so wichtigen Stückes unmöglich. Sie können ja dann dem Herrn Dr. Richter erwidern. So kommen wir nicht weiter; das schickt sich nicht. Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (fortfahrend): Die Sache ist für die Regulierung dieser Straße von größter Wichtigkeit. Die Sechshauserstraße ist eine der schlechtest angelegten Straßen in der ganzen Stadt Wien. (Fortwährend große Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte um Ruhe, meine Herren, denn ich müsste sonst die Sitzung unterbrechen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Außerdem, meine Herren, wird die Durchführung einer sehr wichtigen Gasse, der Braunhirschengasse, dadurch ermöglicht, es wird Platz für eine Schule geschaffen, für die in der ganzen Gegend kein anderer tauglicher Platz zu haben ist, außer mit sehr großen Kosten. Es müsste ein Zinshaus requiriert und niedergerissen werden, um an dessen Stelle die Schule erbauen zu können.

Die Sache ist also im eminentesten Interesse des Bezirkes gelegen und es ist ganz unerwartet, dass man heute mit Recriminationen kommt, die mit der Sache nichts zu thun haben.

Nach meiner Ansicht war die Befreiung der Stadt von der enormen Last, welche die frühere Gemeinde durch Schaffung dieser Spitäler übernommen hat, ein solcher Erfolg, dass ich mir ihn größer gar nicht vorstellen kann.

Die Herren, welche die Erbauung dieser Spitäler mitgemacht haben, wissen, dass die Vorortegemeinden 5- bis 600.000 fl. ausgeborgt haben, um mit diesem riesigen Opfer die Spitäler zu errichten; das alles wurde nun abgewälzt, die Gemeinde hat damit nichts mehr zu schaffen, und was das Wichtigste ist, ein gefährliches Präjudiz wird beseitigt.

Die Gemeinde Wien hat gegen die Forderungen der Staatsverwaltung gekämpft, welche viel mehr verlangte, als ihr gesetzlich zusteht, denn nach dem Gesetze ist die Gemeinde zu nichts verpflichtet, als im Falle einer Epidemie für die Unterbringung der Epidemiekranken zu sorgen.

Das ist also nur eine periodische, vorübergehende Sache. Nun hat man das alles erreicht, diese Lasten abgewälzt und ich glaube daher, dass dies Gute nicht in so kleinlicher Weise bekrittelt werden soll, wie es geschieht, weil niemand weiß, wie die Verhandlungen geführt wurden. In der Weise, wie die Herren Gemeinderäthe gemeint haben, konnte die Sache nicht durchgeführt werden. Es war dies eine Bedingung, von der nicht abgegangen wurde, und das konnten wir nicht ändern. Ich möchte Sie daher bitten, diese wichtige Frage im Interesse des Bezirkes zu erledigen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich darf als Vorsitzender in die Debatte nicht eingreifen, aber ich glaube, zur Aufklärung einige Worte sprechen zu dürfen, weil ich nämlich sämmtliche Spitäler an den Staat übergeben habe. Der Vertrag, der geschlossen wurde, war so stilisiert, dass sämmtliche Realitäten, welche von den Vororten für Spitalzwecke erbaut wurden, an den Staat übergeben werden mussten; in diesem Vertrage war das Sechshauser Spital ausdrücklich genannt und der Statthalter hat bei den Verhandlungen selbstverständlich darauf bestanden, dass dieses Sechshauser Spital unter allen Umständen einbezogen werde. Das ist Thatsache, meine Herren. Man könnte, wenn man dieses Spital zurückbehalten hätte, nur in der Weise verhandeln, dass die Gemeinde eine andere Entschädigung hätte geben müssen. Als es dann zur Übergabe kam, haben wir, die Vertreter der Gemeinde Wien, mit ungemeiner Rigorosität sämmtliche Werte verrechnet, und ich kann Sie versichern, meine Herren, wir haben durch diese Transaction für die Gemeinde so große Vortheile erreicht, dass Sie davon erst einen Begriff bekommen werden, wenn Sie sehen werden, welche Lasten uns abgenommen wurden, indem sämmtliche Spitäler mit allen diesbezüglichen Verpflichtungen und Lasten auf den Staat überwälzt wurden. Ob der Staat dabei gut fahren wird, weiß ich heute nicht. (Gem.-Rath Jedlička: Wir fahren schlecht dabei!) Ich bitte, wir haben gewonnen, weil uns diese Last abgenommen wurde, so steht die Sache.

Gem.-Rath Tagleicht: Ich beantrage Schluss der Debatte. Angenommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Rückauf, Witzelsberger, Jedlička, Hipp, Gräf, Wimberger, Beutnitz, Becker, Brauneiß, Ziegelwanger, Frauenberger, Schieferl und der Herr Referent.

Gem.-Rath Rückauf: Ich hätte mir nicht erlaubt das Wort zu ergreifen, wenn nicht Worte gefallen wären, die denn doch richtig gestellt werden müssen. In erster Linie bedenken Sie, meine Herren, dass das, was wir heute beschließen, der Landtag erst beschließen soll. Es darf daher nicht ausgesprochen werden, dass wir ein wunderbares Geschäft gemacht haben. Wir machen das Geschäft nur nothgedrungen, weil wir für unsere Schulen keinen anderen Platz haben. Ich mache die Herren aufmerksam, dass das Geschäft kein glänzendes ist. Wir übergeben parcellirte Gründe mit 32 fl. und nehmen dafür unparcellierte mit 48 fl., das Verhältnis ist also nicht wie 48 zu 32, sondern wenn wir berechnen, wieviel wir für die Straße abtreten müssen, wie 64 zu 32, wir geben für eine Klafter zwei Klafter. Nun, meine Herren, ist der Grund entschieden nicht soviel wert.

Ich möchte betonen, dass wir ein gutes Geschäft nicht machen werden, jedoch ein Geschäft, das wir aber machen müssen. Ich bitte, meine Herren, zu bedenken, bevor jemand dagegen stimmt, dass wir 300 Kinder haben in Alt-Rudolfsheim, von denen wir nicht wissen, wo wir sie unterbringen sollen. Bedenken Sie, dass heute in den Schulen in sanitätswidrigen Lehrzimmern noch Kinder unterrichtet werden. Es ist also unbedingt nothwendig, dass Sie heute zu einem Entschluss kommen. Nun möchte ich einiges richtig stellen, was der Herr Vice-Bürgermeister bezüglich unserer — ich weiß nicht, wie ich es nennen soll — Voreingenommenheit für die Spitalserrichtung gesagt hat.

Wir wurden moralisch gezwungen, das Spital zu errichten. Wir haben das Spital errichtet mit Rücksicht darauf, dass die Leute nicht so weit gehen müssen. Ich bitte das ad notam zu nehmen. Wir haben während 20 Jahren 140.000 fl. ins Verdienen gebracht, es ist also kein leichtsinniges Geschäft; wenn wir das Spital bekommen hätten, hätten wir mit dem jetzigen Gulden, welchen wir an den Staat bezahlen, mehr als das Auskommen gefunden.

Ich möchte bitten, dem Antrag zuzustimmen, sonst finden Sie 500 Kinder das nächstemal auf der Straße, welche in einer Schule nicht untergebracht werden können. (Lebhafte Zustimmung.)

Gem.-Rath Wimberger: Dieser Gegenstand ist von so großer Wichtigkeit, dass ich die Herren von beiden Seiten ersuchen möchte, sich nicht von Leidenschaft hinreißen zu lassen. (Unruhe links. — Widerspruch.) Ich habe gesagt, von beiden Seiten. (Rufe links: Wir stimmen ja ohnedies dafür!) Wenn die Herren immer darauf kommen, was sie bei der Übernahme des Spitales durch den Staat betont haben, dass das Sechshauser Spital nicht hätte weggegeben werden sollen, weil wir es zu anderen Zwecken brauchen, so ist das richtig. Aber die Transaction war nicht anders möglich. Ich möchte nur auf eines erinnern. Wie die Unterhandlungen mit dem Staate begonnen haben, war das Sechshauser Spital thatsächlich noch Spital. Es wurde verwendet als Epidemiespital für an Blattern Erkrankte und wurden noch im vergangenen Sommer die an Blattern Erkrankten dort verpflegt. Es war also thatsächlich zu jener Zeit, als die Verhandlungen begonnen haben, noch Spital.

Die Herren dürfen aber nicht glauben, dass vielleicht der Magistrat leichtsinnig in der Weise vorgegangen wäre und nicht Umschau gehalten hätte, ob nicht wo anders ein Platz zu haben ist. Der Magistrat hat, bevor in die Verhandlungen eingegangen wurde, Umschau gehalten in dem Bezirke, um einen anderen Platz zu schaffen. Es wurde schon vom Herrn Vorredner erwähnt, dass der Bau einer Schule umso nothwendiger ist, wenn Sie annehmen, dass die Kinder in einer Schule untergebracht werden, die vor fünf Jahren schon sanitätswidrig war und wegen Sanitätswidrigkeit vom Bezirksschulrathe geschlossen werden musste. Sie wurde aber später wegen Raummangels wieder aufgemacht und wurden nur einige Zimmer, welche am meisten sanitätswidrig waren, ausgeschlossen.

In solchen Schulzimmern, einige sind ganz sanitätswidrig, sind die Kinder untergebracht. Der Raum ist zu klein, es ist dort kein Unterkommen und die neue Schule muss erbaut werden. Die Gemeinde Rudolfsheim hat schon um den Bauconsens angesucht, bevor die Einverleibung stattgefunden hat. Es hat diesbezüglich eine bezirkshauptmannschaftliche Commission stattgefunden, aber aus verschiedenen Gründen und weil die Einverleibung nahe war, wurde der Bau der Schule nicht durchgeführt, und nachdem die Einverleibung vor sich gegangen war, wurde der Magistrat beauftragt, Umschau nach einen Schulbauplatz zu halten, nachdem der Platz, wo das alte Sechshauser Spital ist, nicht zu haben war. Der Magistrat hat einen passenden Platz gefunden. Nun hören Sie aber, was dieser passende Platz kosten würde, er würde der Gemeinde 84.000 fl. kosten. (Gem.-Rath Bärtl: Nur der Platz allein?) Ja, es steht wohl ein Gebäude darauf, was aber für den Bau einer Schule keinen Wert hätte, denn es müsste weggerissen werden. Es bliebe allerdings noch ein Theil zu irgend einem anderen Zwecke übrig, aber der Platz würde 84.000 fl. kosten. Nun frage ich Sie, wo ein besseres Geschäft gemacht wird, wenn Sie die Gründe, die die Gemeinde beim Spitale hat, vertauschen gegen jene Gründe, die der Staat heute hat und wenn Sie auf jene Gründe noch 10.000 fl. darauf bekommen. Sie bekommen Gründe, die einen geeigneten Platz abgeben zur Erbauung einer Schule, zur Errichtung eines Volksbades, wonach noch eine Menge Bauparcellen übrig bleiben und es wird auch die Straße, die von der Gemeinde Sechshaus schon längst angestrebt wurde, durchgeführt. Schon vor zehn Jahren hat man darauf Rücksicht genommen und es wurde von Seite der Gemeinde Sechshaus darnach gestrebt, dass dieses Spital aufgelassen werde, aus dem Grunde, weil es einfach sanitätswidrig war, und um diese Gasse durchführen zu können.

Wenn Sie das alles in Betracht ziehen, so müssen Sie zur Erkenntnis kommen, dass, nachdem das Schulhaus unumgänglich nothwendig ist, nachdem die Eröffnung der Gasse unumgänglich nothwendig ist, nachdem die Errichtung eines Volksbades unumgänglich nothwendig ist, und nachdem der Platz ein guter ist und die Transaction mit dem Staate nicht anders möglich war und die Gemeinde dieses Object sich nicht reservieren konnte, nichts anders übrig bleibt, als dem Antrage des Referenten zuzustimmen.

Das Geschäft ist nicht so schlecht, wie es von meinem geehrten Herrn Vorredner dargestellt worden ist. Es ist kein schlechtes Geschäft. Sie müssen nur das als vollbracht annehmen, was geschehen ist; wenn Sie annehmen, was in Wirklichkeit sich ereignet hat, dass die Gemeinde das Spital bei der Transaction mit dem Staate abtreten musste, dann ist eigentlich gar kein Schaden da. Wer die Situation kennt, obwohl die Sechshauser Hauptstraße eine der vernachlässigtesten ist, der muss zugeben, dass sie doch eine Zukunftsstraße ist, und für die Gründe in der Sechshauser Hauptstraße werden Sie bedeutend mehr einnehmen als auf der Schmelz oben und besonders vis-à-vis einem Spital und dann übernimmt der Staat diese Gründe jedenfalls, um dieses humanitäre Institut zu erweitern. Ich weiß es nicht officiell, ich habe es nur privatim gehört, aber wenn der Staat die Erweiterung dieser humanitären Anstalt, die dort ist, was ja insbesonders auch den Kindern zugute kommen soll, durchführen wird, dann wäre es nur wünschenswert, dass einerseits der Staat es durchführt und dass anderseits die Gemeinde Wien mit ihm in den Tausch der Gründe eingeht. Ich empfehle Ihnen den Antrag, meine Herren. Sie haben noch nie leichter einem Tausch, oder irgend einem Geschäfte, sei es Kauf oder Verkauf, was immer in der Gemeinde geschieht, leichter zustimmen können, wie diesem. Die Gemeinde macht kein schlechtes Geschäft, Sie machen sogar ein gutes Geschäft. Es liegt im Interesse der Bevölkerung, im Interesse der gesammten Bevölkerung. Da die armen Kinder dort in die ungesunde Schule gehen, muss getrachtet werden, dass sie aus derselben herauskommen, dass eine Schule gebaut wird, die den hygienischen Anforderungen entspricht, was

heute dort nicht mehr der Fall ist. Mit dem schließe ich und empfehle Ihnen, auf den Antrag des Herrn Referenten einzugehen.

Gem.-Rath Jedlicka: Wenn uns alles immer gleich, wenn es hier vorkommt, so erklärt würde, wie wir es jetzt über dieses Krankenhaus gehört haben, dann würde das ganz gewiss entfallen, dass uns der Herr Vice-Bürgermeister zuruft, wir haben keine Idee, keinen Dunst davon. Wir haben factisch keine Idee und keinen Dunst gehabt, bis wir jetzt gehört haben, wie sich die Sache verhält. So auf den Kopf gefallen sind wir denn doch nicht, wenn wir auch keine Advocaten sind. Wir wissen, wenn eine oder mehrere Gemeinden ein Spital auf einem Grunde erbauen, der viele Schulden hat, so ist es leicht gesagt, dass sie den Grund dazu hergeben, wenn der Staat die Schulden übernimmt. Das begreifen wir erst jetzt, nachdem wir Erklärungen darüber bekommen haben, wie es aussieht. Wir mussten uns aber die Sache gerade anders denken, wir mussten uns denken, es wäre vielleicht doch ein anderes Geschäft zu machen gewesen. Wenn wir nehmen, dass wir für diesen Grund, der vielleicht 20 Baustellen hat, 10.000 fl. bekommen, und dass dieser Grund an den Staat abgegeben wird, und dass wir vor nicht ganz einem Jahre diesen Grund auch unser Eigenthum genannt haben, so müssen wir uns denken, dass die Herren dazumals gewiss wissen mussten, dass Schulen nothwendig sein werden. Sie hätten das bei den Unterhandlungen mit der Statthalterei vorbringen und sagen können: Wir geben den Grund her, gebt uns für zwei Schulen Platz dafür, so dass uns etwas geblieben wäre. Dazumal war das Geschäft kein schönes, und ich möchte den Herrn Vice-Bürgermeister bitten, uns hier nicht so mit seinen Äußerungen zu beleidigen. Wir sind Gemeinderäthe, wir haben das Recht zu berathen, und das, was uns nicht passt, zu bekritteln, und wenn er glaubt, dass er allein unfehlbar ist, in Gottesnamen! Wir schauen ihn nicht für unfehlbar an, sowenig wie wir den Papst für unfehlbar erklären. Die ganze Mache und das ganze heutige Vorgehen kommt mir so vor, als wenn Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter es darauf abgesehen hätte, dass wir hinausgehen, damit er im Landtage sagen kann: Mein Antrag wegen des Verlassens ist nothwendig, dämit sie die Mandate verlieren. Dazu kommt es, wenn man so vorgeht. (Stürmische Rufe links: So ist es!) Wir reden sachlich über einen Gegenstand, welcher der Commune Wien Geld kostet und jeder Einzelne steuert das Seinige zur Klärung der Sache bei, und da muss es uns doch gestattet sein, darüber zu reden. Über das, was im Stadtrathe geschieht, tappen wir im Finstern, dort ist alles geheim. Woher sollen wir uns all' das aus dem, was in der Vorlage enthalten ist, erklären? Erst die Erklärungen, die wir hier bekommen haben, geben Klarheit. Aber wir kommen her und wissen nicht, ob ein Stück, das auf der Tagesordnung steht, auch darankommt, so dass wir uns vorher darüber informieren können. Das betreffende Stück bleibt vielleicht acht Tage in der Lade liegen und auf einmal wird die Sitzung unterbrochen und es kommt der Gegenstand zur Verhandlung. Dann stehen wir allerdings wie vor einer Mauer und wissen nichts. Dann hat der Herr Vice-Bürgermeister recht, wenn er sagt, dass wir nichts wissen. Man soll uns aber Gelegenheit geben, in die Dinge hineinzuschauen, die man auf die Tagesordnung setzt und zur Verhandlung bringt. Dann wird es ganz anders aussehen. Wir sind nicht gegen den Antrag, weil wir dessen Nothwendigkeit einsehen, wir verwahren uns aber dagegen, dass uns der Herr Vice-Bürgermeister hier so terrorisiert. Wenn er den Vorsitz führt, so schnauzt er uns ab wie Schusterlehrbuben. Das lassen wir uns nicht gefallen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.) Im übrigen stimmen wir für den Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Von Terrorisieren kann keine Rede sein. (Widerspruch links.) Es sind allerdings scharfe Ausdrücke gebraucht worden, aber ein Terrorismus liegt nicht vor. Ich muss noch bemerken, daß das Stück aus dem Grunde auf die Tagesordnung gesetzt werden musste, weil am nächsten Dienstag der Landtag schließt, und wenn wir die Sache nicht vor den Landtag bringen, so ist es nicht möglich, sie in diesem Jahre durchzuführen. Es ist also absolut nothwendig, die Sache zu erledigen, wenn die Herren überhaupt die Angelegenheit durchgeführt wissen wollen.

Gem.-Rath Hipp: Ich glaube, ich habe mich bei meinen Auseinandersetzungen gewiss nicht von der Leidenschaft hinreißen lassen, sondern ruhig und sachlich gesprochen und nur jene Momente angeführt, die seinerzeit bei der Übergabe der Spitäler geltend gemacht wurden. Es war daher gar nicht am Platze, dass mir vom Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter in solcher Weise entgegnet wurde, und es war auch nicht anständig. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Wenn der Herr Vice-Bürgermeister so spricht, werden wir es uns auch erlauben dürfen.

Es handelt sich ja nur um die Kleinigkeit von 114.000 fl., wie Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter sagte. Die Spitäler müssen dem Staate übergeben werden, so hieß es. Das war aber dazumal kein Spital mehr, es stand schon ein ganzes Jahr leer; nur ein paar Epidemiekranke waren darin. Warum hat man sie nicht in das Krankenhaus an der Triesterstraße gegeben, nachdem die Einverleibung stattgefunden hatte? Wir hätten das Spital vollständig leer gehabt und hätten es als leer behandeln können. Wenn uns also die paar Epidemiekranken heute 114.000 fl. kosten, so ist das eine Summe, über die man sprechen kann und muss. Wir sind nicht dazu hereingekommen, um zu allem die Hand zu erheben und Ja und Amen zu sagen; und wenn wir uns einmal erlauben, auf einen Gegenstand hinzuweisen, bei dem Fehler geschehen sind, sollen wir uns überschreien und mundtodt machen lassen? (Beifall links.) Nein, dazu gebe ich mich für meine Person am allerwenigsten her. Dass der Platz gebraucht wird, dass eine Schule dort nothwendig ist, das haben wir gar nicht bestritten, sondern wir haben nur darauf hingewiesen, dass wir heute vor einer Auslage stehen, die hätte vermieden werden können. Wir werden also nicht gegen den Tausch stimmen. Aber dass wir uns in alles ruhig ergeben sollen, kann man von uns nicht verlangen. Vorsitzende haben, auch wenn sie aus unserer Mitte sprechen, den Anstand zu wahren. (Beifall links.)

Gem.-Rath Gräf: Es ist eine höchst sonderbare Zumuthung, die Herr Vice-Bürgermeister an uns stellt, bei sogenannten 92er Beschlüssen nichts zu thun als blind zuzustimmen, und ich muss es lebhaft bedauern, dass in der Versammlung Worte gefallen sind, wie sie gebraucht wurden, dass man einem Redner von unserer Seite, wenn er in ganz objectiver, sachlicher Weise auf einen Gegenstand aufmerksam macht, zuruft, er habe keinen Dunst davon. Ich bedauere das lebhaft; wenn man auch Fischblut in den Adern hat, so muss einem die Geduld ausgehen, wenn man sich eine solche Behandlung fortwährend angedeihen lassen muss, und das von einem Manne, dessen Bildungsgrad vermuthen lässt..... (Lebhafter Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke: Nun ist es aber genug; ich bitte zur Sache!

Gem.-Rath Gräf (fortfahrend): Ich gehe zur Sache über und erlaube mir nur zu bemerken, ob vielleicht der Herr Redner von dieser Sache keinen Dunst gehabt hat, wenn er gefragt hat, ob die Anrainer an jenem zu einem Spitalgarten umzuwandelnden Grundcomplex vielleicht dabei profitieren, und ob ein großer Theil der Parteien große Lust haben wird, die Promenade der Kranken vom Fenster anzusehen. Ich glaube, man ist verpflichtet die Anrainer in Schutz zu nehmen.

Ich erlaube mir auch auf eine Bemerkung zurückzukommen, die der Herr Gem.-Rath Röhrl über das brillante Geschäft der Commune gemacht hat. Thatsache ist, dass das Sechshauserspital als solches schon lange Zeit aufgelassen war; Thatsache, dass nur einige Blatternkranke darinnen waren. (Rufe rechts: Nun also!) Wenn Sie denselben Modus, wie er da in bedauerlicher Weise sich bei der Übergabe der Spitäler an den Staat eingeschlichen hat, auch anderwärts angewendet hätten, so müssten Sie auch consequenterweise die Epidemiespitäler im XVI. Bezirke und in Lerchenfeld übergeben, denn die waren auch belegt. Es mag wohl richtig sein, dass einige Spitäler, besonders das Sechshauser, bedeutend belastet sind, vielleicht können wir froh sein, dass wir es losgebracht haben, aber gar so günstig im allgemeinen ist das Geschäft nicht, wenn Sie bedenken, dass früher 60 kr. Verpflegsgebüren bezahlt wurden, und heute, wo der Staat die Spitäler übernommen hat, die Gebür 1 fl. beträgt.

Wen trifft das wieder? Ein großer Theil wird von der Gemeinde gezahlt, ein großer Theil von der minderbemittelten, noch zahlungsfähigen Bevölkerung. Das muß gesagt werden: So rosig ist das Geschäft nicht. Wenn nun den Vertretern der Vororte ein Vorwurf daraus gemacht wird, dass sie ein Spital gebaut haben, und gesagt wird, man wundert sich so sehr, dass es einer wagt, dagegen zu sprechen, so sage ich, wer die Verhältnisse von damals gekannt hat, der muss zugeben, dass die Gemeinde Sechshaus und der Bezirk bedeutende Opfer gebracht haben. Das Humanitätsgefühl müsste sie dazu veranlassen. Ein solcher armer Teufel wurde oft zwei, drei oder fünf Tage herumgeführt und konnte keine Aufnahme im Spital finden. Ich bedaure lebhaft, dass jene Herren, gegen welche sich die Worte des Herrn Dr. Richter hauptsächlich gerichtet haben, ihm nicht in gebürender Weise geantwortet haben. Mit Glacéhandschuhen fertigt man solche Angriffe nicht ab. Ich unterstütze übrigens den Antrag des Herrn Referenten.

Gem.-Rath Wimberger: Meine Herren! Das Geschehene kann man nicht ändern. Wenn viele Herren glauben, dass die Commune Wien ein brillantes Geschäft gemacht hat, so sage ich, das ist unrichtig, denn nur der Staat macht fette Geschäfte und die Commune macht magere Geschäfte. Einige Herren behaupten, dass die Plätze mehr wert sind. Das ist auch unrichtig. Wenn sie zu dem gleichen Preise sind, so lasse ich mir das allenfalls gefallen, aber wenn man sieht: Wir übergeben zwanzig Bauplätze, und uns werden zehn Plätze übergeben, — da sollte man doch glauben, dass man mit dem Staate in Unterhandlungen eintritt, dass er uns soviel Klafter gibt, als wir geben. Das kann man nicht verlangen, denn die Gründe auf der Hauptstraße haben denselben Wert, wie die in der Felberstraße. Das ist also unmöglich. Ich lasse es mir gefallen, wenn wir wenigstens die Felberstraße erhalten. Ich stelle nun den Antrag, dass man mit dem Staate in Verhandlungen eintrete, um zu erreichen, dass Klafter für Klafter gegeben wird.

Gem.-Rath Becker: Ich bin mit der Lection, die der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter erhalten hat, eigentlich schon ganz zufrieden und könnte auf das Wort verzichten. Aber eigenthümlich ist, dass Herr Dr. Richter, weil er eben präsidiert, nur abzukanzeln und zu schulmeistern pflegt, als wenn er in der Schule säße; so zum Beispiel am 23. März während der General-Debatte, wo Herr Dr. Grübl seine ausgezeichnete, famose Generalrede gehalten hat. Ich habe damals lachen müssen, und ich glaube, die anderen Herren haben ihre Lachmuskeln auch bewegen müssen. Es war ein unwiderstehlicher Drang hiezu. Ich habe mir erlaubt, einen harmlosen Zwischenruf zu machen; was hat der Herr Vorsitzende gethan? Er hat gesagt: Ja, die Herren, die sonst nie das Wort ergreifen, haben den unwiderstehlichen Drang, dann zu reden, wenn andere reden.

Das ist eine Abkanzlung, eine Schulmeisterung; ich habe das nicht verdient, eben weil ich selten das Wort ergreife. Ich habe andern Tags in der Geschäftsordnung nachgeschaut und habe keinen Punkt gefunden, wonach der Vorsitzende berechtigt ist, die Gemeinderäthe, die hier hereingeschickt sind und sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, so abzukanzeln.

Ich bin mit der heutigen Lection sehr zufrieden und verzichte auf weitere Ausführungen.

Gem.-Rath Ziegelwanger: Ich will nicht über das Spital sprechen; das ist schon geschehen. Ich will über diese Gründe sprechen. Ich bilde mir ein, dass ich ein bisschen einen Dunst davon habe, besonders dadurch, weil ich erstens die ganze Gegend kenne, und weil ich schon 15 Jahre Bauschätzmeister bin.

Ich spreche zur Sache und behaupte, dass die Commune wieder schlecht davonkommt. Ich will nicht gegen den Referenten-Antrag sprechen, sondern nur beweisen, dass man beim Verkaufen oder Vertauschen von Communalgründen vorsichtiger sein soll. Ich habe die Gründe oberflächlich geschätzt. Es sind 3880 Quadratklafter auf der Felberstraße; unten bleiben, wenn man den Straßengrund abzieht, 1626 Quadratklafter. Schätzen wir den Grund auf 30 fl. im Durchschnitte; das ist ganz richtig, weil die geringeren auf der Rudolfstraße um 50 fl., die Mittelplätze um 35, 40 fl. verkauft werden. Folglich haben wir einen Durchschnittswert von vielleicht 50 fl. und 30 fl. Den unteren Grund, der uns übrig bleibt, nehme ich mit 50 fl. an, die Gebäudetheile, die uns übrig bleiben mit 5500 fl., und so haben Sie den Wert der beiden Gründe mit 116.400 und 86.800 fl.

Wenn man also ein bisschen dazugeschaut hätte, hätten wir statt 10.000 fl. 20.000 fl. bekommen können. Ich will aber nicht sprechen, um die Sache zu vereiteln, das fällt mir gar nicht ein, wir können ja heute nur zustimmen, denn der Vertrag ist ja schon gemacht, der muss nicht erst gemacht werden, sondern er ist schon fertig. — Ich habe Ihnen nur beweisen wollen, dass man bei den Schätzungen ein bisschen vorsichtiger sein soll.

Da schätzt man nach Kreuzern, — schätzen Sie künftig in Bausch und Bogen und Sie werden viel besser fahren. Sie hätten hier 20.000 fl. statt 10.000 fl. bekommen können, und das wollte ich Ihnen beweisen, meine Herren!

Dem Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter will ich auch ein Wort sagen, meine Herren. Von mir werden Sie selten einen Zwischenruf hören, ich werde niemals provocierend, und ich bin auch nicht hereingeschickt und gewählt worden, um hier Scandal

zu machen, sondern um meinen Bezirk zu vertreten, und wenn Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter die Opposition etwas anständiger behandeln wird, werden wir auch immer anständig sein. Aber heute hat er factisch Scandal provocieren wollen und das lasse ich mir nicht gefallen.

Referent Gem.-Rath v. Neumann: Meine Herren! Ich möchte einige Worte zur Aufklärung sprechen.

Der Gem.-Rath Herr Collega Ziegelwanger meint, die Bewertung der Gründe sei nicht richtig. Nun, wenn diese Bewertungen seitens der Beamten oder vielleicht des Stadtrathes vorgenommen worden wären, würde ich eine solche Bemerkung für erklärlich halten.

Ich habe mir aber erlaubt zu bemerken, dass zwei beeidete Schätzmeister, nämlich die Herren Stagl und Brandtner die Gründe geschätzt haben, und zwar wie ich annehmen muss — denn ich kann mir das gar nicht anders denken — mit gleichem Maßstabe; der Herr Statthalter hat gerade im Interesse eines glatten Verlaufes der Angelegenheit die freiwillig gerichtliche Schätzung angeordnet, beziehungsweise die Zustimmung der Gemeinde hiezu verlangt. Also, meine Herren, einen unparteiischeren Vorgang kann ich mir gar nicht vorstellen, als eine freiwillig gerichtliche Schätzung. Der Vergleich von Ausmaß mit Ausmaß ist doch ganz ungerechtfertigt, es kommt doch darauf an, wo die Grundstücke liegen und wenn behauptet wurde, der obere Grund sei mit dem Grunde in der Sechshauser Hauptstraße, einer Hauptverkehrsstraße, gleichwertig, so ist dies eine Ansicht, der ich wenigstens nicht zustimmen kann. Ich glaube daher, meine Herren, Sie auf das Schätzungsresultat verweisen zu sollen. Wenn nun der Antrag gestellt wird, man solle weiter verhandeln, so heißt dies einfach, die Sache ablehnen, denn die Regierung kann auf ein solches Anbot nicht eingehen. Sie sagen der Regierung, die Schätzmeister haben geschätzt, ein Grund ist das, der andere dies wert, die Differenz macht daher so viel, Sie verlangen aber trotzdem mehr als die Schätzungsdifferenz; das wird nie bewilligt werden und damit wäre die Ablehnung ausgesprochen.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Wir haben heute eine Nachtsitzung angesagt und vertrödeln hier die kostbare Zeit. (Rufe links: So reden Sie nichts!) Ich werde mich, um die Debatte nicht zu verschärfen, nur auf wenige Bemerkungen beschränken. Wie Sie wissen, meine Herren, hat der Herr Gem.-Rath Jedlička seine Rede folgendermaßen begonnen: Jetzt sind wir aufgeklärt, jetzt sind wir dafür. Wir haben früher von der Sache keinen Dunst gehabt. Das hat er gesagt. Nun, wenn das der Fall ist, dass er keinen Dunst gehabt hat, dann hätte er auch nicht sprechen sollen, denn man bespricht nur solche Dinge, die man versteht. (Anhaltender Lärm links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke (die Präsidentenglocke schwingend): Ich bitte doch ruhig zu sein, ich kann ja nicht sprechen. (Rufe links: Schluss!)

Gem.-Rath Frauenberger (in die Versammlung schreiend): Ich habe das Wort ....

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Ich bitte doch um Ruhe. Ich will reden. Meine Herren! Ich muss erklären, dass man den Gemeinderäthen, wenn sie nicht informiert sind, keinen Vorwurf machen kann, weil der Stadtrath dazu da ist, die Herren zu informieren, und die Information bekommen sie im Plenum. Es ist nicht anders möglich! (Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich wollte nur damit sagen, dass der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter... (Neuerlicher, anhaltender Lärm, Rufe nach Schluss. Rufe: Er soll aufhören!)

Gem.-Rath Frauenberger (einfallend): Ich werde sehen, ob im Wiener Gemeinderathe noch Redefreiheit ist oder nur Sie reden dürfen. Sie machen Scandal, lassen Sie mich reden, ich mache nicht Scandal. Es wurde von einem Redner behauptet, dass .. (Die letzten Worte des Redners verhallen in dem Lärme.)

Wenn Sie solche Gründe anführen und diese Gründe gegen uns anführen, dann muss ich sagen, warum haben sie das Spital nicht wo anders hingestellt, wir sind unschuldig, wenn das Spital auf diesem Platze Ihnen nicht recht ist, so hätten Sie es nicht hinstellen sollen. Nun muss ich mich gegen Collegen Wimberger wenden, der den Antrag stellt, man solle dem Staate Klafter für Klafter übergeben. Nun, meine Herren, das geht ja nicht. Wenn man unterhandelt, müssen ja beide Theile einverstanden sein, und da wird der Staat nicht einverstanden sein.

Es wurde auch gesagt, dass wir ein so brillantes Geschäft machen. Ich glaube, dass man das nicht sagen soll. Wenn man einen Tausch eingeht, sagt man nicht, wir machen ein brillantes Geschäft. In dieser Richtung gefällt mir die Ansicht des Herrn Collegen Wimberger, welcher eine kaufmännische Ansicht geäußert hat. Er sagte, wir verlieren dabei. Ob er im Herzen das denkt, weiß ich nicht. Es ist richtig, wenn man mit jemandem tauschen will, sagt man nicht öffentlich vor aller Welt, ich bin derjenige, welcher verdient. Ich schließe und haben Sie gesehen, dass ich nicht provociert habe. Ich habe nur Thatsachen erwähnt, welche vorgekommen sind.

Gem.-Rath Schieferl: Ich möchte sagen, wir stehen hier unter einer gewissen Pression. Die Stadt Wien braucht für einen Schulbau einen Platz, der in der dortigen Gegend ungemein schwer zu haben ist. Dadurch sind wir gezwungen, auf einen Tausch mit der Regierung einzugehen. Aber eines möchte ich sagen, wenn wir das Geschäft machen, so ist es kein gutes Geschäft für die Gemeinde, sowie überhaupt mit der Regierung schwer ein Geschäft zu machen ist.

Aber nur unter der Pression, dass die Regulierung der Sechshauser Hauptstraße endlich einmal zustande komme und das Spitalgebäude, welche eines baufällige Baracke bildet, entfernt werde und ein Neubau hinkomme, unter dieser Pression werden wir auch für den Verkauf stimmen. (Beifall.)

Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht unterlassen, den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter zu bitten, künftighin doch etwas mehr vorsichtig mit den Ausdrücken zu sein. Er hat uns geradezu den Vorwurf gemacht, dass, wenn es uns ausgegangen wäre, auch das neue Spital gebaut worden wäre. Die Sache verhält sich anders. Das alte Spital wurde von den kleinen acht Gemeinden durch Spenden errichtet und im Laufe von 25 Jahren ist es so groß geworden, indem ein Haus nach dem anderen angekauft wurde, dass über 300 Betten belegt waren. Sie wissen, wie es war, der Platzmangel in den Wiener Spitälern war so groß, dass die Kranken früher herumgeführt werden mussten, bis sie Aufnahme fanden und es ist die traurige Thatsache vorgekommen, dass kranke Leute auf der Straße oder unter der Thoreinfahrt gestorben sind, weil sie wegen Platzmangel in den Spitälern nicht Aufnahme finden konnten.

Unter dieser Pression konnten wir leider nichts thun, als uns in Schulden stecken und ein Spital zu bauen. Wir haben jahrelang mit der Regierung unterhandelt, wir wollten das Recht erlangen, 90 kr. an Verpflegstaxe einheben zu dürfen. Wir haben die Rechnungen vorgelegt und haben alles gethan, die Regierung ist aber darauf nicht eingegangen, aber jetzt, als sie Eigenthümer des Spitals geworden ist, ist es gegangen, was früher nicht möglich war. Ich möchte den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter fragen, was er thun würde, ob er das Spital auflassen und die Kranken hinausjagen oder ein neues Spital bauen würde. Ich erinnere die Herren auch daran, was die Commune Wien gemacht hat.

Es ist Pflicht der Regierung, auch für die Mittelschulen zu sorgen, warum hat die Commune dieselben dann errichtet, und die Commune — ich habe den Verhandlungen damals beigewohnt — hat sich nicht getraut, die Schüler hinauszujagen und die Gebäude für Volksschulen zu verwenden, und wir hätten die armen Kranken hinausjagen sollen! Meine Herren, diesen Muth haben wir nicht gehabt. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Herr Referent zum Schlusswort.

Referent Gem.-Rath v. Neumann: Ich verzichte.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich erlaube mir den Ausführungen des Herrn Dr. Richter zu entgegnen, dass ich nicht gegen den Referenten-Antrag gesprochen habe, sondern dass ich nur angeführt habe, dass die Bewohner, welche in diesem Bezirkstheile wohnen, es durchaus nicht als Annehmlichkeit fühlen, den ganzen Tag die Kranken vor sich zu sehen, das gehört doch gewiss nicht zu den Annehmlichkeiten.

Weiters habe ich thatsächlich zu berichtigen, dass, wenn ich dagegen eingetreten wäre, dass wenn ich gesehen, dass es nicht nothwendig ist, so hätte ich auch den Muth gehabt, dagegen zu sprechen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe auf eine Thatsache hinzuweisen. Zur Zeit als die Verhandlungen wegen Übergabe des Spitales stattgefunden haben, befanden sich in diesem Spital mindestens 40 Blatternkranke. Zu dieser Zeit hat die Gemeinde Fünfhaus einen Spitalsbeitrag von 4- bis 5000 fl. zu bezahlen, daher es nicht richtig ist, wenn es heißt, dass das Spital damals leer gestanden ist und ich erkläre weiters, dass die Gemeinden gewiss unbeschadet der Gefühle, die maßgebend waren, zum Umbau nur deshalb bestimmt wurden, weil sie annahmen, dass ähnlich wie bei den alten, uncomfortablen, den Erfordernissen der Neuzeit nicht entsprechenden Spitälern es zu einem Überschuss kam, so auch bei den neuen Spitälern ein Überschuss zu erwarten war, und als sich herausstellte, dass die sechs Gemeinden jährlich 30- bis 40.000 fl. zu zahlen haben würden, wurden jene Herren, welche die Spitalsbauten durchsetzten, in den alten Bezirken verketzert. Das sind Thatsachen.

Gem.-Rath Gräf (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige die Ausführungen des Herrn Dr. Richter dahin, dass zu jener Zeit, als die vierzig Blatternkranken im Sechshauser Krankenhause gelegen sind, dasselbe nicht mehr ein öffentliches, allgemeines Krankenhaus gewesen ist, wie früher, sondern als Epidemiespital benützt worden ist. Das eine muss ich noch bemerken, dass die Gemeinde Sechshaus ein Blatternspital gehabt hat, das an der Wien steht und 15- bis 16.000 fl. gekostet hat und zu jener Zeit ganz leer war. Thatsache ist, dass es kein öffentliches Krankenhaus war und daher nicht hätte übergeben werden sollen.

Gem.-Rath Witzelsberger (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige, dass dem Herrn Gem.-Rath Schieferl ein Irrthum unterlaufen ist, wenn er sagt, es wurden nicht vom Staate die 90 kr. bewilligt; sie wurden ja bewilligt. Bei Eröffnung des Spitales wurden sie sofort provisorisch auf ein Jahr bewilligt und mittlerweile hat die Einverleibung mit Wien und die Übernahme durch den Staat stattgefunden. Das will ich richtigstellen.

Gem.-Rath Hipp (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige gegenüber den gemachten Bemerkungen, dass das Stephaniespital im XVI. Bezirk sich trotz der ungünstigen Lage verinteressiert hat.

Gem.-Rath Walther (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich will nur constatieren, dass, als seinerzeit die Epidemie herrschte, das Epidemiespital voll war. Dort war kein Platz mehr. Daher sind wir von der Bezirkshauptmannschaft beauftragt worden, die Blatternkranken vorläufig in dieses Spital zu verlegen. (Rufe links: Vorläufig!)

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Gegen den Referenten-Antrag ist ein Antrag vom Herrn Gem.-Rath Wimberger eingebracht worden, der als Gegen-Antrag aufzufassen ist und daher zuerst zur Abstimmung kommt.

Gem.-Rath Wimberger: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: In diesem Falle liegt keine meritorische Einwendung gegen den Referenten-Antrag vor; ich ersuche daher jene Herren, welche demselben zustimmen, sich zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist einstimmig angenommen.

Es wurde daher beschlossen:

Es sei der k. k. n.-ö. Statthalterei bekanntzugeben, dass die Gemeinde Wien bereit ist, auf den Grundtausch, betreffend die dem Wiener k. k. Kranken-Anstalten-Fonde gehörige Realität des ehemaligen Bezirks-Krankenhauses Sechshaus und den der Gemeinde gehörigen Grund nächst dem Kaiserin Elisabeth-Spitale, gegen eine dem Schätzwerte entsprechende Aufzahlung von 10.008 fl. einzugehen und sei unter einem das für diesen Grundtausch erforderliche Landesgesetz beim n.-ö. Landtage zu erwirken.

Vice-Bürgermeister Dr. Vorschke: Die Sitzung wird nun auf einige Minuten unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung um 7 Uhr 40 Minuten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 8 Uhr 15 Minuten.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte den Herrn Gem.-Rath v. Neumann zum Referat.

13. Referent Gem.-Rath R. v. Neumann: Ich habe nur ein kleines Stück, Nr. 50. Es handelt sich um den Verkauf eines Baugrundes im I. Bezirke, Börsengasse; dieser Grund wurde mit 120 fl. geschätzt, beziehungsweise wurde für diesen Minimal-Verkaufsbetrag ein Landesgesetz erwirkt. Es haben nun zahlreiche Verhandlungen stattgefunden und es wurden Offerte gestellt, zuerst mit 121 und 125, dann mit 130, 140 fl. und endlich ist es einem

Comité, bestehend aus den Herren Collegen Baugoin, Matzenauer und meiner Wenigkeit als Referent, gelungen, den Käufer auf ein Anbot von 150 fl. per Quadratmeter zu bringen. Zugleich wird der Grund, welcher in dem Plane als Pachtgrund bezeichnet wird, von dem Käufer auf fünf Jahre in Pacht genommen, während die Gemeinde Wien das Recht der neunmonatlichen Kündigung hat. Die Sache liegt so klar und einfach, dass es zwecklos wäre, eine weitere Begründung zu geben. Der Käufer ist Herr Siegfried Kalich. Der Antrag lautet (liest):

1. Es sei der mit ABCabA bezeichnete Theil des städtischen Grundes, Börsegasse, im Ausmaße von 415·36 m² um den Preis von 150 fl. per Quadratmeter zu verkaufen. Ein Drittel des Kaufschillings ist beim Abschlusse des Kaufvertrages bar zu erlegen, die restliche Summe des Kaufschillings ist in vier gleichen Jahresraten zu bezahlen, wobei für die ausständigen Beträge eine fünfpercentige Verzinsung zu leisten ist.

Hinsichtlich der sonstigen Vertragspunkte haben sinngemäß die Verkaufsbedingnisse für die städtischen Gründe Anwendung zu finden. (Verkaufsbedingnisse für die Area des ehemaligen Polizeigefangenhauses.)

2. Der mit CDEFGcaC umschriebene städtische Grund im Ausmaße von 252·32 m² wird auf die Dauer von fünf Jahren von dem Käufer gepachtet, gegen einen jährlichen im vorhinein zu erlegenden Pachtzins von 300 fl.

Der Gemeinde Wien steht die jeweilige Kündigung dieses Pachtverhältnisses mit Einhaltung einer neunmonatlichen Kündigungsfrist zu jeder Zeit abgesehen von den üblichen Kündigungsterminen zu."

Ich bitte diesem Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath Stehlik: Ich war nicht anwesend, möchte aber doch etwas sagen. Es wird, glaube ich, das Quadratmeter mit 150 fl. bezahlt. Sehen Sie, meine Herren, damit bin ich einverstanden. Ich sage auch, warum. Es ist dort — ich habe damals schon auf den Platz hingewiesen — ein Haus, das eine Rampe bekommt und um 7 m zurücksteht, und diesen Platz verkauft man heute und bekommt dafür 150 fl. per Quadratmeter. Das ist ein anständiger Preis, und ich gratuliere dem Bauherrn, der das kauft, auch im Interesse der Gemeinde, weil wir einmal diesen Winkel verbauen können. Den schönen Grund hat man früher billiger verkauft.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist niemand mehr vorgemerkt, die Debatte ist geschlossen. Ich ersuche jene Herren, welche dem Antrage des Referenten zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen und dieser Gegenstand erledigt.

Es wurde daher beschlossen:

1. Es sei der mit ABCabA bezeichnete Theil des städtischen Grundes, Börsegasse, im Ausmaße von 415·36 m² um den Preis von 150 fl. per Quadratmeter zu verkaufen.

Ein Drittel des Kaufschillings ist beim Abschlusse des Kaufvertrages bar zu erlegen, die restliche Summe des Kaufschillings ist in vier gleichen Jahresraten zu bezahlen, wobei für die ausständigen Beträge eine fünfpercentige Verzinsung zu leisten ist.

Hinsichtlich der sonstigen Vertragspunkte haben sinngemäß die Verkaufsbedingnisse für die städtischen Gründe Anwendung zu finden. (Verkaufsbedingnisse für die Area des ehemaligen Polizeigefangenhauses.)

2. Der mit CDEFGcaC umschriebene städtische Grund im Ausmaße von 252·32 m² wird auf die Dauer von fünf Jahren von dem Käufer gepachtet, gegen einen jährlichen im vorhinein zu erlegenden Pachtzins von 300 fl.

Der Gemeinde Wien steht die jeweilige Kündigung dieses Pachtverhältnisses mit Einhaltung einer neunmonatlichen Kündigungsfrist zu jeder Zeit abgesehen von den üblichen Kündigungsterminen zu.

Gem.-Rath Becker (zur Geschäftsordnung): Ich fordere den Vorsitzenden, Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter, im Namen des Bürgerclubs auf, die am 18. März erhobene unberechtigte schwere Beschuldigung des Gem.-Rathes Steiner zurückzunehmen (Widerspruch rechts), beziehungsweise wenigstens den Ordnungsruf zurückzuziehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche die Herren Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, an den Referententisch zu treten. (Geschieht.)

14. Referent Gem.-Rath Boschan: Seite 138, Rubrik XXVIII, Einnahmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter Keine Einwendung. Angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Seite 139. „Märkte und Marktaufsicht."

A. Ordentliche Ausgaben.

Auslagen für die Marktaufsicht:

Bezüge der Beamten des Marktcommissariates	119.980 fl.
Kostgelder der Beamten des Marktcommissariates	11.460 fl.
Bezüge des Marktpersonales der einbezogenen Vorortegemeinden	25.220 fl.
Zinse für Marktaufsichtslocalitäten	2.000 fl.

Auslagen für den Marktdienst und die Erhaltung der Objecte am Central-Viehmarkte:

Bezüge und Kostgelder des Dienstpersonales:	
Effective Auslagen	16.640 fl.
Durchgeführte Zinswerte	430 fl.
Erhaltung der Baulichkeiten, Objecte und Straßen	45.480 fl.
Steuern sammt Nebengebüren	7.600 fl.
Kosten der Beleuchtung	12.100 fl.
Kosten der Beheizung der Localitäten	470 fl.
Reinigung des Marktes und der Straßenzüge (einschließlich der Bespritzung der letzteren)	20.170 fl.
Desinfection des Marktes	21.090 fl.
Assecuranz-Gebüren für das untergebrachte Vieh	1.310 fl.
Durchgeführte Wasserbezugswerte	3.680 fl.
Sonstige Markterfordernisse	1.130 fl.
Auslagen für die Fouragebeistellung am Central-Viehmarkte in eigener Regie	439.740 fl.

Commissions-Referent K. M. Mayer: Zu dieser Post 3 habe ich im Auftrage der Commission einen Antrag zu stellen, dahin gehend, es sei vom Magistrate ein Gutachten zu erstatten, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Fourage-beistellung am Central-Viehmarkte und für den sonstigen Bedarf der Gemeinde unter Zuziehung des Lagerhaus-directors für einen entsprechenden Zeitraum sicher-zustellen. Es ist merkwürdig, dass so bedeutende Beträge für den Handeinkauf ausgegeben werden. Wer Pferde oder Thiere zu versorgen hat, wird im richtigen Momente, wenigstens in dem Momente, der ihm der richtige zum Einkauf erscheint, einkaufen, nur die Gemeinde kauft es von Fall zu Fall. Es ist selbstver-ständlich, dass man der Gemeinde nicht zumuthen wird, eine Speculation zu entwickeln und alle Fluctuationen auszunützen, aber im Herbst nach der Ernte werden gewisse Preise feststehen und wird dann unter Beiziehung von Sachverständigen der richtige Moment zum Einkauf sein. Ich bitte zuzustimmen, dass der Antrag dem Stadtrathe zugewiesen wird.

Gem.-Rath Hipp: Sehr geehrte Herren! Sehr erfreut hat mich die Mittheilung des Herrn Referenten der Commission und ich muss constatieren, dass es wirklich auffallend ist, dass die Commune, die doch bei derlei Ankäufen an der Quelle sitzt, so horrende Summen dafür zahlt und dass man den Bedarf nicht im voraus deckt. Das ist wirklich unerhört. Auf dem Viehmarkte braucht man ja so viel Heu, dass sich dieses leicht sicherstellen ließe, wenn es nur in die Hand genommen wird.

Darum bin ich vollkommen damit einverstanden und freue mich, dass die Commission die Sache ganz richtig beurtheilt hat.

Gem.-Rath Gregorig: Meine Herren, es handelt sich, wenn ich richtig verstanden habe, um die Heubeschaffung auf dem Vieh-markte, und da werde ich Sie auf einen Fall aufmerksam machen, wie mit Heu umgegangen wird.

Am Central-Friedhofe wird Heu im Werte von circa 1500 fl. gefechst und das wird um circa 200 fl. verkauft. Nun haben wir aber draußen fünf Pferde und für diese wird nicht dieses Heu verwendet, nein, man kauft um 500 fl. Heu. Ich beantrage daher, dass das am Central-Friedhofe gewonnene Heu, welches von vor-züglichster Qualität ist, am Central-Viehmarkt verwendet wird.

Gem.-Rath Neutnitz: Sehr geehrte Herren! Ich möchte in dieser Angelegenheit auf einen großen Übelstand aufmerksam machen, der nicht nur dem ganzen Gemeinderathe, sondern auch der Bevölkerung bekannt ist; das ist nämlich die Lebensmittel-Verfälschung. (Rufe: Das gehört nicht hieher!) Ja, das gehört unter „Marktaufsicht". Man hat ja beim ganzen Budget sonst nie Gelegenheit, darüber zu sprechen.

Ich will auf die Details nicht eingehen, sondern nur darauf hinweisen, in welch crasser Weise da gesündigt wird, und ich glaube, dass hier Abhilfe am dringendsten ist, weil dadurch die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt wird. Ich möchte daher den Wunsch äußern, es möge der Magistrat beauftragt werden, in schärfster Weise gegen jene Geschäftsleute vorzugehen, die in dieser Richtung, was Lebensmittelfälschung anbelangt, sich vergehen.

Gem.-Rath Rückauf: Ich möchte die Herren mit einigen Zahlen bekanntmachen, die ich selbst auf dem Viehmarkte bezüglich des Fourage-Einkaufes erhoben habe. Im Vorjahre habe ich mich, *nachdem mich einige Herren dazu animiert hatten*, für diese Zahlen interessiert. Ich muss da auf einige Posten zurückgreifen; auf Seite 142 haben Sie die Einnahmspost bezüglich der Fourage mit 518.060 fl. und auf Seite 147 die Ausgabspost mit 439.740 fl., mithin resultiert ein Gewinn von 78.320 fl., also um etwas mehr als 20 Percent der ganzen Auslagen, die wir dort haben. Nun bitte ich, sich diese Zahlen vielleicht zu notieren. Ich war im Mai auf dem Viehmarkte und habe mir die damaligen Verkaufspreise notiert. Es wurde da Hafer mit 10 fl., Heu mit 6 fl. und Stroh mit 5 fl. bezahlt. Ich habe zur selben Zeit, und ich denke, ich bin nicht besser in Bezug auf Zahlungsfähigkeit als die Commune Wien, Primahafer gekauft mit 7 fl. (Rufe: Hört!); wenn Sie nun 20 Percent zuschlagen, so ist das 1 fl. 40 kr. also 8 fl. 40 kr. Ich habe mich selbst gefragt, um Gotteswillen, wie kommt denn da ein Preis von 10 fl. heraus? Es musste also der Einkaufspreis um 60 kr. zu hoch sein, dasselbe ist's beim Heu. Das beste Heu, das allerbeste Gebirgsheu, und es wird, nebenbei bemerkt, Prima-Qualität draußen geführt, das constatiere ich, ist zu jener Zeit im Preise von 4 fl. gestanden, 20 Percent Zuschlag, den wir annehmen, gibt 80 kr., also zusammen 4 fl. 80 kr.; verkauft wurde es thatsächlich um 6 fl. Ich will aber nicht bemerken, dass vielleicht das Heu um 4 fl. dort eingekauft worden wäre, nein, es ist um 1 fl., vielleicht 1 fl. 60 kr. oder 1 fl. 20 kr. zu theuer gekauft worden, ich will mich nicht ein-lassen und will niemanden verdächtigen, das liegt mir ja ganz ferne. Aber eines constatiere ich hier und kann es ganz ruhig aussprechen, dass derjenige — wer einkauft, weiß ich nicht — der einkauft, den Einkauf nicht versteht. (Bravo-Rufe.) Wenn er ihn verstehen würde, würde er so wie alle Leute kaufen.

Nun ist aber noch ein Standpunkt zu beachten, er wurde hier schon einmal gekennzeichnet, verzeihen Sie, wenn ich den nicht parlamentarischen Ausdruck gebrauche, es ist der Greißler-standpunkt. Wir kaufen so wie der Greißler, so dürfen wir nicht kaufen, sondern wir müssen kaufen wie ein großer Consument, und ein großer Consument deckt sich seinen Vorrath. Ich möchte daher um nicht langweilig zu werden, kurz den Antrag stellen, dass der Bedarf an Fourage künftig im öffentlichen Offertwege hintangegeben werde, selbstverständlich in Prima-Qualität. Ich betone nochmals, dass ich nur Prima-Qualität gefunden habe, jedoch war der Preis nicht im Einklange mit den ortsüblichen Preisen, wie sie zu jener Zeit waren.

Gem.-Rath Gräf: Ich erlaube mir an den Herrn Referenten zunächst die Anfrage, wer denn mit dem Ankaufe der Fourage für den Central-Viehmarkt betraut ist.

Referent Gem.-Rath Boschan: Es ist der Marktdirector Zecha.

Gem.-Rath Gräf: So? Diese Antwort freut mich. Herr Collega Rückauf hat bereits gesagt, daß der Betreffende, welcher die Fourage einkauft, es nicht versteht, und jetzt habe ich Gewiss-heit, es ist der Marktdirector der k. k. Reichshaupt- und Residenz-stadt Wien, der das einkaufen soll. Gewiss berechtigt sind die Klagen der Markt-Interessenten über die hohen Preise am Central-Viehmarkte, welche für die Fourageartikel gefordert werden. Ich bin überzeugt, dass, wenn eine rationelle Wirtschaft eingeführt wird, die Klagen mit der Zeit verstummen werden. Wenn die Fleischhauer und Gastwirte über die zu hohen Viehpreise sich beklagten, so wird von Seite der Händler denselben geantwortet: Ja, wir haben eine Unmasse Spesen, das Kilo vertheuert sich wegen der Fourage um 1 bis 2 kr. Ich will Ihre kostbare Zeit nicht auf lange Ausführungen verschwenden und will mich darauf

beschränken, zu sagen, wie der Herr Collega Rückauf ganz richtig bemerkt hat, dass der Einkauf in praktischer und vernünftiger Weise durchgeführt werden solle.

Dafür, meine Herren, dass der Bezug der Fourage für das ganze Jahr im Offertwege zu vergeben sei, kann ich mich nicht recht aussprechen aus dem einfachen Grunde, weil wir dadurch wieder ein Monopol schaffen. Ich wäre dafür, dass der Einkauf sehr scharf controliert werde vom Lagerhausdirector. Die Bemerkung ist mir ganz willkommen und ich glaube, wenn man die Marktverhältnisse ins Auge fasst und die günstige Gelegenheit wahrnimmt, welche sich beim Einkaufe der Fourage ergibt, dass es möglich sein wird, an günstigen Marktagen bedeutende Einkäufe zu machen. Es sind so viele unter Ihnen, welche die Verhältnisse kennen, welche am Heumarkte sind. Wenn Sie an manchen Tagen die unverkauften Fuhren Heu sich ansehen, so werden Sie zugeben: wenn an einem solchen Tage der Vertreter der Commune Wien sich draußen am Markte einfinden würde — er kann jeden Tag draußen sein bei dem sehr großen Consum am Central-Viehmarkte — so würde er das Futter zu sehr billigem Preise bekommen und es wird dann nicht der Fall eintreten, dass die Viehmäster draußen für ein Büschel Heu dreimal soviel bezahlen müssen, als wenn sie es bei dem nächstbesten Greißler gekauft hätten. Das ist ein Zustand, der der Commune Wien unwürdig ist und ich bitte daher, meine Anregungen in geeigneter Weise zu verwerten.

Gem.-Rath Dürbek: Es wurde so manches über die Marktaufsicht und das Marktwesen im allgemeinen gesprochen. Das Marktwesen hat die Aufgabe, unsere Gesundheit, unser Leben, wenn ich so sagen darf, zu schützen, ergo soll auch die Marktaufsicht in einer Weise durchgeführt werden, dass sie dem Zwecke entspricht, oder entsprechen kann. Die heutige Marktaufsicht kann aber nicht fortbestehen.

Sie verlangen, es möge die Controle eingeführt werden, bei der Fisch- und Fleischbeschau, bei der Verfälschung der Lebensmittel. Das ist aber unter den heutigen Umständen nicht möglich, hauptsächlich seitdem die Vororte zu Wien einverleibt sind. Es sind bei jedem magistratischen Bezirksamte, so z. B. in Währing, zwei Marktcommissäre bestellt. Diese zwei Marktcommissäre haben im Steuerwesen, Gewerbewesen, ferner im Marktwesen und allem, was drum und dran hängt, Dienste zu machen. Sie sollen bei den Fleischhauern, bei jeder Schlachtung 2c. nachsehen. Aber was haben diese beiden Männer — ich nannte Währing — für einen großen Bezirk? Währing geht bis Salmannsdorf; dazu gehört Weinhaus, Gersthof, Pötzleinsdorf 2c. 2c.

Wie ist das möglich, dass diese zwei Herren den ganzen Rayon überwachen können, dass sie sich überhaupt Zeit nehmen können, die Untersuchung in einer Art und Weise durchzuführen, wie es eigentlich nothwendig wäre? Seit einiger Zeit sollen diese Herren auch die mikroskopische Fleischbeschau vornehmen. Es wurde sogar die Einrichtung getroffen, dass von jedem Schwein das Fleisch einer mikroskopischen Untersuchung unterzogen werde. Wenn man also da halbwegs einen Begriff davon hat, wie dies eigentlich durchgeführt werden kann oder soll, so muss man sagen, dass das so gar nicht möglich ist. Denn würde alles so durchgeführt, wie es zweckmäßig wäre, so müssten diese zwei Herren — denn der Tag hat doch nur 12 Stunden Tag und 12 Stunden Nacht — Tag und Nacht arbeiten; sie müssen ja weit herumlaufen. Erlauben Sie mir also, dass ich das der Budget-Commission zu erwägen gebe, es möge darauf geschaut werden, dass man, wenn man etwas verlangt, auch darauf Rücksicht nimmt, dass die Möglichkeit, es durchzuführen, geschaffen wird, damit es nicht so sei, wie es früher war.

Früher war in Sievering der dortige Gemeinde-Secretär Fleischhauer; an einem anderen Orte war es ein Greißler, da war gerade derselbe Zustand. Die Herren dürften es verstehen. Ich habe mir erlaubt, Ihnen das zur Kenntnis und Darnachachtung vorzubringen.

Gem.-Rath Dr. Grübl (zur Geschäftsordnung): Nachdem der Gegenstand hinreichend beleuchtet worden ist, beantrage ich Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt worden, die Herren, welche dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe: Dr. Klotzberg, Stehlik, Trambauer, Witzelsberger, Gräf und Seiler.

Gem.-Rath Wimberger: Ich habe schon, bevor die Sitzung geschlossen wurde, mich zum Worte gemeldet.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, ich werde Sie gleich aufrufen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Im Laufe der Debatte ist man von dem eigentlichen Gegenstande abgekommen, und ich möchte wieder bitten, dass wir auf den richtigen Pfad, den wir verlassen haben, wieder zurückkommen. Es wurde seinerzeit in der Budget-Commission der Antrag gestellt, es sei vom Magistrate ein Gutachten zu erstatten, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Fleischbeistellung am Central-Viehmarkte u. s. w. dem Lagerhausdirector zu übertragen. Es ist das ein Antrag, welchen ich mir in der Budget-Commission zu stellen erlaubt habe, aus dem einfachen Grunde, weil der Lagerhausdirector weit mehr in der Lage ist, die richtige Marktconjunctur erfassen zu können, als der Marktdirector. Der Director des Lagerhauses, wo so viele Vorräthe lagern, und zwar solche, welche am meisten am Central-Viehmarkte in Verwendung zu bringen sind, ist weit früher in der Lage, den richtigen Zeitpunkt zu ergreifen, um solche Einkäufe zu effectuieren. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Gem.-Rath Wimberger: Der Herr College Schlögl hat schon den Wunsch ausgesprochen, dass § 32 der Marktordnung geändert werden soll, und zwar deshalb, weil tausende Meter-Centner Fleisch zugrunde gehen. Die Markthalle wird verdächtigt und kein Fleischhauer vertraut ihr mehr. Ich möchte daher fragen, warum die Fleischhauer zu den Markthallen kein Vertrauen haben, warum die Landfleischhauer kein Fleisch mehr einschicken, und es lieber zuhause lassen. Die Landfleischhauer schicken deshalb kein Fleisch in die Markthallen, weil es dort über Nacht liegen bleibt und am anderen Tage natürlich stinkt und dann dem Wasenmeister gegeben werden muss. Das kommt daher, weil die Eisgruben verpachtet sind. Es müssten sich höchstens die Landfleischhauer an die Pächter wenden, die ihnen den Hals abschneiden; nur dann übernehmen sie das Fleisch.

Eine solche Sache gehört eigentlich für die Commune; die Commune muss die Eiskeller haben, bei denen es wie in einer Garderobe vor sich gehen muss, indem nämlich das Fleisch, das die Einsender im Sommer schicken, dort hinkommen muss, damit es am anderen Tage durch Experten verkauft werden kann. Da dies aber nicht geschieht, sind die Markthallen verdächtig. Die

Commune nimmt für die Eisgruben im ganzen vielleicht 300 bis 400 fl. ein, das weiß ich nicht genau. Es wäre aber jedenfalls vortheilhafter, wenn der Vorgang, den ich besprochen, eingehalten würde. Ich kann Ihnen einige solche Fälle, von denen ich gesprochen, vorführen.

Solche Fälle kann ich viele liefern in denen die Leute das Fleisch eingepackt haben, und am zweiten oder dritten Tage haben sie es dem Wasenmeister gegeben.

Was den Heueinkauf des Herrn Marktdirectors betrifft, so staune ich, dass das Heu sechs Gulden kostet; ein anderer Geschäftsmann kauft diese Gattung um vier Gulden. Ich will nicht, wie Herr Gem.-Rath Gräf behaupten, dass man es beim Greißler so kaufen kann; beim Greißler kostet es auch sechs Gulden. Es ist eben ein Unterschied im Heu, auch im Stroh. Wenn ein Marktdirector Stroh um fünf Gulden kauft, so versteht er es entweder nicht, oder es ist etwas anderes, das weiß ich nicht. Stroh kauft jeder um zwei bis drei Gulden, im Mai, Juni kommt es auf drei Gulden fünfzig Kreuzer, da kann man also nicht fünf Gulden rechnen. Das sind nur Übelstände, denen abgeholfen werden sollte. An einem Donnerstag fährt der Landfleischhauer — es werden tausende von Metercentnern Fleisch hereingeführt — nicht in die Markthalle, er sagt, ich lasse mir mein Fleisch nicht verderben, und zweitens sagt er, ich habe die Zeit gar nicht dazu, mein Fleisch dort zu verkaufen, es zahlt sich nicht aus, dass ich hinfahre. Es sind aber an Donnerstagen mindestens 6- bis 800 Fleischhauer, die vom Lande hereinkommen; einer hat 50 bis 100 Kilo mit, und der andere hat 200 Kilo u. s. f., so dass man vielleicht 20.000 Kilo Fleisch zusammenbringt und das macht den Ausschlag für die Billigkeit des Fleisches in Wien.

Das ist uns alles entgangen und so stelle ich den Antrag, dass wenigstens für den Donnerstagmarkt dieser Paragraph außer Kraft gesetzt werde und dass eine Commission von zehn Mitgliedern vom Gemeinderath bestellt werde, die das ganze Marktwesen in die Hand nehmen soll. (Bravo-Rufe rechts.)

Gem.-Rath Stehlik: Wien gibt unendlich viel Geld für verschiedene Sachen aus, aber bei der Lebensmittel-Verfälschung wird unendlich gespart. Sehen Sie das Gold an, es wird punciert, die Cimentierung wird genau untersucht. Was nützt Ihnen das alles, wenn der Inhalt dessen, was hineingemessen oder gewogen wird, verfälscht wird? Das Markt-Commissariat — es wurde schon früher erwähnt — steht auf sehr schwachen Füßen, weil die Leute unmöglich alles nachsehen können, was verbraucht und genossen wird. Nachdem ich beinahe 50 Jahre der Bezirksvertretung angehörte, habe ich gesehen, welche Referate die Leute machen und nur aus diesem Grunde erlaube ich mir hier zu sprechen. Der Mann soll die Steuererhebungen machen, er soll beim Selcher jedes Stück Schwein nachsehen, er soll den Markttag besuchen, er soll die Schwämme untersuchen, er soll alles Mögliche untersuchen, was verkauft wird.

Es wurde dies hier vom Herrn Gem.-Rath Beutnitz besprochen, aber alle Anträge, alle Wünsche, die man darlegt, sind, wie man sagt, zum Fenster hinausgesprochen. Daher glaube ich, wäre es am besten, wenn für die Lebensmittel-Verfälschung eine eigene Commission eingesetzt würde. Sie essen ja selbst davon, Ihre Kinder und alle Ihre Angehörigen.

Ein Artikel, den Sie täglich gebrauchen, wird nicht untersucht, und warum wird er nicht untersucht? Weil nicht die richtige Kraft dazu da ist, weil es unmöglich ist, den Leuten, die die Sache untersuchen sollen, die Zeit zu geben. Sie haben von Fachleuten gehört, wie schlecht das Fleisch ist. Wenn da keine Commission bestellt wird, so nützt Ihnen das nicht. Früher hat man immer gesagt, der Stadtrath wird alles machen! Meine Herren, der Stadtrath ist ja nicht einmal im Stande, über ein Referat, welches vor sechs bis acht Monaten eingegangen ist, hier zu referieren.

In dieser Richtung soll etwas geschehen, und warum? Für Sie selbst und für die soliden Geschäftsleute. Aus diesem Grunde würde ich mir den Antrag zu stellen erlauben, dass heute aus dem Schoße des Gemeinderathes eine eigene Commission gewählt werde, die die Sache prüfen soll, nachdem die Markt-Commissäre unmöglich im Stande sind alle diese Erhebungen zu machen. Das Marktwesen ist dazu viel zu groß, zu vielfältig. Der Wein wird ja heute in den Kellern gemacht, er wächst nicht mehr am Weinstock, und all' das wird absolut nicht berücksichtigt.

Ich wiederhole also meine Worte, es sei eine eigene Commission zu wählen, damit die Lebensmittel-Verfälschung untersucht wird. (Bravo! Bravo! Links.)

Gem.-Rath Trambauer: Ich war bei Beginn der Sitzung nicht anwesend, aber wenn ich nicht irre, steht die Fourage am Central-Viehmarkte in Behandlung. Keiner von den Herren hat bis jetzt über die Verwendung der Fourage gesprochen. Nun erlauben Sie mir, dass ich darüber spreche. Ich bin zwar kein Gewerbetreibender aus der Approvisionierungsbranche, aber etwas verstehe ich auch davon. Seit vielen Jahren habe ich beobachtet, dass die Thiere am Wiener Platze in einer Weise aufgefüttert werden, dass es schon das Höchste ist. Namentlich ist dies bei den Schweinen der Fall. Die Schweine stehen in dem Stand drinnen. Da wird ein Viertel Metzen Mais in einem einzigen Stande aufgestreut und wenn der Wirt, Fleischhauer oder Selcher nicht gleich, wenn er auf den Markt kommt, kauft, so können Sie versichert sein, dass das Schwein, namentlich wenn es ein Jungschwein ist, drei oder vier Kilo Kukuruz verzehrt hat. Wenn Sie nun bedenken, dass ein Kilo Jungschweinernes 40 kr. kostet, so zahlt der Käufer, da das Schwein je um vier Kilo mehr wiegt, abgesehen von der Verzehrungssteuer, 1 fl. 60 kr. am Einkaufspreis mehr. Heute kostet das Fleisch aber mehr. Nehmen Sie dazu die 30percentige Steuer, so können Sie sich ausrechnen, wie viel das Schwein mehr kostet. Dabei macht allerdings die Commune Wien ein gutes Geschäft. Für die 288.760 fl., die die Gemeinde für die Fourage ausgibt, nimmt sie eine halbe Million ein. Das müssen aber wir zahlen, weil der Fleischhauer oder Wirt es nicht aus seiner eigenen Tasche zahlt.

Über diesen Gegenstand ist auch in der VIII. Section sehr viel gesprochen worden, und selbst in einer vertraulichen Sitzung ist derselbe einmal zur Sprache gebracht worden. Ich kann mich erinnern, dass seinerzeit der gewesene Gem.-Rath Metzler im „Vaterland" eine Notiz gelesen hat, über die Überfütterung der Schlachtthiere, und der Herr Bürgermeister Dr. Prix hat bemerkt, man solle nicht jede Zeitungsnotiz gleich als Antrag im Wiener Gemeinderathe verwenden. Das ist nicht richtig. Aber trotzdem ist der Antrag in die VIII. Section gekommen und was ist da zum Vorschein gekommen? Schauderhafte Sachen. Der Marktdirector hat in Abrede gestellt, dass eine Überfütterung stattgefunden

hat. Er hat nur gesagt, überträukt sind sie worden. Nun, ob ein Thier zu viel trinkt oder zu viel sauft, ist gleichviel. (Heiterkeit.)

Ich bitte schönstens, das ist eine sehr wichtige Sache, die darf nicht belächelt werden. Wenn nur 2500 Stück Ochsen Mastvieh am Wiener Central-Viehmarkte aufgetrieben werden, ist der Bedarf noch nicht gedeckt. Obwohl seinerzeit der Herr Bürgermeister gesagt hat, dass der Wiener Central-Viehmarkt ein Weltmarkt ist, so ist er doch ein Winkelmarkt, weil nicht einmal soviel Schlachtvieh aufgetrieben wird, als die Stadt Wien braucht.

Nun komme ich wieder zu den 25.000 Ochsen, und wenn die nur um 50 Kilo überfüttert werden, was sehr leicht ist, und wenn der Meter-Centner nur 60 fl., also der halbe Meter-Centner 30 fl. kostet, so macht das summa summarum an einem Markttage 75.000 fl. aus und wenn sie diese Summen mit 52 multiplicieren ... (Unruhe und Widerspruch, Rufe: Sie haben sich geirrt!)

Nein, bitte, ich habe mich nicht geirrt, ich habe mich nur versprochen, meine Rechnung ist richtig, es macht 2500 fl. per Tag und die Überfütterung macht also summa summarum 3,100.000 fl. aus, die die Viehhändler forttragen. Der Markt ist überdies innerhalb der Linie, die armen Fleischhauer und die Restaurants ebenso und die müssen auch noch die ganze Verzehrungssteuer zahlen — Sie sehen also, wie die Bevölkerung Wiens geschädigt wird. Das sind markante Sachen. Ich habe auch seinerzeit mit meinem Freunde Trost eine Interpellation hierüber eingebracht und damals hat es geheißen, es crepiert kein Vieh auf dem Viehmarkte, es steht keines um und auf einmal sind wieder vier Stück umgestanden, weil sie überträukt wurden, respective wie sich der Herr Marktdirector ausdrückt, weil sie zuviel gesoffen. (Heiterkeit.)

Ich möchte also bitten, und da können Sie ohne die Zustimmung des Stadtrathes beschließen, während des Marktes darf keine Fütterung stattfinden. Die Schweine sollen aufgetrieben werden, ohne dass sie Kukuruz fressen, denn wenn sie um 6 Uhr aufgetrieben werden und bis um 12 Uhr auf dem Markte bleiben, so sind sie wie eine Trommel angefressen und die Gewerbetreibenden werden dadurch sehr geschädigt.

Gem.-Rath Wibelsberger: Meine Herren! Es wurde beantragt, die Fourage auf dem Central-Viehmarkte im Offertwege zu vergeben, die Conjunctur dabei auszunützen und für die ganze Zeit auf einmal einzukaufen. Dagegen habe ich nichts einzuwenden, heute sind einmal die Verhältnisse, dass derjenige, welcher mit Fourageartikel oder überhaupt mit Consumartikeln zu thun hat und nicht die Conjunctur ausnützt, überhaupt nicht bestehen kann.

Nur glaube ich, die Herren haben die Sache zu wenig überlegt; was haben Sie für einen Antrag eingebracht? Der Lagerhausdirector soll den Einkauf überwachen! Nun bitte ich, wie soll der Director des Lagerhauses dies thun? Kann er denn von seinem Amte weg? Wissen denn die Herren, wie der Einkauf z. B. beim Heu geschieht? Die Kühe und Ochsen brauchen ein anderes Heu als die Pferde, sie fressen das sogenannte süße Heu, aber nicht das sauere Heu, das man den Pferden gibt, und wenn Sie da eine Offertverhandlung ausschreiben, so ist es gar nicht möglich, dass jemand offeriert. Die Leute verkaufen das ganze Jahr zizerlweise auf dem Markt, und es könnte vielleicht irgend eine Herrschaft ein Anbot für ein gewisses Quantum machen, — aber gewiss nicht billiger — jedoch der kleine Bauer, der kleine Agrarier ist gar nicht in der Lage, sein Product auf diese Weise zu verwerten. Es ist usuell, dass derjenige, der Pferde hat, von Zeit zu Zeit auf den Heumarkt geht, und wenn der Markt günstig ist, einkauft; so soll es auch auf dem Viehmarkt sein. Nun können Sie doch vom Lagerhausdirector nicht verlangen, dass er alle Dienstag und Samstag auf den Heumarkt geht, und dort nachschaut und einkauft! Wie soll er denn die Geschäfte des Lagerhauses besorgen, das ist ja die reine Unmöglichkeit! Wenn also die Herren nicht mit anderen Anträgen kommen, als denen, dass der Lagerhausdirektor den Einkauf überwachen soll, so kann ich meine Zustimmung nicht geben. Der Lagerhausdirector ist in der Lage sagen zu können, jetzt ist die Conjunctur eine günstige, jetzt kann ich so und soviel Gerste, so und soviel Maisschrott (Rufe: Feuerwehrpferde!) kaufen. Den Hafer kann man zu einer günstigen Zeit kaufen, weil nach der Ernte der Einkaufspreis viel günstiger ist und man kann den Hafer für das ganze Jahr kaufen. Beim Heu können Sie das absolut nicht thun. Sie müssen die Sache trennen und den Lagerhausdirector aus dem Spiele lassen. Der Lagerhausdirector hat gar nicht die Zeit, es ist unmöglich, er kann es nicht überwachen. Sie können ein Urtheil von ihm einholen über diese Gegenstände, welche ich genannt habe, aber dass er unmittelbar auf den Heumarkt geht und Heu einkauft ist unmöglich, und ich werde insolange nicht dafür stimmen, obwohl ich wünschen würde, dass jede Conjunctur ausgenützt werde, weil die Gemeinde wirklich einen guten Profit haben könnte, aber solange nicht ein besser verwendbarer Antrag kommt, der auch zur Ausführung kommen kann, insolange bin ich nicht in der Lage, für diesen Antrag stimmen zu können.

Gem.-Rath Gräf: Sehr geehrte Herren! Es haben sich schon mehrere Herren Collegen über verschiedene Angelegenheiten und Vorkommnisse ausgesprochen, die eine Verbesserung erheischen, so hat z. B. Collega Trambauer die Überfütterung erwähnt. Es ist jedes Wort wahr; es hat der Herr Gem.-Rath Herold wegen des unbefugten Ausschankes, welcher die Gastwirte schwer trifft, sich ausgesprochen und die Einbringung eines Antrages angekündigt. Nun, meine Herren, ich erlaube mir nur einen Wunsch vorzubringen und die Bemerkung zu machen, über den thatsächlich am Markte bestehenden Schmattes. Ich habe schon einmal Gelegenheit gehabt davon Erwähnung zu machen. Es ist nur von einem Redner jener Seite das Bestehen eines solchen nicht zugegeben worden. . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Verzeihen Sie, aber wir sind bei der Fouragebeistellung und den Modalitäten des Verkaufes. Es fällt mir nicht ein, die Redefreiheit einzudämmen, aber ich möchte doch bitten zu berücksichtigen, dass wir bei der VII. Gruppe sind und noch über 200 Seiten zu erledigen haben; die dringendsten Fragen, die Wasser- und Gasfrage, harren noch der Erledigung und wir können nichts in Angriff nehmen, bevor wir hier nicht fertig sind. Ich möchte daher den Herrn Redner bitten, sich das möglichste Maß und Beschränkung aufzuerlegen.

Gem.-Rath Gräf: Ich bedanke mich für die Ermahnung, glaube aber nicht, dass ich von der Redefreiheit ausgedehnten Gebrauch gemacht habe. Ich habe geglaubt, es wird über die Zustände am Central-Viehmarkte gesprochen. Wenn ich Gelegenheit habe, die Übelstände zu rügen, so werde ich später gerne auf das Wort verzichten. Ich bin nicht willens, Ihre Geduld überlang in Anspruch zu nehmen. Ich wollte nur einen einzigen speciellen Fall anführen, dass es thatsächlich vorkommt, und weil von den Markt-Commissären gesprochen wurde und von Markt

und Fourage überhaupt, erlaube ich mir damit im Zusammenhange zu bemerken, dass sogenannte Großschlächter im Sommer für einen Stier, wenn sie ihn zum Ausbeinln benöthigen, einen Schmattes von 4 fl. bis 5 fl. bezahlen müssen. Das ist ein Unfug, der abgestellt werden soll und muss. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorsitzende so gütig sein wird, mir noch eine Bemerkung zu erlauben, welche ich bezüglich der Fleischbeschau zu machen hätte. Es besteht eine Vorschrift, die Vorschrift, dass die Gastwirte, Fleischselcher und Fleischhauer jenes Vieh, das sie zur Schlachtung bringen, beim Marktcommissariate sechs Stunden früher zur Anzeige zu bringen haben.

Nun bitte, diese Vorschrift, die Wirte betreffend, mag vielleicht bei den alten zehn Bezirken am Platz gewesen sein. Ganz anders ist es bei den draußigen Verhältnissen, d. h. bei den einbezogenen Vororten. Eine große Anzahl und zwar hauptsächlich Wirte, fahren Donnerstag vormittag auf den Markt, und schlachten auch an demselben Tage. Nun sollen die betreffenden Geschäftsleute die Schlachtung der Schweine sechs Stunden vorher anmelden. Das ist absolut unmöglich. Ist der Markt günstig, kauft man früher, ist er theuer, kauft man später. Ist der Markt billiger, kauft man mehr Stück Schweine, ist er theurer, weniger. Nun werden die Herren zugeben, dass es nicht möglich ist, strikte sechs Stunden vorher das Schlachten anzuzeigen, hauptsächlich, wenn am Donnerstag geschlachtet wird, wie es die Wirte thun, und man kann doch auch nicht vorher wissen, wie viel gekauft wird.

Ich hätte nur einen Wunsch, dass das geehrte Präsidium die Güte habe, die Herren Marktcommissäre darauf aufmerksam zu machen, die diesbezüglichen Vorschriften, namentlich in den einbezogenen Vorortegemeinden in etwas humanerer und milderer Weise zur Ausführung zu bringen, weil sonst eine ganze Legion von Strafen den Geschäftsleuten auferlegt wird; wenn solche Fälle eintreten, wird das einfach auf den Preis des Fleisches, des so wichtigen Consumartikels einen Einfluss haben. Ich möchte bitten, diese Anregungen gütigst zu berücksichtigen.

Gem.-Rath Seiler: Ich war derjenige Verbrecher, der in der Budget-Commission diese Frage aufgeworfen hat. Ich habe nämlich gefragt, auf welche Art die Fouragebeistellung für die Centralmarkthalle besorgt wird. Es wurde mir geantwortet: Der Herr Marktdirector kauft an dem jeweiligen Tagesmarkt. Es ist ein Verbrechen am Marktcommissariat zu rütteln. Aber hier in dieser Frage ist doch einmal etwas Eigenthümliches vorgekommen. Da doch jede Hausfrau, jedes Geschäftshaus, ja selbst das Ärar die Fouragelieferung sicherstellt, um dadurch vorzubeugen, dass eventuelle Lieferungen, Theuerungen oder Witterungsverhältnisse, Schneeverwehungen, einer Versorgung mit der nöthigen Fourage im Wege sind. Hier kauft der Marktdirector so viel er braucht, bekommt er es, gut, so bezahlt er; bezahlt er theurer, ist es auch gut.

Es wurde mir gesagt, dass die Commune keine Geschäfte machen darf. Nun ich denke, das sind absolut keine Geschäfte, wenn man sich die Fouragebezüge sicherstellt. Was College Witzelsberger gesagt hat, dass Heu ꝛc. für die verschiedenen Viehgattungen nicht sichergestellt werden könne, so ist das nicht richtig, da man die Qualität und Quantität des Heues nach jeder Richtung hin sicherstellen kann.

Wenn es möglich ist, dass das Kriegsministerium seine Commissäre auf das Land wegen Untersuchung der Bezüge sendet, so kann auch die Commune auf dem Offertwege die Pferdefourage vergeben und wird jedenfalls billiger als sonst dazukommen. Dieser Antrag, welchen ich in der Budget-Commission gestellt, wurde von derselben angenommen und ich bitte auch die Herren, ihn anzunehmen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Die Anträge, welche gestellt worden sind, beziehen sich auf die veränderte Art der Fouragebeistellung. Die einen Herren wünschen, dass sie durch den Lagerhaus-Verwalter geschehe, die anderen wünschen, dass sie im Offertwege geschehe. Ich glaube, dass das Plenum heute einen anderen Antrag nicht annehmen kann, als den, dass sich der Stadtrath mit dieser Frage zu beschäftigen habe. Ich glaube übrigens, dass der Einkauf von Hafer, Grütze, welche im Lagerhause eingelagert werden, gewiss in keine bessere Hand gelegt werden könne, als in jene des Lagerhausdirectors. Was den Einkauf von Heu und Stroh betrifft, so ist diese Angelegenheit so zeitraubend, dass der Lagerhausdirector nicht ohne großen Zeitverlust denselben durchführen könnte und empfiehlt sich daher der Weg der Offertverhandlung. Ich würde bitten, die diesbezüglichen Anträge dem Stadtrathe zuzuweisen, welcher sich mit der Frage intensiv beschäftigen wird.

Weiters sind Anträge gestellt worden auf Einsetzung einer Commission für Überwachung der Lebensmittel und Änderung des § 32 der Marktordnung. Insofern das Commissionen zur Überwachung sind, ist statutarisch dagegen kein Hindernis. Es haben sich aber die betreffenden Antragsteller darüber nicht ausgesprochen. Ich würde bitten, auch diesen Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Gegen die Propositionen selbst ist eine Einwendung nicht erhoben worden, ich bitte, dieselben zu genehmigen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich habe nur eine thatsächliche Berichtigung gegenüber den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Witzelsberger vorzubringen. Wie ich in der Budget-Commission den Antrag gestellt habe, war ich auch nicht willens, dass Heu und Stroh vom Lagerhausdirector eingekauft werden soll, sondern nur jene Artikel, welche man im Lagerhause bekommt, als da sind Gerste, Hafer, Mais und Schrot, während Heu und Stroh im Offertwege acquiriert werden sollen. Und wenn College Witzelsberger meint, dann bleibe für den kleinen Agrarier nichts mehr übrig zu verkaufen, so weise ich darauf hin, dass noch immer Milchmeier, Fiaker, Fleischselcher da sind, welche Heu und Stroh kaufen werden.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir den Herrn Vorsitzenden darauf aufmerksam zu machen, dass zur Gruppe VII vom Herrn Collegen Seiler eine Debatte eingeleitet wurde, bei welcher noch eine Reihe von Rednern vorgemerkt ist. Diese Debatte muss jedenfalls beendet werden. Ich stelle aber gleich den Antrag, dass nach Bekanntmachung der eingeschriebenen Redner zur Wahl von Generalrednern geschritten werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir werden zuerst den Gegenstand erledigen, mit dem wir uns jetzt beschäftigen. Gegen die Ansätze der Positionen 2 und 3 ist eine Einwendung nicht erhoben worden, ich erkläre dieselben für angenommen. (Zustimmung.)

Nun sind folgende Anträge gestellt worden: Erstens von der Budget-Commission: „Es sei vom Magistrate ein Gutachten zu erstatten, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Fouragebeistellung am Central-Viehmarkte und für den sonstigen Bedarf der Gemeinde unter Zuziehung des Lagerhausdirectors für einen entsprechenden Zeit-

raum sicherzustellen." Jene Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Zweitens ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Rückauf: „Der Einkauf der Fourageartikel am Wiener Central-Viehhof ist im Wege der öffentlichen Offertverhandlung sicherzustellen." Jene Herren, welche für Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Weiters ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Wimberger: „§ 32 der Marktordnung sei aufzuheben, und sämmtliches Fleisch und Wildbret dürfe am Donnerstagsmarkte auf dem Centralmarkte verkauft werden. Es sei eine Commission einzusetzen aus zehn Mitgliedern des Gemeinderathes zur Berathung dieser Angelegenheit." Jene Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Weiters ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gregorig: „Das am Central-Friedhofe gewonnene Heu sei am Central-Viehmarkte zu verwenden." Jene Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität. (Widerspruch links.) Es sind Zweifel über die Abstimmung laut geworden. Ich bitte daher jene Herren, welche den Antrag Gregorig an den Stadtrath weisen wollen, sich zu erheben. (Geschieht. — Nach erfolgter Auszählung.) Die Zuweisung ist mit 36 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Endlich ist vom Herrn Gem.-Rathe Stehlik der Antrag gestellt worden: „Es sei eine Commission zu wählen, welche die Angelegenheiten der Lebensmittelfälschung zu untersuchen habe." Jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Es ist von einer Fortsetzung einer Debatte gesprochen worden. Mir ist darüber nichts bekannt. Es ist ein Bogen hier, auf welchem mehrere Redner eingetragen sind, und zwar die Herren Steiner, Dr. Klotzberg, Bärtl, Jedlička, Wimberger, Frauenberger, Dr. Grübl. Wollen die Herren die Debatte fortsetzen? (Rufe: Nein!)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Das bezieht sich auf die Einnahmen!

Referent Gem.-Rath Boschan: Es hat sich auf die Einnahms-Rubrik XXVII bezogen und wir haben die Sitzung unterbrochen, um eine kleine Pause zu machen. Wie wir hereintraten, fragte der Vorsitzende, ob jemand zu der Debatte das Wort wünscht und es hat sich niemand gemeldet. Ich bin also der Meinung, dass die Angelegenheit erledigt ist.

Gem.-Rath Jedlička: Es ist uns nicht bekannt gegeben worden, wie lange die Unterbrechung dauern wird; ich habe draußen im Buffet gesehen, dass noch Herren draußen sind und bin nicht hereingegangen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe wenigstens fünf Minuten lange geläutet. Ich werde eben aufmerksam gemacht, dass vor Abbruch der Debatte vom Herrn Gem.-Rathe Schlögl ein Antrag gestellt worden ist, welcher lautet: „Es soll der § 32 der Marktordnung aufgehoben werden und es soll Fleisch in Stücken bis 50 Kilo und Wildbret in einzelnen Stücken zum Verkaufe zugelassen werden." Bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dann liegen zwei Anträge des Herrn Gem.-Rathes Herold vor; der eine geht dahin, „es möge eine Vermehrung der Markt-Aufsichtsorgane in Erwägung gezogen werden", und es wird darin vorgeschlagen, „dass in den nächsten zehn Jahren, jedes Jahr eine Vermehrung dieser Organe um fünf vorgenommen werde". Der andere Antrag lautet: „Der Gemeinderath erkennt die Nothwendigkeit, dass der Magistrat als Gewerbebehörde erster Instanz bei constatierten unbefugten Gewerbebetrieb im Sinne der §§ 132 und 133 der Gewerbeordnung unnachsichtlich verfahren und bei wiederholter Betretung die höheren Geldstrafsätze und eventuell nach der dritten Bestrafung Entziehung der Gewerbebefugnis, respective Sperrung des Geschäftes, in Anwendung zu bringen".

Diesen zweiten Antrag kann ich nicht zur Abstimmung bringen, das ist eine Einmischung in die Agenden der Behörden, und das ist nicht unsere Sache.

Jene Herren, welche den ersten Antrag des Herrn Gem.-Rathes Herold dem Stadtrathe zuweisen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun frage ich, ob die verzeichneten Herrn Redner auf das Wort verzichten? (Rufe: Ja! — Gem.-Rath Jedlička: Nein!)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Geschäftsordnung): Ich bin selbst unter diesen eingezeichneten Rednern. Nach einer Pause von ungefähr dreiviertel Stunden wurde geläutet, die Sitzung wurde beschlussfähig erklärt. Die eingezeichneten Herren waren nicht da und haben ergo das Wort verloren, darunter auch ich.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, uns nicht aufzuhalten; die Redner sind nicht aufgerufen worden, haben daher das Wort nicht verloren. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mich in der Debatte absichtlich nur dieses einemal zum Worte gemeldet, weil ich das alles auf einmal abthun zu können glaube. Mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden werde ich das, was ich in Bezug auf die Approvisionierung zu sagen habe, sofort vorbringen.

Eine gründliche Reorganisation des Marktwesens muss schon mit Rücksicht auf die Einverleibung der Vororte und mit Rücksicht auf das gute und billige Essen durchgeführt werden. Was gegen den Herrn Marktdirector Zecha vorgebracht wurde, ist, glaube ich, vollkommen richtig. Herr Marktdirector Zecha scheint die Verhältnisse in Wien nicht recht zu kennen und auch nicht die richtige Energie zu haben, gründlich und reformatorisch einzugreifen. Herr Marktdirector Zecha hätte doch gewiss schon die Pflicht gehabt, darauf aufmerksam zu machen, was in Bezug auf die Lebensmittelverfälschung in Wien geschehen muss. Es hat der Herr Reichsrathsabgeordnete Neuber, ich glaube, es war in der Sitzung vom 13. December 1889 oder 1890, im Reichsrathe ausgezeichnet darüber gesprochen, als es sich um das Gesetz handelte. Ich glaube, es war ein Antrag auf Errichtung eines Reichsgesundheitsamtes.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Redner, zu welcher Post sprechen Sie eigentlich?

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mir erlaubt, weil ich mich nur einmal zum Worte gemeldet habe, gleich das alles vorzubringen. Wenn man bei jedem Punkte sich meldet, wird die Debatte verschleppt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Aber es muss doch das Thema in irgend einer Beziehung zu der Post stehen, die wir berathen.

Gem.-Rath Steiner: Zur Approvisionierung im allgemeinen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die General-Debatte ist längst vollendet. Ich bitte, sich auf die Post zu beschränken, die wir berathen.

Gem.-Rath Steiner: Ich muss ehrlich sagen, ich weiß nicht einmal, welche Post besprochen wird. Dazu gehört doch auch wohl die Marktpolizei. Der Marktdirector Zecha hätte längst wissen sollen, was in Wien geschieht, was gefälscht und geschwindelt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Darüber ist schon abgestimmt worden. Wir können doch nicht immer wieder zurückgreifen.

Gem.-Rath Steiner: Ich weiß nicht, bei welcher Post wir sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Marktgebüren, Seite 139 und 140, sind schon längst erledigt. Wir sind auf Seite 147.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mich beim Schriftführer gemeldet zu Marktgebüren und Märkte im allgemeinen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Verschwenden wir nicht die Zeit. Ich bitte, sich kurz zu fassen, damit wir weiter kommen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Ich habe die Märkte bei Tag und Nacht besucht, den Central-Viehmarkt und andere Märkte. Ich bin in den Sommermonaten um zwölf oder ein Uhr nachts aufgestanden und habe die Märkte besucht und habe den größten Unfug gefunden. So zum Beispiel auf dem Markte Am Hof. Wenn Sie um zwei Uhr nachts in den Sommermonaten hineingehen, ist ein solcher Andrang, eine solche Passagestörung, dass, wenn einmal wirklich ein Unglück ausbrechen sollte, ein Feuer, wo schnelle Hilfe noththut, die Feuerwehr nicht ausfahren kann, sie kann weder über den Hof, noch über die Freyung, noch über die Bognergasse oder Schottengasse hinauskommen.

Unseren Gärtnern zum Beispiel, Wiener Steuerträgern ist der Aufstellungsplatz zugewiesen von der Dreifaltigkeitssäule bis zum Stefansplatz, und die Leute vom Lande haben ihren Aufstellungsplatz gerade beim Unterkammeramt. Ich sehe nicht ein, warum der Mann einen oder zwei Burschen mehr mitnehmen muss, um seine Waare vom Graben auf den Hof zu tragen.

Zweitens werden dort Gebüren eingehoben, die nicht von Seite der Commune und — ich weiß nicht, ob der Markt verpachtet ist — auch nicht von Seite des Pächters eingehoben werden. Dort ist ein Aufseher über die Wägen, der macht mit Kreide einen Strich und fordert je nach der Anzahl der Wägen einen Betrag.

Ich bin mit Mitgliedern der Gärtnergenossenschaft um zwei Uhr hingegangen und habe einen Bauer gefragt, was zahlen Sie? Da sagte er, einen Zwanziger. Wir sind fortgegangen und sind zurückgekommen, da hat derselbe dann geleugnet und gesagt, er zahle nur drei Kreuzer. Diejenigen, die die Marktgebüren einheben, sollen dazu gar nicht berechtigt sein.

Das ist gewiss ein Unfug, dem gesteuert werden muss. Nehmen Sie den Großgrundbesitzer. Der meint es doch mit der Bevölkerung von Wien nicht gut. Nehmen Sie die Einfuhr von Milch. Warum werden diese Leute nicht besteuert? Sie schädigen ja unsere Geschäftsleute. Nehmen Sie die Consumvereine, den Hausierhandel. In jeder Weise werden unsere Geschäftsleute geschädigt und man braucht nicht zu sagen, dass das im Interesse der Approvisionierung von Wien ist, dass dadurch billiger gelebt wird. Das ist nicht wahr.

Der Großgrundbesitzer berücksichtigt die Bevölkerung in gar keiner Weise (So ist es! links), schon in Bezug auf das Fleisch nicht. Ich habe gelegentlich der Debatte, als der Abgeordnete Morsey im Parlamente erlärte, dass die Zustände am Wiener Markte schlecht sind und uns dafür verantwortlich machte, das gewiss nicht richtig gefunden; ich habe gesagt, dass die Berichte, welche von Seite des Markt-Commissariates herausgegeben werden, nicht richtig sind, und ich halte das aufrecht. Der Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg hat mich aufmerksam gemacht, ich möge zu einer geeigneten Stunde den Fleischmarkt besuchen.

Meine Herren, ich bin bei einer Kälte von 15 Grad in der Früh aufgestanden und bin auf den Wiener Central-Fleischmarkt gegangen. Ich habe ihn nachmittags um drei Uhr besucht und zu jeder Zeit und habe niemals den Preis gefunden, wie er im Amtsblatt notiert erscheint.

Und ich bedauere, meine Herren, dass das Fleisch, welches um diesen Preis verkauft wird, überhaupt dem Consum zugeführt werden darf. Das sollte confisciert werden, denn es stinkt. Ich habe mich erkundigt, wo dieses Fleisch consumiert wird und wozu es verwendet wird und kann nur noch einmal bedauern, dass dies von den Markt-Commissären nicht strenger controliert wird.

Man schädigt ja hiedurch die Fleischhauer. Wie der Preis zeigt, notiert er — mit 34 kr., gehen Sie doch hin in die Halle, Sie bekommen kein Fleisch dafür. Ich bedauere auch, dass keine strengere Controle in Bezug auf den Zwischenhandel besteht.

Heute hat der Zwischenhandel das ganze Fleischgeschäft in der Hand, nehmen Sie nun an, das Unglück will, dass ein Krieg ausbricht, wie wird dann die Bevölkerung Wiens mit dem Fleischconsum dastehen? Ich nehme es ja dem Geschäftsmann nicht übel, wenn er sein Fleisch theuer anbringen will, aber wenn alles abgeführt und auf dem Markte keines mehr aufgetrieben wird, wie sollen wir dann mit Fleisch versorgt werden?

Darum kümmert sich aber niemand und ist eben die Energielosigkeit des Marktdirectors Zecha, der hätte das voraussehen sollen.

Nehmen Sie dann die Butter. Der Abgeordnete Neuber hat die Sache seinerzeit ganz richtig dargestellt.

Es ist hier ein großer Unfug, die Weiber bringen heute die Sparbutter schon vom Lande herein, verkaufen sie hier für gute Butter, weil sie sich sagen, die Leute kennen das nicht. Der größte Unfug ist aber beim Wein. Ich will da nicht alle Händler beschuldigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, Herr Redner, Sie werden doch zugeben, dass der Wein mit dem Viehmarkte in gar keinem Zusammenhange steht.

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte, es betrifft die Approvisionierung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte sehr, keine General-Debatte zu führen, wir sind bei den einzelnen Posten und müssen einmal mit dem Budget fertig werden.

Gem.-Rath Steiner: Dann schließe ich und füge mich der Aufforderung des Präsidiums, denn ich achte dasjenige, was mir von dort aus gesagt wird. Eine gründliche Organisierung des Marktwesens in Wien ist aber unbedingt nothwendig, und hätte ich geahnt, dass man früher darüber sprechen kann, so hätte ich mich auch früher zum Worte gemeldet. Ich stelle aber den Antrag

und bitte ihn zu unterstützen: „Es ist eine vollständige Neugestaltung des Marktwesens in Wien durchzuführen".

(Die zum Worte vorgemerkten Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Jedlička, Wimberger, Frauenberger und Dr. Grübl verzichten auf das Wort. Gem.-Rath Bärtl ist nicht anwesend.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist noch abzustimmen über einen Antrag des Herrn Gem.-Rathes Brauneiß, dahingehend, dass das Petroleum, welches auf den Bahnhöfen lagert, vom Marktcommissariate bezüglich der Qualität strenge zu untersuchen sei, so dass nur gut raffiniertes, nicht entzündliches Petroleum in den Handel kommt. Diejenigen Herren, die für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Weiters liegt ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Steiner vor, es sei eine vollständige Umgestaltung des Marktwesens durchzuführen. Ich bitte diejenigen Herren, welche für die Zuweisung an den Stadtrath stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan (liest): Seite 149, Rubrik XXVIII, Auslagen für den Pferdemarkt 5820 fl., Auslagen für den Centralmarkt für Heu, Stroh 2c. 2500 fl. Seite 151, Rubrik XXVIII 6 „Auslagen für die übrigen Märkte" 19.700 fl. Seite 153, außerordentliche Ausgaben. Auslagen anlässlich der Herstellung einer Zweigbahn zu den Szálláser 7800 fl., Bau dreier neuer Rinderstalltracte am Central-Viehmarkte 15.000 fl., Anlage eines Seuchenhofes 218.000 fl., Errichtung einer Nutzwasserleitung für den Central-Viehmarkt 24.100 fl.

Gem.-Rath Edlhofer: Meine Herren! Die Nothwendigkeit der Errichtung eines Seuchenhofes wird wohl von allen Herren anerkannt und ich bitte Sie, für die eingestellte Summe zu stimmen, ich erlaube mir aber auch den Antrag, der Gemeinderath beschließe, dass die eingestellte Summe von 218.000 fl. noch heuer zur Verwendung gelange.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich erlaube mir hierauf zu bemerken: es wurde eine Projectskizze dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegt und wenn diese erfolgt ist, kommt das Project an den Gemeinderath zur Genehmigung; also bevor sie herablangt, können wir über den Bau keinen Beschluss fassen. Das Project ist fertig. Ich glaube, dass die Sache, sobald sie hieher kommt, rasch erledigt werden wird.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich erkläre mich mit sämmtlichen Posten einverstanden, halte aber meinen Antrag, den ich vor Monaten gestellt habe, auch hier in diesem Falle aufrecht, dass bei allen solchen Anlagen am Central-Viehmarkte jederzeit auch zu den Commissionen die Markt-Interessenten beigezogen werden, um über das Project ein Urtheil abgeben zu können, damit dieses Project dann ein solches ist, dass es sämmtlichen Anforderungen entspricht. Ich verweise darauf, dass in der Stadt München bei Anlage des Marktes sämmtliche Markt-Interessenten beigezogen wurden, und so ist es nur möglich gewesen, dass München einen mustergiltigen Markt besitzt. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Klotzberg zur Abstimmung, der dahingeht, „es seien den Commissionen für die Anlegung des Seuchenhofes und sonstiger ähnlicher Bauten die Markt-Interessenten zuzuziehen".

Jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte nun den Herrn Referenten, fortzufahren.

Referent Gem.-Rath Boschan: Die nächste Post betrifft die Errichtung einer Nutzwasserleitung für den Central-Viehmarkt 24.100 fl. Angenommen.

Referent (fährt fort): Aufstellung einer Brückenwage auf dem Contumaz-Viehmarkte; zufolge Stadtraths-Beschlusses vom Februar 1892 ist hiefür ein Betrag von 2600 fl. budgetmäßig sicherzustellen. Bitte, diese Post als Nr. 11 einzustellen. Angenommen.

Referent (fortfahrend): Seite 15. „Einnahmen der Großmarkthalle".

Einnahmen der Großmarkthalle	46.027 fl.

Jetzt kommen die Detailmarkthallen und zwar für den

I.	Bezirk	13.500 fl.
IV.	„	5.590 fl.
VI.	„	9.190 fl.
VII.	„	8.710 fl.
VIII.	„	6.680 fl.
IX.	„	3.530 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan (liest): Wir kommen zu den Ausgaben. Großmarkthalle, Posten a bis f.

Gem.-Rath Herold: Nachdem ich in der General-Debatte bereits meine Anträge gestellt habe, werde ich mich, dem Wunsche des Herrn Vice-Bürgermeisters entsprechend, nur auf das Nothwendigste beschränken. Wir haben, wie den Herren nicht entgangen ist, kein centralisiertes Marktwesen. Wir haben verschiedene Märkte, auf welchen verschiedene Artikel feilgeboten werden, welche Märkte nicht im Zusammenhange stehen, und es fehlt die Übersicht über die zu Markte gebrachten Artikel.

Es ist ein Übelstand, dass wir keine einheitlichen Marktpreise haben. Es werden an einem und demselben Tage an verschiedenen Märkten dieselben Artikel zu verschiedenen Preisen verkauft. Die Folge davon ist, dass die Märkte sehr kostspielig sind, und ein gefährlicher Zwischenhandel zutage tritt, und infolge dessen haben wir eine Lebensmittelheuerung.

Ich erlaube mir den Antrag zu stellen: Der Stadtrath werde beauftragt, die Errichtung von Central-Märkten zum Gegenstande von Studien zu machen und dem Gemeinderathe hierüber ein Referat vorzulegen.

Ich gehe weiter. Ich habe bereits vom Zwischenhandel gesprochen. Ich erlaube mir zu bemerken, dass dieser Zwischenhandel auf dem Schlachtviehmarkte sehr zum Ausdrucke kommt. Ich will nicht in das Wespennest der Übelstände am Schlachtviehmarkte stechen, ich will auch nicht von der Zwangscassa, den hohen Gebüren und von den unbeeideten Commissären sprechen, sondern von solchen Leuten, welche sich den Namen Händler aneignen und nichts als Zwischenhändler sind, die ein, zwei Tage vorher ein Stück Vieh ankaufen und dadurch . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, wir sind bei den Markthallen.

Gem.-Rath Herold: Ich glaube, dass es Pflicht der Marktdirection wäre, dem Zwischenhandel auf dem Central-Viehmarkte mit aller Kraft entgegenzutreten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bedauere, wir sind jetzt bei den Markthallen und haben den Viehmarkt mit allen Dependenzen schon längst erledigt. Es ist etwas verspätet.

Gem.-Rath Herold (fortfahrend): Ich möchte noch auf den Gemüsemarkt hinweisen. Wie Herr Gem.-Rath Steiner angeführt hat, ist die Lage der Gärtner auf dem Markte eine sehr traurige. Der Gärtner ist dem Zwischenhändler ausgeliefert, infolge dessen haben wir sehr theueres Gemüse. Der Gärtner muss bei Tag und Nacht arbeiten, und in der Nacht zwingt ihn die Marktordnung dazu. Sie kennen die Zustände, die in der Nacht am Hof, auf der Freyung und in den umliegenden Gassen herrschen. Das Stadtphysikat hat schon Einwendungen gegen die Nachtmärkte erhoben, und ich appelliere an Sie, dass Sie den Nachtmärkten ein Ende machen, damit wir endlich einmal ein wohlfeileres Gemüse bekommen (Beifall) und die Gärtner geschützt werden. Das ist Pflicht der Stadtvertretung. Wenn einmal die Gärtner gezwungen sein werden, nicht mehr um sechs Uhr früh das Feld zu räumen für den Zwischenhändler, und wenn sie das Gemüse an das Publicum verkaufen werden, dann werden wir billigeres Gemüse haben, und es wird den Stand der Gärtner heben, der sich sonst immer bescheiden zurückgezogen hat, in der Hoffnung, dass sich ein Vertreter für sein Interesse finden wird.

Ich erlaube mir, den Antrag zu stellen: 1. Es ist ein eigener Platz an den beiden Seiten des Donaucanales oberhalb der Augartenbrücke als Central-Gemüsemarkt zu bestimmen.

2. Die Marktordnung soll derart abgeändert werden, dass den Gärtnern gestattet sei, auch bei Tage in allen Marktstunden das Gemüse feilzubieten. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Gregorig: Ich finde da eine Post, bei der ich kaum meinen Augen traute: Unter den Anmerkungen „Pachtzins für die Besorgung der Aborte" — das ist ein sehr undelicates Thema, aber ich kann meine Verwunderung darüber nicht genug aussprechen, wie die Commune Wien, die für öffentliche Anstandsorte zu sorgen hat, noch extra einen Pachtzins dafür einhebt.

Das ist unerhört. Wie kann das möglich sein? Die Leute, welche den Abort benützen wollen, müssen bezahlen, was der Pächter verlangt. Auf solche Einnahmsquellen soll die Commune verzichten und sie soll jemanden hinstellen, der die Reinigung der Aborte unentgeltlich besorgt. Dass man hiefür 100 fl. Pachtzins verlangt, ist nur in Wien möglich. Ich beantrage daher die Streichung dieser Post und die unentgeltliche Benützung des Abortes in der Central-Markthalle.

Gem.-Rath Seiler: Ich will auch einiges zu den Central-Markthallen sprechen. Sie haben von vielen Seiten hier gehört, dass bei unserem Approvisionierungs- und Marktwesen große Missstände bestehen und eigentlich die Sache schlecht eingeführt und geleitet ist. Insbesondere was den Fleischmarkt in der Central-Markthalle anbelangt, da gibt es unzählige Übelstände, die ich hier an die Öffentlichkeit nicht bringen will. Ich will davon mehr nicht sprechen, als dass bei uns in der Central-Markthalle kein Unterschied zwischen Ochsen-, Kuh-, Stier- und Büffelfleisch gemacht wird, das ist alles auf einer Kraxe und nur ein gewiegter Kenner erkennt, was er kauft und was verkauft wird. Es ist bekannt, dass unsere Central-Markthalle, was das Fleischwesen anbelangt, demoralisiert ist. (Zustimmung links.) Jeder Wirt, der sein Fleisch dort kauft, kann sein Geschäft zusperren, weil er dort nur schlechtes Fleisch bekommen kann. Weiter, meine Herren, wird unser Centralmarkt im allgemeinen viel zu bureaukratisch geführt und nicht geschäftsmäßig. Es gehören Geschäftsmänner dahin, welche die Sache verstehen, koste es, was es wolle. Wenn Sie Central-Markthallen in Berlin oder Paris ansehen, so lacht Ihnen das Herz. Schauen Sie dagegen unsere Markthallen an; man muss sich schämen, jemanden hinzuführen. Da sind ein paar alte Weiber, die Eier, Butter u. dgl. verkaufen, und ein anständiger Geschäftsmann geht nicht einmal hin. Und erst das Fleisch selbst! Schauen Sie sich die schmutzigen Leute an, die dort arbeiten, und sehen Sie sich dagegen das im Ausland an. Ich will nicht davon sprechen, dass die Landfleischhauer kein Fleisch hereinschicken, weil sie nolens volens ihr Geld verlieren müssen. Wir haben keine Eisgruben, es ist nicht dafür gesorgt worden, dass ordentlich Handel getrieben werde. Schauen Sie sich die anderen Märkte an, z. B. den Gemüsemarkt. Mit einem Worte: Eine Reorganisierung ist unbedingt nothwendig, und zwar nicht eine ämtliche, sondern eine solche durch Geschäftsleute. Ich will mich nicht auf die näheren Details einlassen, weil es sonst in die Öffentlichkeit kommt, und einigen Schaden oder sonst schlechtes Blut machen würde. Ich möchte nur die Herren, welche Anträge eingebracht haben, bitten, dieselben nach meinem Antrage zu modificieren, welcher dahingeht: „Es sei eine aus allen Marktinteressenten zusammengestellte Enquête, betreffend die Reorganisierung der Markthallen und die Regelung des Fleischhandels einzuberufen". (Lebhafter Beifall.) Wenn alle Interessenten dabei sind, werden sie sich ihre Meinung offen ins Gesicht sagen, und es wird das Richtige herauskommen, wie die Sache reorganisiert werden soll. (Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich bin in einer sehr unangenehmen Lage. Ich habe mich einigemale zum Worte gemeldet und mehreremale gemeldet einmal zu den Markthallen, das anderemal wieder zum Schlusse der ganzen Gruppe VII. Nachdem ich mich aber fürchte, dass ich vielleicht nicht zum Worte komme und doch mein Scherflein beitragen möchte, habe ich mich zu diesem Capitel zum Worte gemeldet und nehme hier Anlass, zu dem Antrage des Heren Collegen Herold zu sprechen.

Es haben sich hier an der Debatte Männer betheiligt, welche der Mehrzahl nach Fachgenossen sind, und zwar lauter Approvisionierungs-Gewerbetreibende mit Ausnahme des Collegen Stehlik, des Herrn Dr. Klotzberg und Herrn Gem.-Rathes Steiner, welch letzterer aber sehr trefflich die ganzen Verhältnisse des Approvisionierungswesens geschildert hat. Ich mache die Herren Collegen, welche Fachmänner in der Approvisionierung sind, aufmerksam, dass das ein sehr gefährlicher Pfad ist, den zu betreten Sie sich getraut haben. Es ist sehr schwer, als Fachmann in der Approvisionierungsfrage hier im Wiener Gemeinderathe etwas zu sprechen.

Ich mache Sie aufmerksam, dass man Männer sehr ehrenwerten Charakters, denen niemand nachsagen kann, dass sie vielleicht einmal in irgend einer Beziehung egoistisch aufgetreten sind, die im Approvisionierungs-Gewerbe ergraut sind, dass man diese Männer, wenn sie in Approvisionierungssachen gesprochen haben, dann im Koth herumgezerrt hat. (Widerspruch.) Ja, meine Herren, es ist Thatsache! Ich weise auf die ehemaligen Gem.-Räthe Weissenberger, Köckeis und noch andere hin, die ich nicht nennen will, die noch betheiligt sind, ich weise darauf hin, wie man dieselben behandelt hat, weil sie in fachmännischer Weise in Approvisionierungsangelegenheiten sich getraut haben, dem

Gemeinderathe Rathschläge zu ertheilen. Sie haben schlechten Lohn dafür geerntet.

Ich muss den Herrn Vorsitzenden doch um die Erlaubnis bitten, etwas in die General-Debatte zurückzugreifen, weil ich die ganze Gruppe in einem besprechen möchte. Es war mir leider nicht gegönnt, in der General-Debatte zum Worte zu gelangen. Als ich mich zum Worte melden wollte, waren bereits 33 Redner vorgemerkt; da wusste ich, dass ich nicht mehr zum Worte komme und habe mir es aufgespart. Ich werde mich so kurz als möglich fassen, mir aber doch erlauben, mich über die Approvisionierungsfrage überhaupt deutlich auszusprechen.

Es wurden vom Herrn Collegen Herold einige Anträge gestellt und auch von anderen Herren einzelnes erwähnt. Die eigentliche Hauptursache der Lebensmittelteuerung, wie man zu sagen beliebt, wurde nicht genannt. Es wird die ganze Approvisionierungsfrage in Wien nicht von dem richtigen Standpunkte aus behandelt. Gestatten Sie mir, meine Herren, zu sagen, dass ich doch etwas von der Sache verstehe, wenn mir auch der Herr Vice-Bürgermeister einmal zugerufen hat, dass ich von der Approvisionierungsfrage keinen Dunst habe, was ich ihm heute noch nicht vergessen kann. Ich bilde mir doch ein, nachdem ich meine besten Jahre beim Gewerbe zugebracht habe, etwas von Marktwesen und Approvisionierungsangelegenheiten zu verstehen.

Die Approvisionierungsfrage wird in Wien ganz einseitig behandelt, und zwar wendet man das Hauptaugenmerk, was ich für die Wiener Verhältnisse ganz correct finde, dem Central-Viehmarkte und dem täglichen Fleischmarkte zu. Alle anderen Lebensmittel werden sehr nebensächlich behandelt, und daher kommt es, dass das Marktwesen im allgemeinen in Wien so verfahren ist, dass man den Karren sehr schwer herausbringt. Nur dann, wenn der Gemeinderath an die Regierung herantreten wird, wird es möglich sein, die Approvisionierungsfrage vielleicht durch Abänderung des Gewerbegesetzes zu Gunsten der Bevölkerung zu lösen. In Wien besteht bezüglich der Approvisionierungsgewerbe eine unbeschreibliche Zügellosigkeit. Es werden ungeheuer viele Gewerbe verliehen, welche sich mit dem Approvisionierungswesen befassen. Unterziehen Sie sich einmal der Mühe, und blättern Sie in unserem Amtsblatte nach, da werden Sie finden, wie viele Gemischtwaaren-Verschleiße, wie viele Milch- und Gebäck-Verschleiße, wie viele Fleisch-Verschleiße und sofort im heurigen Jahre allein verliehen worden sind. Mit dieser ungeheueren Concurrenz im Detailhandel von Lebensmitteln glaubt man dieselben zu verwohlfeilen.

Ja, meine Herren, glauben Sie, dass das möglich ist, dass durch die Concurrenz des Handels die Ware verwohlfeilt wird? Das geschieht nicht. Aber eines geschieht wohl: Das gerade Gegentheil. Durch die vielen Händler wird der Markt überlaufen. Die Nachfrage nach den Waren ist eine größere, und der Producent bringt seine Ware theuerer an, während dem die Lebensmittel theuerer werden und ein großer Theil der Gewerbetreibenden, welche das Gewerbe erst heuer angemeldet haben, dadurch zu Bettlern geworden sind. Das wird erreicht. Man erzeugt Bettelleute durch die schrankenlose Concurrenz derjenigen, die sich, wie man wienerisch sagt, die blutigen Kreuzer vom Maul abgespart haben, und in dem Wahn, ein Fressgeschäft, wie man in Wien sagt, gehe immer, zur Gewerbebehörde laufen und das Geschäft anmelden. Sie setzen ihre 100 oder 200 fl. zu, und in ein paar Wochen gehen sie wie die Dirne vom Tanze. Das ist das Resultat der Schrankenlosigkeit und Zügellosigkeit im Approvisionierungsgewerbe. Man hat auf das Markthallensystem hingewiesen, und hat es auch in Wien probiert, nach dem Muster von Paris Markthallen zu errichten. Ich brauche Ihnen keine Vorlesung darüber zu halten; Sie wissen, wie Wien ein klägliches Fiasco mit den Markthallen erlebt hat. Man hat bei der Creierung der Markthallen vergessen, dass man auch die anderen Zustände ins Auge fassen sollte. Man hat vergessen, dass in Paris nicht so viele sesshafte Gewerbetreibende, welche sich mit der Approvisionierung befassen, vorhanden sind. Man hat an die ambulanten Gewerbetreibenden, welche in den Markthallen ihren Bedarf einkaufen, und dann an die Consumenten absetzen, nicht gedacht. Man hat hier den sesshaften Gewerbetreibenden durch die Markthallen Concurrenz und der Gemeinde Auslagen geschaffen, wovon wir noch jetzt zu tragen haben. Betrachten Sie die Detailmarkthallen. Welchen Nutzen bringen sie uns? Sie werden finden, dass wir einige haben, wo wir noch draufzahlen müssen.

Es hat schon seinerzeit, als die Fleischtheuerungsfrage auf der Tagesordnung war, die VIII. Section dem Gemeinderathe beantragt, es sei eine Commission von zehn Mitgliedern zu wählen, welche überhaupt über die ganze Approvisionierungsfrage zu berathen hätte. Nun, ich weiß nicht, wo der Antrag hingekommen ist. Es sind schon seinerzeit Anträge begraben worden, als noch nicht der Stadtrath in Thätigkeit war. Es scheint ein Erbstück zu sein, dass jetzt auch alle Anträge begraben werden. Dieser Antrag ist damals nicht realisiert worden; er ist im Plenum angenommen worden, trotzdem besteht noch keine solche Commission.

Sie sehen, meine Herren, dass wir die Approvisionierungsfrage in Wien ganz oberflächlich behandeln. Mich freut es, dass noch soviel Herren da sind, welche an der Sache Interesse haben und zur Einsicht gekommen sind, dass die Approvisionierungsfrage eine der wichtigsten für Wien ist.

Ich habe auf etwas zurückzugreifen. Schon im Jahre 1886, als ich in den Gemeinderath eingetreten bin, habe ich mir erlaubt, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Nur war ich damals etwas zu neu und habe nicht gewusst, was für einen Weg die Anträge nehmen. Ich habe den Antrag gestellt auf Reorganisierung des Marktwesens, in dem Wahne, dass der Magistrat doch an die damals bestandene VIII. Section berichten werde, und dass ich dann meinen Antrag in der Section, deren Mitglied ich war, werde begründen können. Leider ist der Antrag nicht hineingekommen. Es mag sein, dass ich damals, wie gesagt, als Neuling, meinen Antrag nicht mit so grellen Farben motiviert habe, als er es verdient hat.

Aber alle Anträge, die heute gestellt worden sind, spitzen sich zu einem zu: Der Stadtrath wäre dazu berufen, die Approvisionierungsfrage zu studieren und Anträge zu stellen.

Wir haben im Approvisionierungswesen soviel zu regeln, dass alle heutigen Anträge gegen eine wirkliche Reorganisierung des Approvisionierungswesens nur ein Palliativmittel sind, es muss einmal gründlich zugegriffen werden, damit etwas geschaffen wird, was der Stadt Wien würdig wäre. Die Approvisionierungsfrage muss einem gründlichen Studium unterzogen werden, und zwar unter Beiziehung von Fachmännern, obwohl den Fachmännern im Gemeinderathe noch nie Vertrauen geschenkt wurde, das wollte ich nur bemerken, und ich bitte Sie, alle diese Anträge dem Stadtrathe zuzuweisen, der sich mit dieser Frage gründlich befassen und uns darüber berichten soll. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Herold: Ich habe früher etwas mitzutheilen vergessen, was auch sehr wichtig ist. Wie die Herren wissen, hat unser Lagerhaus ein Schiedsgericht, ebenso die Mehlbörse und alle anderen Börsen und großen Institute, nur der Central-Viehmarkt hat ein derartiges Institut nicht.

Dies wollte ich also dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Dr. Klotzberg noch beifügen.

Gem.-Rath Hipp: Zum Punkte 7 hätte ich hier wohl erwartet, den Herrn Magistratsrath Kronawetter hier zu sehen, damit er hört, wie dem Plenum so mancher berechtigte Wunsch in Approvisionierungsfragen bekanntgegeben wird und damit er sich das ad notam nimmt. Durch seine Abwesenheit ersehe ich aber, dass sein Ausspruch vollkommen richtig aufzufassen war, als er einst in einer Versammlung sagte: „Die mögen sich die Köpfe für das Approvisionierungswesen zerbrechen, ich aber nicht." So scheint er es auch zu halten, denn er glänzt durch seine Abwesenheit und hört die berechtigten Wünsche gar nicht, welche hier vorgebracht werden und die allgemeine Anerkennung des Hauses gefunden haben. Denn noch nie wurde von beiden Seiten des Hauses so einmüthig gesprochen, wie gerade über die Approvisionierung, welche sich wirklich in einem höchst tadelnswerten Zustande befindet. Es wäre also gewiss am Platze gewesen, wenn Herr Magistratsrath Dr. Kronawetter hier anwesend wäre und sich so manche Notiz machen würde, um dann in entsprechender Weise Abhilfe zu treffen. Nachdem er aber leider nicht anwesend ist, so sage ich nun, es haben Fachleute hier gesprochen, und zwar nicht vielleicht aus Eigennutz, sondern aus ihrer Erfahrung und nach vollster Überzeugung, um für die Allgemeinheit etwas zu thun, und daher erwarte ich auch, dass diese Anregungen vollinhaltlich angenommen werden. (Beifall.)

Gem.-Rath Gräf: Meine Herren! Ich bin kein gewiegter Parlamentarier und nicht wie der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter, der sich nicht so leicht aus dem Concepte bringen lässt, denn eine Bemerkung des Präsidiums bringt mich aus dem Concepte. Vielleicht werde ich mich diesbezüglich bessern. Was Herr Gem.-Rath Hipp vorgebracht hat, wollte ich auch bemerken und möchte seine Ausführungen nur in einen Antrag formulieren. Es ist von beiden Seiten anerkannt worden, dass heute die Approvisionierung der Hauptstadt, überhaupt einer Stadt eine Lebensfrage für dieselbe ist, und nachdem ich schon bei so vielen Gelegenheiten bemerkt habe, dass z. B. bei Bauangelegenheiten der Herr Baudirector, bei anderen Sachen der Herr Oberbuchhalter anwesend war, so hätte ich gedacht, dass auch der Chef des Approvisionierungs-Departements des Magistrates die Gelegenheit nicht unbenützt lassen wird, in unserer Mitte zu erscheinen, um allfällige Anfragen, die gestellt worden wären, zu beantworten. Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen und bitte die Herren, ihm gütigst zuzustimmen, dass bei wichtigen Angelegenheiten, namentlich bei Budgetberathung die Chefs der betreffenden Ressorts einzuladen sind, im Plenum des Gemeinderathes behufs eventueller Auskunftsertheilung zu erscheinen. (Bravo-Rufe.) Ich bitte Sie, diesem meinen Antrage zuzustimmen. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Wort.

Referent Gem.-Rath Boschan: Was bezüglich des Markt- und Approvisionierungswesens im allgemeinen gesagt wurde, hat gewiss sehr viel Richtiges. Wenn man sagen kann, dass in Wien manches im Argen liegt, so ist es gewiss beim Approvisionierungswesen speciell der Fall. Was den Nachtmarkt betrifft, der am Hof und auf der Freyung abgehalten wird, ist wirklich für Wien schon ein bisschen ein Scandal (Bravo-Rufe), dass der ganze Markt unter freiem Himmel, oft bei zehn Grad Kälte, abgehalten wird, und wenn man manchmal bei Nacht zwischen 12 und 2 Uhr aus einer Gesellschaft nach Hause kommt, muss es einem fast jammern, diese armen Leute in zerlumpten Kleidern unter den Wagen und Butten schlafen zu sehen und wie sie frieren. Es ist auch schon oft die Anregung gegeben worden, eine Markthalle zu erbauen, nur hat im I. Bezirke immer ein geeigneter Platz gefehlt. Ich hoffe, dass die Anregungen, welche heute gegeben worden sind, auf fruchtbaren Boden fallen, und dass etwas Günstiges für Wien entstehen wird.

Es wurde ferner die Anregung wegen Abhaltung einer Enquête in Bezug auf den Fleischmarkt und das Approvisionierungswesen gegeben. Es würde gewiss sehr gut sein, nur dürfte es, wie das gewöhnlich bei solchen Enquêten geht — wir haben erst in jüngster Zeit eine große Enquête in Wien abhalten gesehen —, so sein, dass gerade die sogenannten Fachleute mehr oder weniger befangen sind. Es wird also wünschenswert sein, wenn in eine solche Enquête Leute hineinkommen aus allen Ständen, sowohl Käufer als auch Verkäufer. Die Einladung der betreffenden Ressort-Chefs des Magistrates zur Budgetberathung war nicht gut möglich. Meine Herren, die Budgetberathung dauert jetzt, glaube ich, schon durch 15 Sitzungen, man weiß nicht, zu welcher Gruppe man kommt, und wenn sämmtliche Ressort-Chefs des Magistrates durch einige Wochen lang hier anwesend sein müssen, wird das seine Schwierigkeiten haben, sie werden dadurch von anderen Geschäften abgehalten, speciell gilt das vom Herrn Rath Dr. Kronawetter, der nicht eingeladen war und gar nicht wissen konnte, dass das heute vorkommt. Nun wende ich mich zu einer duftigen Angelegenheit, zu dieser Abort-Geschichte. Meine Herren, in einem Orte, wo viele Leute zusammenkommen, ist es nothwendig, dass man denselben besonders reinlich hält, und dieses Geschäft ist am allerbesten in der Weise zu machen, dass man irgendwo ein alte Frauensperson findet, welche gegen ein paar Groschen Trinkgeld die Sache besorgt, das ist auf den Bahnhöfen und anderen Orten der Fall, hat sich ganz praktisch erwiesen und ist viel besser, als wenn man jemanden zahlt, der das machen soll. Diese Post von 100 fl. war die einzige, welche meritorisch beanständet ist. Ich bitte, sämmtliche Posten zu genehmigen und die übrigen Anträge an den Stadtrath zu leiten.

Gem.-Rath Gräf (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich erlaube mir gegen die Ausführungen des Herrn Referenten zu bemerken, dass es doch sehr leicht vorauszusehen ist, welche Budget-Posten . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Das ist keine persönliche Bemerkung, sondern Debatte.

Gem.-Rath Gräf: Ich habe nur eine kleine Bemerkung. Ich berichtige, nachdem schon die Chefs verschiedener Ressorts bei den Berathungen anwesend sind, z. B. der Herr Oberbuchhalter und Stadtbaudirector, dass auch der Herr Magistratsrath Dr. Kronawetter, als Chef des Approvisionierungswesens, der Sitzung hätte anwohnen können.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen die Einnahme-Posten ist keine Einwendung erhoben worden, mit Ausnahme der Post 1. Ich erkläre daher diese Posten für angenommen. Bei Post 1 wurde bemängelt eine in der Rubrik ersichtliche Detailpost

von 100 fl. als Pachtzins für die Besorgung der Aborte. Dies wurde bemängelt. Ich bringe diese Post zur Abstimmung. Die Herren, welche der Einstellung derselben zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt eine Reihe von Anträgen. Die Versammlung wird einverstanden sein, wenn ich dieselben unter einem zur Abstimmung bringe.

Der erste Antrag des Herrn Gem.-Rathes Herold geht dahin, es sei ein eigener Platz an beiden Seiten des Donaucanals oberhalb der Augartenbrücke als Central-Gemüsemarkt zu bestimmen.

Die Marktordnung soll derart abgeändert werden, damit den Gärtnern gestattet sei, auch bei Tage in allen Marktstunden das Gemüse feilzubieten. Der Stadtrath wird ersucht, hierüber binnen drei Monaten Bericht zu erstatten.

Weiters wird der Stadtrath beauftragt, die Errichtung von Central-Markthallen zum Gegenstand des Studiums zu machen. Weiters wird die Marktdirection aufgefordert, dem Zwischenhandel am Central-Viehmarkt mit aller Kraft entgegenzutreten. Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Weiters ist der Antrag Seiler: Es sei innerhalb dreier Monate eine aus allen Marktinteressenten und dem Gemeinderathe zusammengestellte Enquête, betreffend Reorganisierung der Märkte, Markthallen und Regelung des Fleischhandels einzuberufen, so auch ein Schiedsgericht für Marktinteressenten einzurichten. Ich bitte jene Herren, welche der Zuweisung zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Antrag Gräf kann nicht zur Abstimmung gebracht werden, weil der Gegenstand durch den § 11 der Geschäftsordnung geregelt ist.

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, Anträge, welche von Mitgliedern des Gemeinderathes gestellt werden, deutlich zu verkünden . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Was heißt das?

Gem.-Rath Gregorig: Es hat niemand gewußt, dass mein Antrag . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, ersparen Sie sich die Belehrungen. Ich habe gesagt, jene Herren, welche für die Einstellung der Post sind, bitte ich die Hand zu erheben und habe ausdrücklich vorausgeschickt, dass diese Subpost bemängelt worden ist.

Gem.-Rath Gregorig: Mein Name ist nicht genannt worden. Dagegen verwahre ich mich, das ist ein paschaartiges Vorgehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Alle Herren haben es verstanden, nur Sie nicht. Der Name Gregorig ist nicht genannt worden. Die Herren hier haben . . . .

Gem.-Rath Gregorig: Das nützt nichts, wir haben hier keinen Pascha, sondern nur einen Gemeinderaths-Vorsitzenden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich rufe Sie für dieses Benehmen zur Ordnung! (Gem.-Rath Gregorig: Gereicht mir zur Ehre!) Ich muss sehr bedauern, wenn ein Gemeinderath der Stadt Wien in dieser Weise sich benimmt. Ein Ordnungsruf ist nie eine Auszeichnung.

Gem.-Rath Gregorig: Es handelt sich um die Person, die ihn ertheilt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Bitte fortzufahren.

Referent Gem.-Rath Boschan: Seite 117, „Markthallen."

Erhaltung des Gebäudes	5.690 fl.
Beheizung, Beleuchtung, Reinigung und Kanzleierfordernisse	3.650 fl.
Pauschale für die Verzehrungssteuer-Expositur . .	3.500 fl.
Steuer sammt Zuschlägen	2.380 fl.

Gem.-Rath Steiner: Ich möchte mir nur etwas in Bezug auf die Markthalle im I. Bezirk zu bemerken erlauben. Die Beleuchtung und Reinigung lässt dort alles zu wünschen übrig. In erster Linie ist sie sehr mangelhaft und in zweiter Linie ist für die Beheizung, Reinigung und Instandhaltung der Amtslocalitäten ein Betrag von 1830 fl. eingestellt. Meine Herren! Wer die Localitäten dort kennt, wird mir zugeben müssen, dass das ein horrender Betrag ist. Da sind ein paar Holzverschläge in einer Ecke der Halle, nicht einmal ein Fußboden ist da. Wie resultiert da für Beleuchtung, Heizung und Reinigung 1830 fl? Ich habe im Sommer schon den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter gebeten, man möge eine Uhr anbringen. Dr. Richter hat mir auch in liebenswürdiger Weise zugesagt, mich zu unterstützen, und bis heute ist die Uhr noch nicht dort. Ich weiß nicht, wo die Schuld liegt, jedenfalls am Departement für Märkte, denn das könnte doch schon durchgeführt sein.

Ich wollte das nur bemerken, denn die Reinigung lässt alles zu wünschen übrig. Es wird nichts gethan als ausgekehrt. Die Beleuchtung ist sehr schlecht. Ich bin im Winter absichtlich in sämmtlichen Markthallen herumgegangen und habe das angesehen; da muss schließlich Abhilfe geschaffen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Posten sind nicht bemängelt worden, ich erkläre dieselben für angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Schlachthäuser.

Einnahmen der Schlachthäuser zu St. Marx (einschließlich der neuen Abtheilung V auf der Area des Central-Viehmarktes), in Gumpendorf und des Pferdeschlachthauses:

Schlachtgebüren	124.650 fl.
Mietzinse: α) Effective Zinse	14.160 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	4.620 fl.
Sonstige Einnahmen	360 fl.
Einnahmen vom Schlachthause in Unter-Meidling, Breitelgasse Nr. 21: Schlachtgebüren	90.940 fl.
Mietzinse: α) Effective Zinse	4.250 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	2.980 fl.
Sonstige Einnahmen	1.580 fl.
Einnahmen vom Schlachthause an der Als (in der ehemaligen Gemeinde Gersthof): Schlachtgebüren	47.980 fl.
Mietzinse: α) Effective Zinse	3.640 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	1.770 fl.
Sonstige Einnahmen	670 fl.
Einnahmen vom Schlachthause in Nussdorf, Grinzingerstraße Nr. 93—103: Schlachtgebüren . .	5.370 fl.
Mietzinse: α) Effective Zinse	—.— fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	440 fl.
Sonstige Einnahmen	90 fl.

Gem.-Rath Steiner: Der Herr Stadtrath Kreindl hat den Antrag eingebracht, es mögen diejenigen Räume des Schlachthauses in Nussdorf, in denen geschlachtet wird, mit Gas beleuchtet

werden. Meines Wissens ist dieser Antrag bis jetzt noch nicht durchgeführt worden. Denn es ist vom geschäftsmäßigen Standpunkte wünschenswert, dass man die Leute unterstützt. Denn dass die Ausbeinler um 3 oder 4 Uhr morgens beim Lichte einer Unschlittkerze, die sie sich selbst mitbringen, arbeiten, das ist unthunlich. Ich bitte daher den Herrn Vorsitzenden, zu veranlassen, dass die Gasbeleuchtung dort ehestens eingeführt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe den Antrag Steiner zur Abstimmung, es sei das Schlachthaus in Nussdorf mit Gas zu beleuchten.

Jene Herren, die dafür sind, dass dieser Antrag dem Stadtrathe zugewiesen wird, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Schlachthäuser:

A. Ordentliche Ausgaben:

Ausgaben für die Schlachthäuser zu St. Marx (einschließlich der neuen Abtheilung V auf der Area des Central-Viehmarktes) und in Gumpendorf, dann für das Pferdeschlachthaus:

Bezüge des Personales:

α) Effective Ausgaben	28.350 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	3.570 fl.
Erhaltung und Reparatur der Gebäude	15.810 fl.
Steuer sammt Zuschlägen	9.410 fl.
Bestallungen	420 fl.
Beleuchtung und Beheizung	2.660 fl.
Erhaltung und Reparatur der inneren Einrichtung	2.000 fl.
Durchgeführte Wasserbezugswerte	3.910 fl.

Reinigungskosten und verschiedene sonstige Auslagen:

α) Effective Auslagen	7.680 fl.
β) Durchgeführte Werte	630 fl.

Ausgaben für das Schlachthaus in Unter-Meidling:

Bezüge des Personales:

α) Effective Ausgaben	15.000 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	2.980 fl.
Erhaltung und Reparatur der Gebäude und der inneren Einrichtung	3.680 fl.
Steuer sammt Zuschlägen	5.370 fl.
Bestallungen	1.940 fl.
Beleuchtung und Beheizung	6.690 fl.
Reinigungskosten und verschiedene sonstige Auslagen	4.960 fl.

Auslagen für das Schlachthaus an der Als:

Bezüge des Personales:

α) Effective Auslagen	8.750 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	1.770 fl.
Erhaltung und Reparatur der Gebäude und der inneren Einrichtung	2.870 fl.
Steuer sammt Zuschlägen	2.300 fl.
Bestallungen	470 fl.
Beleuchtung und Beheizung	2.510 fl.
Reinigungskosten und verschiedene sonstige Auslagen	2.780 fl.

Auslagen für das Schlachthaus in Nussdorf:

Bezüge des Personales:

α) Effective Auslagen	2.190 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	440 fl.
Erhaltung und Reparatur der Gebäude und der inneren Einrichtung	460 fl.
Steuer sammt Zuschlägen	480 fl.
Bestallungen	160 fl.
Beleuchtung und Beheizung	280 fl.
Reinigungskosten und verschiedene sonstige Auslagen	250 fl.

B. Außerordentliche Ausgaben.

Bau eines neuen Pferdeschlachthauses	20.000 fl.

Rubrik XXXI, Post 1. Einnahmen des städtischen Lagerhauses. Dieselben sind vom Magistrate mit 336.170 fl., die Ausgaben mit 287.480 fl. präliminiert. Im Hinblick darauf, dass die Einnahmen des Lagerhauses sich infolge der etwas schwächer ausgefallenen Ernte in Ungarn im abgelaufenen Semester und auch in den ersten Monaten dieses Jahres ungünstig gestellt haben, beantragt der Stadtrath, die Einnahmspost um rund 20.000 fl. herabzusetzen. Das ist natürlich eine Post, deren Erfolg man nicht im voraus genau wissen kann. Es wird aber das wahrscheinlich das Richtige sein.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich habe einen principiellen Antrag zu stellen, dahin gehend, dass die früher bestandene Lagerhaus-Commission wieder activiert werde. Aber nachdem im heutigen Statut der Rahmen nicht gefunden werden kann, dass eine solche Commission wirklich so ersprießlich wirken kann, als von ihr mit Recht zu erwarten sein wird, so muss, wie ich in meiner ersten Ausführung gesagt habe, darauf hingearbeitet werden, dass diese Machtvollkommenheit ihr auch gegeben werde. Jeder Herr, der die Geschäfte dort unten sieht, wird sagen, dass es schwer ist, ein solches Geschäft, das rein commerciell geführt werden muss, um gedeihlich zu sein, vom grünen Tische aus oder durch Beamte von hier aus zu leiten. Die dort unten angestellten Herren, an ihrer Spitze der Lagerhausdirector, leisten alles, was von ihnen verlangt werden kann. Jedoch ist es immer nothwendig, dass, nachdem ein großes Capital der Gemeinde dort investiert ist, auch unter Leitung der Gemeinde alle diese Geschäfte dort besorgt werden. Die frühere Commission hat gewiss gut gewirtschaftet, und ich glaube, die Herren werden zustimmen, dass unter den Voraussetzungen, die ich gemacht habe, eine solche Lagerhaus-Commission eingesetzt werde.

Gem.-Rath Seiler: Ich erlaube mir, Sie hier beim Lagerhaus auf die Angelegenheit des Weinhandels aufmerksam zu machen. Es hat vor wenigen Tagen ein Congress der Weinbauer stattgefunden, in dem über die Weinverfälschungen verschiedenes gesprochen worden ist. In allen Ländern der Monarchie, wie in Steiermark, Tirol, hat sich das städtische oder Landes-Lagerhaus bewogen gefunden, auch ein Weinfreilager einzurichten. Nur bei uns wurde die Frage noch nicht in Berathung gezogen. Es ist dies ein höchst wichtiger Umstand, dass die Producenten wissen, wo sie ihre Weine sicher einstellen können, bis sie in den Verkauf zu bringen sind. Ich werde daher den Antrag stellen, vom Herrn Lagerhaus-Director wäre ein Gutachten abzuverlangen, auf welche Art und Weise ein Weinfreilager oder ein sogenanntes Weinlagerhaus für Wien als Ergänzung des Lagerhauses einzurichten wäre. Es wird dies eine große Einnahme der Stadt bilden und außerdem werde dadurch den Wirten und Producenten eine große Wohlthat erwiesen.

Gem.-Rath Gregorig: Der geehrte Herr Vorredner befindet sich in einem doppelten Irrthum. Erstens gibt es in Österreich nur ein einziges derartiges Lagerhaus, nämlich in Innsbruck. (Gem.-Rath Seiler: In Steiermark!) Es gibt nur ein einziges, und zwar

in Innsbruck. Dieses ist errichtet vom Landtage des Landes Tirol und prosperiert außerordentlich.

Weiters hat der geehrte Herr Vorredner erwähnt, dass diese Angelegenheit noch nirgends besprochen worden ist. Auch das muss ich negieren. Ich habe im Landtage den Antrag auf Errichtung eines Weinlagerhauses in Niederösterreich durch das Land gestellt, und diesem Antrage wurde in der Richtung willfahrt, dass man den Landesausschuss in Niederösterreich beauftragt hat, sich mit dem Landesausschuss in Tirol ins Einvernehmen zu setzen und in der nächsten Session Bericht zu erstatten. Die Errichtung eines Lagerhauses, wie sie geplant wird, ist für das Land ein Segen.

In erster Linie wird der österreichische Wein dann exportfähig, weil jeder Consument, Wirt oder Privatabnehmer sicher ist, dass er echten Wein zu kaufen bekommt. Die Anregung des geehrten Herrn Vorredners ist eine sehr glückliche, und ich bin darüber erfreut, dass sie hier ausgesprochen wurde; aber so wie der geehrte Vorredner es gesagt hat, ist es nicht richtig. Ich will hier nicht weiter über die Angelegenheit sprechen, weil sie im Landtage zur Verhandlung kommt, aber gut wäre es, wenn die Sache von der Stadt Wien in die Hand genommen würde. Wir würden dadurch der Stadt eine geradezu glänzende Einnahmsquelle verschaffen; allerdings müsste die Sache in die richtigen Hände kommen.

Ich schließe, um die Zeit nicht zu vertrödeln, aber wichtig wäre es, wenn die Sache im Gemeinderath besprochen würde, und werde ich diesbezüglich einen Antrag bringen.

Gem.-Rath Steiner: Ich begrüße den Antrag Seiler mit Freude. Es hat diesen Sonntag im Sofiensaale ein Weinbauertag stattgefunden, auf dem von der Sache die Rede war. Was in Wien in Bezug auf die Weinverfälschung geleistet wird, wird vielleicht nirgends geleistet. Äpfelmost wird für Wein verkauft. Rothweine werden verkauft, die nie auf einem Weinstocke gewachsen sind, der rothe Trauben trägt. In Bezug auf die Lagerhäuser verweise ich Sie auf die großen Erfolge in Budapest und Preßburg.

Da existieren Lagerhaus-Vereine, der Producent lagert den Wein ein, der Käufer geht hin, er bekommt guten, echten Wein. Der Producent ist dadurch begünstigt, dass er mit dem Käufer nicht in Berührung kommt, er zahlt einen mäßigen Procentsatz, und es ist auch im Interesse des Consumenten.

Ich will niemanden schädigen, aber wenn Sie in unsere Vergnügungslocale kommen und Marken kaufen, die nur auf der Flasche mittelst Vignetten kenntlich sind — was da oft darin ist, dürfen Sie nicht prüfen.

Ich begrüße daher den Antrag Seiler mit Freude, wenn einmal Ordnung geschaffen würde, im Interesse der Consumenten, der Producenten und, möchte ich beifügen, des österreichischen Weinbaues.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen die Post ist keine Einwendung erhoben.

Ich bringe zur Abstimmung den Antrag Seiler: Es sei vom Lagerhausdirector ein Gutachten abzufordern über die Einrichtung eines Weinlagerhauses in Ergänzung der bestehenden Einrichtung.

Diejenigen Herren, welche für die Zuweisung an den Stadtrath sind, ersuche ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ferner liegt ein Antrag der Commission vor: Zur Verwaltung der Angelegenheiten des städtischen Lagerhauses sei eine Commission aus dem Plenum des Gemeinderathes einzusetzen.

Jene Herren, welche für die Zuweisung des Antrages an den Stadtrath sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Seite 172. Sonstige Approvisionierungszwecke:

Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen . .	100 fl.
Kosten der Erhaltung von Viehhirten und Gemeindestieren:	
Effective Auslagen	1.000 fl.
Durchgeführte Zinswerte	160 fl.

Damit ist die Gruppe erledigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Wir gelangen zu Gruppe VIII: Sanitätswesen. Sanitätsdienst im allgemeinen.

Sterbefall-Anmeldungstaxen (Todtenbeschreibgebüren)	1.150 fl.
Todtenbeschautaxen	23.110 fl.
Beiträge zu den Auslagen für sanitätspolizeiliche Obductionen	2.790 fl.
Gebüren für die Intervention der städtischen Sanitätsorgane aus Anlass von Leichenbestattungen . . .	4.760 fl.
Sonstige Beiträge zu den Sanitätsauslagen . . .	1.010 fl.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Mit dem Sanitätsdienst in Groß-Wien ist es nicht ganz gut bestellt. Ich will niemanden einen Vorwurf machen, weil ich nicht weiß, wie die Sache klappt. Gestatten Sie mir einige Bemerkungen in Bezug auf meinen Bezirk. Bei uns sind die städtischen Ärzte so eingetheilt worden: in Ober-Döbling mit einem Honorar von 900 fl., in Nussdorf 600 fl., in Sievering 600 fl. Diesen Ärzten sind die einzelnen Gemeinden zugewiesen worden. Die Ärzte in Grinzing, Kahlenbergerdorf hat man nicht berücksichtigt und es hat sich erst kürzlich ein Fall ereignet, dass bei einem Heurigen, wie es ja vorkommt, wenn einer etwas mehr getrunken hat, jemand verletzt worden ist. Der Arzt muss ihn unentgeltlich verbinden.

Das Territorium, das den Ärzten zugewiesen ist, ist eben zu groß. Wenn in Grinzing jemand krank wird, so hat er keinen Arzt. In Ober-Döbling haben wir keinen Arzt, wo soll man einen Arzt holen, wenn ihn ein Armer braucht. Aus den Armenhäusern? Der kommt nicht. Wenn Sie einen wollen, finden Sie ihn nicht zuhause. Wenn ich aber nach Ober-Sievering gehen muss, so brauche ich eine Stunde und der Arzt ist vielleicht gerade in Neustift oder in der Stadt in der Ausübung seiner Praxis. Einstweilen kann der Arme zugrunde gehen. Ich möchte bitten, das für die Zukunft zu berücksichtigen. Es mangelt in der Stadt Wien an Ärzten. Am flachen Lande finde ich das begründet, wenn nicht in jeder Ortschaft sich ein Arzt niederlassen kann; aber auch in Grinzing haben wir keinen Arzt. Der Arzt, der dort war und noch ist, ist nahezu 80 Jahre alt und zur Ausübung der Praxis nicht die richtige Kraft. Der Arme muss von einem nicht hono-

rierten Arzt behandelt werden. Der nicht honorierte Arzt kann ihn nicht behandeln, weil er zu weit entfernt ist.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich erlaube mir auch zu bemerken, dass es in sanitärer Beziehung bei uns sehr schlecht bestellt ist; die von der Gemeinde bezahlten Ärzte wohnen alle auf einem Punkte beisammen. Bei uns in Hernals sind zwei Armenärzte, die einander vis-à-vis wohnen, während in dem Armenviertel, z. B. am Mitterberg, wo die Armen am meisten zuhause sind, wenn sie wirklich den Arzt brauchen, oft eine halbe Stunde zu ihm laufen müssen, wo oft gewiß Menschenleben auf dem Spiele stehen. Die bezahlten Armenärzte sollen doch in gewissen Districten wohnen.

Nun, meine Herren, wäre wünschenswert, dass die Ärzte nicht in einer Gasse beisammen wohnen, sondern dass auch auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werde.

Ein zweiter Übelstand ist bezüglich der Sanitätsdiener. Früher haben wir im XVII. Bezirk sechs gehabt und dazu noch in Dornbach und Neuwaldegg zwei. Jetzt aber haben wir nur zwei Sanitätsdiener, und wenn in der Nacht ein Krankheits- oder Unglücksfall eintritt und die zwei Diener auf die Triesterstraße hinaus müssen, so bleibt Hernals durch drei bis vier Stunden ohne Sanitätsdiener und wir sind auf die Gefälligkeit der Rettungs-Gesellschaft angewiesen, wenn ein Krankheits- oder Unglücksfall eintritt; hier ist also auch eine Regulierung nöthig, und ich möchte bitten, das Augenmerk darauf zu richten.

Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich bemerke, dass die beiden Herrn Vorredner vollständig rechthaben; es handelt sich aber gegenwärtig nur um ein Provisorium und der Magistrat wurde beauftragt — ich selbst war Referent in dieser Sache — bis 1. Juli definitive Vorschläge vorzulegen.

Bisher waren wir nun in der Lage, die definitiv angestellten Ärzte und jene, die unbedingt nöthig waren, überhaupt zu übernehmen, und zwar bloß als städtische Ärzte, die Frage der Armenärzte wurde aber erst durch Übergabe der Spitäler an den Staat gelöst, indem wir uns verpflichteten, nunmehr auch die Armenärzte auf eigene Kosten beizustellen.

Dass dies auch in kürzester Zeit erfolgen muss, darin besteht kein Zweifel, ebenso dass die Organisation der städtischen sowie der Armenärzte stattfinden wird, und dadurch wird auch den Wünschen der Herren Vorredner Rechnung getragen werden. Vorläufig handelt es sich um ein Provisorium für kurze Zeit, und werden die Verhältnisse gebessert werden.

Gem.-Rath Herold: Es thut mir unendlich leid, in so vorgerückter Stunde Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen zu müssen. Ich bin Mitinteressent eines der größten Hotels, und wenn man im Hochsommer an einem Sonntage ärztliche Hilfe braucht, so ist sie nicht aufzutreiben. Im Hotel Metropole sind im Hochsommer 600 bis 800 Fremde, und wenn da am Sonntag ein Krankheitsfall vorkommt, eine Verletzung, sogar ein Vergiftungsversuch aus unglücklicher Liebe oder eine schwere Geburt, so müssen wir doch in des Weibes schwerster Stunde einen Arzt haben. Man schickt also um ein oder zwei Uhr nachts fort, aber im ganzen Bezirke ist keiner aufzutreiben. Wir schickten auch in andere Bezirke, und es war auch dort kein Arzt aufzutreiben, überall bekam man dieselbe Antwort: „Der Herr Doctor ist zu seiner Familie aufs Land gefahren." Nun, ich achte des Familienvaters Gefühl, aber es gibt da eine gewisse Grenze und ein solcher Zustand ist einer Großstadt unwürdig. Denken Sie sich in die Lage eines Hoteliers, wenn er ein vollgefülltes Hotel hat und um zwei oder drei Uhr nachts ärztliche Hilfe braucht und sie nicht auftreiben kann! Ich möchte also beantragen, das Stadtphysikat werde aufgefordert, eine Vorlage über die Organisierung des ärztlichen Dienstes zur Nachtzeit, insbesondere in den Monaten des Hochsommers, zu machen.

Gem.-Rath Seiler: Meine Herren! Ich muss Sie auf einen Übelstand aufmerksam machen, den Sie sonst für unglaublich halten werden. In der ganzen Freudenau und Zwischenbrücken ist kein Arzt und keine Apotheke! Wenn ein Krankheitsfall oder Unglücksfall, besonders bei Nacht, eintritt, so muss man stundenlang warten, bis man einen Arzt bekommt, ebenso auch auf die Medicamente. Es waren erst vor einigen Tagen in der Freudenau und Zwischenbrücken, wo doch eine große Bevölkerung ist, Versammlungen, wo nur die einzige Bitte ausgesprochen wurde, es möge ein Armenarzt oder überhaupt ein Arzt, der in dieser Gegend seinen Wohnsitz hat, angestellt werden.

Ich würde Sie daher bitten, doch diese geringe Ausgabe zu bewilligen und diesem Theile der Bevölkerung einen Arzt zu geben. Dem werden Sie gewiss zustimmen, ich will es nicht näher begründen. Jeder weiß, was in einem Krankheitsfalle ein Arzt ausmacht, und ich stelle den Antrag, welchem sich auch der Collega Dr. Stern anschließt, es sei mit möglichster Beschleunigung für die Freudenau und Zwischenbrücken ein Armenarzt zu bestellen, welcher in diesen Bezirkstheilen den Wohnsitz haben muss und wenn möglich auch zur Führung einer Hausapotheke zu verpflichten wäre.

Gem.-Rath Gräf: Meine Herren! Die Regulierung des Ärztewesens ist gewiss ein großer Theil der Regulierung der socialen Frage. Ich glaube nicht constatieren zu müssen, jeder von Ihnen wird es zugeben, dass die Armenärzte und die städtischen Ärzte gewiss sehr überlastet sind. Fasst ein solcher Arzt seine Aufgabe voll und ganz auf, so reibt er sich in den einbezogenen Bezirken auf. Fasst er seinen Beruf in einer etwas leichten Weise auf, so stirbt so ein armer Teufel nicht an der Krankheit, sondern an der ärztlichen Behandlung. Bei uns speciell im XVI. Bezirke, meine Herren, schaut es diesbezüglich sehr traurig aus, wir haben zu wenig Ärzte und eine große Anzahl armer Bevölkerung. Da kommt es, meine Herren, nicht selten vor, dass bei einem solchen Arzte 20, 30, 40, 50, ja noch mehr arme Leute in die Visite kommen, die gewöhnlich in den Vormittagsstunden zwischen neun und zehn Uhr stattfindet. In dieser kurzen Spanne Zeit ist es dem Armenarzte .... (Große Unruhe. Gem.-Rath Gregorig ruft: Wie am Salzgries geht's da zu!) Ich habe eine ausgiebige Stimme, ich reiche aber nicht aus ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, meine Herren, um etwas Ruhe. Ich bitte, Herr Gemeinderath, die definitive Organisierung kommt hierher, es ist der Auftrag gegeben, dass sie vom 1. Juli l. J. zu beginnen hat. Das Referat wird hier erstattet werden.

Gem.-Rath Gräf (fortfahrend): Ich nehme die Aufklärungen des Herrn Vorsitzenden anerkennend zur Kenntnis und bin erfreut, dass der Herr College Billing das angeführt hat. Es ist aber jetzt Gelegenheit, die Übelstände dem Plenum bekannt zu geben, vielleicht wird mit größerer Raschheit an die Angelegenheit gegangen werden. Es ist nicht gleichgiltig, wenn fünfzig Personen zum einem Arzte kommen und nur zehn behandelt werden. Der Arme darf

nicht in der Nacht erkranken. Wenn man in der Nacht einen Arzt braucht, so ist mit wenigen Ausnahmen kein Arzt zu haben. (Rufe: Keiner!) Bei uns im XVI. Bezirke gewiss nicht; es ist traurig. Es erzeugt eine Verbitterung in den Classen der armen Bevölkerung gegen die Besitzenden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen die Ansätze ist keine Einwendung erhoben. Dagegen sind folgende Anträge gestellt worden: Das Stadtphysikat werde aufgefordert, eine Vorlage zu erstatten über die Organisierung des ärztlichen Dienstes zur Nachtzeit, insbesonders in den Monaten des Hochsommers. Ich bitte die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ferner ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Seiler: Es sei mit möglichster Beschleunigung für die Freudenau und Zwischenbrücken ein Armenarzt zu bestellen, welcher in diesen Bezirkstheilen den Wohnsitz haben muss und womöglich zur Führung einer Hausapotheke verpflichtet ist. Ich bitte die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. Angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan (liest weiter): Sanitätsdienst im allgemeinen.

Bezüge der Beamten des Stadtphysikates . . . . . 15.600 fl.
„ „ städtischen Ärzte . . . . . 26.680 fl.
„ „ Sanitätsaufseher . . . . . 10.250 fl.
„ „ Sanitätsdiener . . . . . 11.240 fl.
„ des Sanitätspersonales in den einbezogenen Vorortegemeinden . . . . . 33.420 fl.

das ist um 200 fl. erhöht, weil der Stadtrath die Erhöhung der Remuneration von 200 fl. für einen Arzt beschlossen hat.

Durchgeführte Zinswerte . . . . . 180 fl.

Auslagen für sanitätspolizeiliche Obductionen 5070 fl., statt der ursprünglich beantragten 4470 fl.

Gem.-Rath Purscht: Ich erlaube mir zu Rubrik XXXII, Post 8 das Wort zu ergreifen. Wir haben seinerzeit schon am „Hernalser Kaufmannstage" die Anträge entgegengenommen, dass eine Versuchsstation errichtet werde zur Steuerung gegen die Lebensmittelfälschung. Es wird die Lebensmittelfälschung ganz offen betrieben. Sie können dieses ersehen aus dem Preis-Courant eines Droguisten, in welchem Gewürze, wie Pfeffer, Zimmet u. dgl. verzeichnet sind. Es heißt darin beim Pfeffer: Pfeffer Nr. 1, Pfeffer Nr. 2 und Pfeffer Nr. 3. Ich mache Sie hier darauf aufmerksam, dass bei Pfeffer Nr. 1 die Ware weniger verfälscht, bei Nr. 2 die Ware mehr verfälscht und bei Nr. 3 vom Pfeffer eigentlich gar keine Rede mehr ist. Es muss diesem Übelstande überhaupt gesteuert werden. In diesem Preis-Courant kommt ein weiterer Artikel unter dem Titel Matta vor. Ich möchte Sie da auf Folgendes aufmerksam machen. Vor einigen Tagen ist ein Process in den Journalen zu lesen gewesen, wo ein derartiger Droguist zur Verantwortung gezogen wurde, weil von ihm Matta verkauft wurde. Derselbe wurde freigesprochen. Bei der Gelegenheit hat der Richter darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Artikel gesundheitsschädlich ist und nicht verkauft werden darf. Jetzt frage ich Sie, meine Herren, warum der Artikel dann eigentlich existiert. Meine Ansicht ist die, dass ein solcher Artikel an Ort und Stelle confisciert werden soll.

Ich habe seinerzeit in meiner Praxis eine Anzeige bezüglich der Gewürze gemacht und es hat der betreffende Markt-Commissär gesagt, er kann in dieser Angelegenheit nichts thun. Seines Wissens sei keine Versuchsstation vorhanden und er kann daher nichts unternehmen und ich müsste diesen Fall einfach aufgeben. Eine ebensolche Erfahrung habe ich auf dem Hauptzollamte gemacht. Es wurde ein derartiger Artikel Zimmt-Matta für Zimmt verkauft. Sie sehen, dass an Ort und Stelle nicht confisciert wird. Als der Verkäufer den Käufer fragte, was er eigentlich mit dem Zimmt-Matta mache, sagte er: „Was werde ich machen, ich streue ihn in meinem Garten aus." Dass er das nicht thun wird, ist ja selbstverständlich, sondern der Artikel wird wieder verkauft und zur Verfälschung verwendet werden. Darum existieren so viele Magenkrankheiten, die speciell auf die Verfälschungen zurückzuführen sind. Bezüglich der Weinverfälschung wurde hier schon zu wiederholtenmalen Erwähnung gethan. Ich mache darauf aufmerksam, dass auch auf dem Zollamte die ätherischen Öle und Essenzen für Weinverfälschungen verkauft werden. Ich bin dafür, dass derartige Artikel an Ort und Stelle confisciert werden und stelle auch diesbezüglich den Antrag und bitte um Ihre gütige Annahme. Es soll eine Versuchsstation durch die Commune errichtet werden, wo es sofort ermöglicht wird, die Waren unentgeltlich untersuchen zu lassen. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo! rechts.)

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich mache darauf aufmerksam, dass auch im Reichsrathe ein Gesetz in Bezug auf die Lebensmittelverfälschung in Berathung ist. Sobald dieses Gesetz Gesetzeskraft erhalten haben wird, wird eine Instruction an die Organe des Markt-Commissariates hinausgehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wurde vom Herrn Gem.-Rath Pursch t der Antrag gestellt: Es seien Versuchsstationen durch die Gemeinde zu errichten, in welchen es den Parteien ermöglicht werde, die Waren unentgeltlich untersuchen zu lassen. Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Gegen die Posten ist eine Einwendung nicht erhoben worden; dieselben sind angenommen. (Zustimmung.)

Referent Gem.-Rath Boschan: Rubrik XXXII:

Post 7. Impfungsauslagen . . . . . 180 fl.
Post 8. Auslagen für veterinärpolizeiliche und chemische Untersuchungen . . . . . 1020 fl.
Post 9. Publicationen des Stadtphysikates . . . . 2150 fl.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Wie die Herren aus den Berichten des Magistrates erfahren haben, ist mit dem präliminierten Betrage von 2000 fl. nicht auszulangen. Ein Gemeinderaths-Beschluss hat festgesetzt, es möge für jede Publication des Stadtphysikates — und eine solche habe immer nur zwei Jahre zu umfassen — je ein Betrag von 1000 fl. genügen. Nun kommt das Stadtphysikat mit diesem Betrage nicht aus, und es hat daher zwei Jahre einen solchen Bericht nicht gemacht, und um mit dem präliminierten Betrage von 2000 fl. doch das Auslangen zu finden, hat es vier Jahre zusammengenommen. Die Druckkosten belaufen sich in Wirklichkeit auf 2600 fl. Damit wir einen Nachtrag ersparen, werden 2600 fl. beantragt, resp. zusammen mit 150 fl. für andere Sanitätspublicationen, 2750 fl.

Ich bitte Sie ferner, dem allgemeinen Antrage zuzustimmen, der dahingeht, es sei auf der Einhaltung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 14. Juni 1887, dass die Publicationen des Stadtphysikates von zwei zu zwei Jahren zu erscheinen haben, zu bestehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Jene Herren, welche den vorgetragenen Posten zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Post 10. Wagenauslagen, Commissionsgebüren und Remunerationen . . . . . 5.130 fl.

Post 11. Sonstige Auslagen . . . . . 12.010 fl.

Post 12. Für die Zufuhr von Trinkwasser im Bedarfsfalle 5.400 fl.

Rubrik XXXIII. Leichenbestattungen.

A) Ordentliche Einnahmen.

Post 1. Taxen für Gräber und Grüfte . . . . 301.350 fl.

Gem.-Rath Matthies (zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde möchte ich um Schluss der Sitzung bitten. (Zustimmung und Widerspruch.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Meine Herren, wir werden sehen, ob die Mehrzahl mit diesem Antrage einverstanden ist. Jene Herren, welche für Schluss der Sitzung sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität, also der Antrag abgelehnt.

Referent Gem.-Rath Boschan: Post 2. Beiträge der israelitischen Cultusgemeinde zu den Verwaltungsauslagen des Central-Friedhofes . . . . . 5530 fl.

Gem.-Rath Jedlička: Bei den Leichenbestattungen — ich werde Sie nicht lange aufhalten — habe ich etwas zu bemerken, was abgestellt werden muss. Es besteht heute beim Übergangsstadium noch der alte Usus: Wenn z. B. jemand — das wird sich auch in anderen Gemeinden wiederholen — in Währing stirbt und in Gersthof begraben werden soll, so kommt er nach meiner Meinung auch auf einen städtischen Friedhof, der uns zur Verfügung steht, wie der Central-Friedhof. Nun wird aber von der Geistlichkeit draußen mit vollem Fug und Recht, auf einem alten Rechte fußend, eine gewisse Stolgebür eingehoben, so dass diejenigen, die draußen einen Angehörigen begraben wollen, ohne dass ein Geistlicher auch nur eine Function übt, an diesen eine Stolgebür zu entrichten hat. Das ist auch schon urgiert worden. Das Consistorium hat darauf geantwortet, dass diesbezüglich eine Eingabe bereits an die Statthalterei gegangen ist. Ich würde das Präsidium bitten, dass diese Angelegenheit, durch die das Publicum geschädigt wird, demselben Beträge abgenommen werden, die es zu zahlen nicht verpflichtet ist, schnellstens durchgeführt werde.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich will darauf aufmerksam machen, dass die Regelung des ganzen Beerdigungswesens in Wien im Stadtrathe neulich in Anregung gekommen ist. Der Magistrat ist mit der Ausarbeitung eines Regulativs betraut worden, und es wird die Angelegenheit demnächst vor den Gemeinderath kommen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Nachdem gegen Post 1 und 2 keine Einwendung erhoben wurde, erkläre ich dieselben für angenommen. (Zustimmung.)

Referent Gem.-Rath Boschan: Post 3 „Grasfechsung am Central-Friedhofe und andere kleine Einnahmen" . . 270 fl.

Post 4, „Gebüren für Exhumierungen auf den fünf alten katholischen Friedhöfen" . . . . . 980 fl.

Post 5, „Vergütung von Leichentransportkosten" 3.030 fl.

Post 6, „Vergütung der Einsegnungs- und Sargbeistellungsgebüren" . . . . . 770 fl.

Post 7, „Pachtzinse von Central-Friedhofsgründen":

α) Effective Einnahmen . . . . . 3.400 fl.

β) Durchgeführter Wert . . . . . 230 fl.

Post 8, „Durchgeführte Zinswerte für Naturalquartiere am Central-Friedhofe" . . . . . 1.850 fl.

Post 9, „Einnahmen aus dem Betriebe des Beerdigungs- und Gräberausschmückungsdienstes am Central-Friedhofe" 188.000 fl.

Post 10, „Abgaben für das Recht der Gräberausschmückung auf den Friedhöfen der einbezogenen Vorortegemeinden und verschiedene sonstige Einnahmen letzterer Friedhöfe" . . 4.220 fl.

B. Außerordentliche Einnahmen.

Post 11, „Beitrag der israelitischen Cultusgemeinde zu den Kosten der ersten Anlage des Central-Friedhofes" . . 7.050 fl.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Geschäftsordnung): Ich würde den Antrag stellen, diese Posten bis Seite 211 en bloc anzunehmen. (Bravo! Bravo!)

Referent Gem.-Rath Boschan: Es bestehen einige Differenzen; ich würde daher vorschlagen, dass ich die Hauptsumme lese; das geht sehr geschwind.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube wir gehen nach dem Vorschlage des Herrn Referenten vor und dann werde ich den Antrag Dr. Klotzberg zur Abstimmung bringen. (Zustimmung.)

Referent Gem.-Rath Boschan: Erhaltung des Central-Friedhofes zusammen . . . . . 6.370 fl.

Bezüge des Garten-Personales zusammen . . . 12.600 fl

Die ferneren sämmtlichen kleineren Posten zusammen 61.300 fl.

Beerdigungsdienst und Gräberausschmückung . . 68.650 fl.

Die sämmtlichen Spesen dazu, Wagenauslagen u. s. w. macht zusammen . . . . . 130.000 fl.

Erhaltung der fünf alten katholischen Friedhöfe . 3.200 fl.

Erhaltung der Friedhöfe der einbezogenen Vorortegemeinden 22.150 fl.

Gebüren der Todtengräber, Leichentransportkosten u. s. w. in Summe . . . . . 246.040 fl.

Außerordentliche Ausgaben:

Umbau des Gartenhauses in der städtischen Friedhofsgärtnerei vor der St. Marxerlinie 4000 fl.; diese Post wurde gestrichen.

Erweiterung des Ottakringer Friedhofes . . . 35.000 fl.

Erweiterung des Hietzinger Friedhofes . . . . . 10.000 fl.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich habe hier einige generelle Anträge zu stellen, und zwar:

1. „Es sei der neue Tarif für die Gräberausschmückung ehestens dem Gemeinderathe vorzulegen."

2. „Die Friedhofs-Verwaltung sei zu beauftragen, alle jene Grabstellenbesitzer, welche bereits einmal die Gräberausschmückung durch die Commune Wien besorgen ließen, im März jedes Jahres durch Rundschreiben aufzufordern, sich zu erklären, ob sie auch für das laufende Jahr die Gräberausschmückung durch die Friedhofs-Verwaltung besorgen lassen wollen".

3. „Der Magistrat habe darüber zu berichten, ob es nicht zweckmäßig wäre, die städtische Friedhofsgärtnerei vor der St. Marxerlinie aufzulassen und mit jener im Central-Friedhofe zu vereinigen."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche jene Herren, welche diese Anträge dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. Angenommen. Nunmehr bitte ich jene Herren, welche die verlesenen Posten annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Einnahmen vom städtischen Bade und den städtischen Volksbädern 57.750 fl., Ausgaben für das städtische Bad sowie für die Volksbäder 71.110 fl., Errichtung von Volksbädern 100.000 fl.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich habe hier ebenfalls allgemeine Anträge zu stellen, und zwar (liest):

1. „Es sei in Erwägung zu ziehen, ob es nicht empfehlenswerth wäre, den Gehalt der Schwimmeister im städtischen Bade zu verringern, denselben aber einen Antheil an dem Ertrage aus den Schwimmlectionskarten zuzuweisen."

Es ist das, um den Leuten mehr Animo zu machen, und weil den Herren der Gehalt für die Schwimmeister zu hoch gewesen ist.

2. „Es ist wegen Verbesserung des Tramway-Verkehres und Schaffung eines Omnibusverkehres nach dem städtischen Bade während der Badesaison das Geeignete zu veranlassen."

Gem.-Rath Tagleicht: Ich wäre mit den Anträgen ganz einverstanden, aber ich halte es für undenkbar, dass der Gemeinderath sich entschließt und hergibt, mit den Schwimmeistern des städtischen Bades eine Art Compagniegeschäft einzugehen. Ich beantrage daher die Ablehnung des Antrages der Commission hinsichtlich der percentuellen Betheiligung der Schwimmeister.

Gem.-Rath Seiler: Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, dass die Ausgaben des städtischen Bades am Donaustrom jährlich 17.827 fl. 21 kr. ausmachen, dagegen die Einnahmen im Jahre 1890 6833 fl., im Jahre 1889 7800 fl., im Jahre 1888 8100 fl. und im vergangenen Jahre 10.000 fl. Es ist staunenswert, dass das Bad, welches wirklich hübsch gelegen und zweckmäßig gebaut ist, absolut keine größere Einnahme erzielen kann. Der Grund ist einzig darin zu suchen, dass wir dorthin keine Verbindung haben. Von der Tramway verkehren wenige Wagen, Omnibusverkehr ist absolut gar keiner dahin eingerichtet. Was den Schwimmunterricht betrifft, dessen Einrichtung von Herrn Collegen Tagleicht bekrittelt worden ist, so ist das nicht so einfach zu nehmen. Der Schwimmunterricht ist für die Jugend ebenso wichtig wie der Turnunterricht und wäre allgemein einzuführen. Die Schwimmeister aber, wenn sie einen Gehalt haben, kümmern sich absolut wenig darum, ob irgend jemand von den Kindern schwimmen lernt oder nicht. Wenn sie aber daran betheiligt sind, wie es bei allen anderen Schwimmanstalten und Badeanstalten der Fall ist, dann werden sie sich kümmern, dass sie auch viele Zöglinge bekommen. Das ist nicht kleinlich zu nennen. Ich bitte daher, die Anträge der Commission anzunehmen.

Gem.-Rath Hipp: Meine Herren! Für die Errichtung von Volksbädern sind hier 100.000 fl. eingestellt. Davon sind für den I. bis X. Bezirk 87.400 fl. bestimmt, mithin bleiben für die anderen Bezirke 12.600 fl. Das geht absolut nicht. Die Ziffer ist zu gering. Denn wir werden im nächsten Jahre nicht anstehen und werden ebenfalls doch wenigstens ein Volksbad beanspruchen. Ich möchte daher ersuchen, eine Erhöhung eintreten zu lassen und beantrage daher, dass für die Vororte — das sind ja neun Bezirke — 30.000 fl. eingestellt werden. Ich glaube, das ist kein unbilliges Verlangen.

Gem.-Rath Steiner: Ich erlaube mir nur eine Anregung zu geben. Es ist im vergangenen Jahre am Spitz, da, wo aus der großen Donau bei Nussdorf der Canal ausmündet, ein Strombad errichtet worden, welches sehr stark besucht wird. Ich glaube, weil schon der Herr College Seiler bemerkt hat, dass das Baden, respective Schwimmenlernen, wie das Turnen bei der Jugend, wichtig ist, ob es nicht möglich wäre, die Schuljugend speciell des XVIII. und XIX. Bezirkes in den heißen Sommermonaten dort baden zu führen, weil wir kein Bad haben. Jede Gefahr ist ausgeschlossen, weil der Wasserstand 1 bis $1\frac{1}{2}$ m ist.

Es könnte also kein Unglück geschehen, und von dem Standpunkte der Hygienie wäre es erwünscht, wenn die Kinder dort baden könnten. Die Auslage wäre ja für die Gemeinde nicht groß, das Bad wird, wie ich gehört habe, heuer erweitert, weil der Besuch ziemlich stark ist, und für die unbemittelte Schuljugend wäre dies im sanitären Interesse. Ich stelle keinen Antrag, bitte dies aber für die Zukunft zu berücksichtigen.

Gem.-Rath Trambauer: Ich mache nun den Herrn Collegen Hipp aufmerksam, dass er im Irrthum ist, diese 80.540 fl. betreffen nur das Jahr 1890. Die richtige Summe für alle Bezirke ist 100.000 fl.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich bemerke, dass die Einstellung von 30.000 fl. für die Volksbäder den neuen Bezirken nichts nützt, denn es müssen ja früher Pläne vorliegen und die Plätze ausgemittelt werden, wir haben bisher in den alten Bezirken jedes Jahr in der Regel ein Volksbad errichtet, und dies wird auch in den neuen Bezirken geschehen, aber heuer ist es nicht möglich, vielleicht werden wir nächstes Jahr ein oder zwei Bäder errichten können.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe nun den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Hipp zur Abstimmung: Es möge für alle Vororte ein Betrag von 30.000 fl. zur Errichtung von Volksbädern mehr eingestellt werden. Die Herren, die zustimmen, wollen sich erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ich bringe nun den ersten Antrag der Commission zur Abstimmung, es sei in Erwägung zu ziehen, ob es nicht empfehlenswert wäre, den Gehalt der Schwimmeister im städtischen Bade zu verringern, denselben aber einen Antheil an dem Ertrage aus den Schwimm-Lectionsraten zuzuweisen. Die Herren, die für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht und die Zuweisung ist beschlossen.)

Der zweite Antrag lautet: Wegen Verbesserung des Tramway-Verkehres und Schaffung eines Omnibus-Verkehres nach dem städtischen Bade während der Saison ist das Geeignete zu veranlassen. Die Herren, die für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath stimmen, mögen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan (liest): „Wasenmeisterei". In den Einnahmen 6200 fl., Ausgaben 7830 fl., sonstige zum Sanitätswesen gehörige Einrichtungen: Einnahmen 10.080 fl., Ausgaben zusammen 167.990 fl., ferner außerordentliche Ausgabe für die Errichtung neuer Anstandsorte 12.000 fl.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Meine Herren! Wir geben für unsere Rettungsanstalten eine Summe von 13.870 fl. aus. Jeder von Ihnen, der in die Lage gekommen ist, die Rettungsanstalten, und zwar sowohl die städtischen wie die polizeilichen, in Anspruch zu nehmen, wird gewiss die Erfahrung gemacht haben, wie schlecht diese Anstalten functionieren. Wenn z. B. am frühen Morgen hingeschickt wird, so ist es möglich, dass dann die Krankenträger am Abend schon daherkommen und den Kranken, welcher in das Spital transportiert werden soll, wenn er nicht schon gestorben ist, ins Krankenhaus, beziehungsweise in die Leichenkammer tragen. Wir subventionieren, meine Herren, die Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft und es steht auch ein diesbezüglicher Antrag des Stadtrathes auf der Tagesordnung. Sie werden auch zugeben, dass die Rettungs-Gesellschaft prompt functioniert. Sie hat auch mit dem Kriegsministerium einen Vertrag abgeschlossen, dass sie im Falle eines Krieges bereit ist, die ankommenden Verwundeten aus den Waggons zu evacuieren und in die betreffenden Spitäler zu überführen.

Ich habe mir deshalb auch in der Budget-Commission den Antrag zu stellen erlaubt, es werde mit der Rettungs-Gesellschaft ein Übereinkommen getroffen, dass dieselbe den gesammten Rettungsdienst der Stadt Wien in die Hand nimmt, d. h. dass sie ihre Statuten in diesem Sinne erweitert.

Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen; ich werde bezüglich der Summe keinen positiven Antrag stellen, weil es unbedingt nothwendig ist, dass der Stadtrath in erster Linie mit der Rettungs-Gesellschaft darüber verhandelt.

Gem.-Rath Seiler: Ich muss einen großen Übelstand in der Inneren Stadt besprechen, das sind unsere Pissoirs. Wir haben in der Inneren Stadt nur zwei Pissoirs, in der Kumpfgasse und Dorotheergasse. Alle zwei sind jämmerlich und erbärmlich. Es ist nicht hineinzugehen. Der Stefansplatz, Graben, die Kärnthnerstraße und deren ganze Umgebung haben absolut keine Pissoirs und keinen Platz für dieselben, so zwar, dass selbst Einheimische und Fremde nicht wissen, wohin sie gehen sollen. Die meisten Leute haben Geschäftslocalitäten und die Hausmeister sind nicht zu finden.

Ich habe in der Budget-Commission den Antrag gestellt, dass mit möglichster Beschleunigung derartige Locale aufgestellt werden sollen, und zwar nach dem vom Collegen Mayer bezeichneten Systeme, ich weiß nicht, wie diese Anstalten heißen (Rufe: Beez'sche Bedürfnis-Anstalten) und ich bitte diesen Anträgen zuzustimmen.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Diese beiden Anträge werde ich nach der Weise, wie sie von dem Budget-Commissionsbericht formuliert sind, Ihnen zur Annahme empfehlen, und zwar lautet der erste: Es sei in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehlen würde, mit der Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft wegen gänzlicher Besorgung des öffentlichen Rettungswesens einen Vertrag zu schließen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist angenommen.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Und zweitens: Für die Vermehrung der Anstandsorte im I. Bezirke sei vorzusorgen und seien bei Errichtung solcher, wenn thunlich, Beez'sche Bedürfnisanstalten mit unentgeltlich benützbaren Pissoirs herzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist angenommen.

Ich bitte fortzufahren.

Referent Gem.-Rath Boschan: Wir kommen zu Gruppe IX.

Gem.-Rath Dr. Grübl (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir zu beantragen, Gruppe IX en bloc anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einverstanden.

Referent Gem.-Rath Boschan: Es liegt das Präliminare mit Abänderungen vor und dazu kommen die Anträge, welche gestellt worden sind.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich habe eine Reihe von Anträgen zu stellen: 1. Es seien in die Einnahme zu stellen das Erträgnis aus dem Balle der Stadt Wien und hiefür ein Betrag von 14.300 fl. einzustellen. Der gleiche Betrag ist auch in Ausgabe zu stellen, weil das Geld für die Armenpflege verwendet werden soll.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte die Herren, welche dem zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einverstanden.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Eine weitere Abänderung ist bei den Ausgaben für den Versorgungsfond. Der Betrag soll sich reducieren um 4.480 fl., welcher erspart werden soll an den Reparaturen an den Häusern.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich stimme dem zu.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einverstanden.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Weiters wird auf Seite 219 der Betrag per 8020 fl. auf 8520 fl. erhöht, also um 500 fl., nämlich zufolge eines Gemeinderaths-Beschlusses eine Subvention, welche dem Verein für Arbeitsvermittlung gewährt wurde für die Jahre 1892 und 1893.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Weiters habe ich einen generellen Antrag zu stellen: Zur Verwaltung der Angelegenheiten sämmtlicher städtischer Humanitätsanstalten sei eine Commission aus dem Plenum des Gemeinderathes einzusetzen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. Die Herren, welche der Zuweisung an den Stadtrath zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Rubrik XXXVII. Der Magistrat hat bei Vorlage des nächstjährigen Budgets eine Zusammenstellung der von den Vororten in den letzten drei Jahren für Zwecke der Armenversorgung aufgewendeten Auslagen vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einverstanden.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Es wären Anträge zu stellen, auf welche Weise die Wohnungs-

vermietungen in den dem Bürgerspitale gehörigen Zinshäusern leichter und in zweckentsprechenderer Weise bewerkstelligt werden könnten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einverstanden.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe noch einen kleinen Antrag zu stellen.

Es wird beantragt, die bisher aus den eigenen Geldern der Gemeinde an den Wiener allgemeinen Versorgungsfond geleisteten Zuschüsse aus der Evidenz zu bringen und sowohl bei der Gemeinde als auch beim Wiener allgemeinen Versorgungsfonde, wo dieselben als Passivum erscheinen, in Abschreibung zu bringen.

Die Hauptziffern des Versorgungsfondes sind in der Einnahme und Ausgabe so durchzuführen, dass nicht mehr wie bisher bloß der „Abgang" beim Wiener allgemeinen Versorgungsfonde, sondern der Gesammtaufwand für Armenzwecke eingestellt wird. Dazu ist es jedoch nothwendig, jene Auslagen des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes, welche für die Verwaltung des Fondes, also nicht für Armenzwecke gemacht werden, auszuscheiden.

Es wird beantragt, auch die Endziffern der Vorschläge des Bürgerspital- und des Bürgerladfondes, und zwar ebenfalls unter Ausscheidung der Verwaltungs-Auslagen, im Haupt-Voranschlage bei der Gruppe IX „Armenwesen" durchzuführen.

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit wird für dieses Jahr bloß die Einstellung der Endziffern beantragt, gleichzeitig soll jedoch der Magistrat beauftragt werden, zu berichten, in welcher Weise die vollständige Zusammenlegung der Rechnungen der einzelnen Fonds mit denen der Gemeinde durchzuführen wären.

Ich glaube, eine Begründung dieses Antrages ist nicht nothwendig, dieselbe ist gedruckt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Soll ich die Anträge nochmals wiederholen? (Rufe: Nein!) Ich bitte jene Herren, welche dieser Zuweisung zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist angenommen.

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich habe bereits in der General-Debatte den Antrag zu stellen mir erlaubt, welcher jedenfalls zu dieser Post gehört, nämlich der Antrag, dass in das nächstjährige allgemeine Budget das Gesammterfordernis des Bürgerspital- und des Versorgungsfondes in geeigneter Weise eingestellt werde.

Referent Gem.-Rath Boschan: Dieser Antrag ist bereits dem Stadtrathe zugewiesen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, entschuldigen Sie, ich habe das irrthümlich zur Zuweisung an den Stadtrath zur Abstimmung gebracht. Es sind das aber Anträge des Stadtrathes und ich reassumiere die Abstimmung und bitte jene Herren, welche den Anträgen des Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Stern (Rufe: Ist identisch!) ist schon erledigt.

Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich beantrage, die Verwaltungsgrupp: X en bloc anzunehmen. (Ruf links: Nein!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es sind bereits Redner vorgemerkt.

Gem.-Rath Grünbeck: In Post 6 ist ein Beitrag für den Umbau der Pfarrkirche in Hernals mit 1000 fl. eingestellt. Die ehemalige Gemeindevertretung Hernals hat einen Beitrag von 10.000 fl. zugesichert. Wie die Sache steht, wird es voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres zum Umbaue kommen. Ist das nicht der Fall, so braucht nichts ausbezahlt werden. Ich bitte die Post ins Budget einzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Leistungen der Gemeinde müssen von der Behörde festgestellt werden. Sie ist nur verpflichtet, die Hand- und Zugrobote zu leisten.

Gem.-Rath Grünbeck: Es liegt bereits, wie erwähnt, ein Gemeinderaths-Beschluss vor. Dadurch würde der Bau nur aufgehalten. Es ist aber die Möglichkeit vorhanden, dass noch dieses Jahr mit dem Umbaue angefangen wird. Stellen Sie daher die Post ein. Wird nicht gebaut, so ist nichts verloren. Zahlen müssen wir aber dennoch.

Gem.-Rath Rückauf: Ich erlaube mir, einiges vorzubringen. In jenem Theile von Rudolfsheim, der über dem Damme der Westbahn liegt und circa 40.000 Einwohner hat, wird seit vielen Jahren um den Bau einer Kirche petitioniert. Cardinal Rauscher hat seinerzeit einen Platz dazu gespendet. Nun sind im vorigen Jahre und auch in diesem Jahre Petitionen an den Statthalter, den Unterrichtsminister und an Se. Majestät gerichtet worden und es wurde von allen Seiten die Nothwendigkeit dieses Baues anerkannt. Nun hat die Gemeinde Rudolfsheim erklärt, dass sie Hand- und Zugrobot leisten und 50.000 fl. zahlen werde. Dieser Betrag ist nahezu vollständig durch Zeichnung aufgebracht worden, wenn aber die Sache jetzt nicht in Fluss kommt, so werden die Herren, die gezeichnet haben, wahrscheinlich außer Obligo kommen; sie werden sagen, da die Kirche nicht gebaut wird, ziehen wir unsere Zeichnungen zurück. Mit Rücksicht darauf erlaube ich mir, den Wunsch auszusprechen, dass die Gemeindevertretung sich mit der Staatsverwaltung, beziehungsweise mit dem Unterrichtsminister ins Einvernehmen setzt und die Bereitwilligkeit dazu erklärt, damit diese Kirche gebaut werden kann. Der Gemeinde wird dadurch sehr wenig aufgehalst werden, weil ja ein großer Theil durch Zeichnung gedeckt ist. Ich bitte meinen Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Der Antrag liegt beim Stadtrathe. Ich habe selbst darüber referiert und werde in den nächsten Tagen damit kommen.

Gem.-Rath Steiner: In den Gemeinden ländlichen Charakters ist es Usus, dass um 11 Uhr geläutet wird, weil das speciell für die Weinhauer die Mittagszeit ist. Nun ist den Kirchendienern immer eine kleine Entschädigung gezahlt worden, ich weiß nicht, in welcher Höhe. Ich erlaube mir die Frage zu stellen, ob dies im Budget festgestellt ist, damit diese Kirchendiener auch in Zukunft bezahlt werden. (Referent Gem.-Rath Boschan: Ja wohl!) Weiters möchte ich mir die Frage erlauben, ob die kleinen Beträge, welche die Gemeinden bei Frohnleichnams-Processionen und bei der Auferstehung geleistet haben, auch berücksichtigt wurden? (Referent Gem.-Rath Boschan: Ja wohl!)

Gem.-Rath Matzenauer: In Bezug auf die Einstellung einer Post von 10.000 fl. möchte ich mir die Bemerkung erlauben, dass für den Fall, als diese Kirche zur Ausführung kommt, für den erforderlichen Betrag im Reservefonde Deckung gefunden

werden könnte. Es ist nicht nothwendig, diesen Betrag einzustellen; die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass diese Summe heuer nicht benöthigt wird.

Gem.-Rath Hipp: Nach den Ausführungen des Herrn Referenten verzichte ich auf das Wort. Wir haben im XVI. Bezirke eine Kirche, die 600 Personen fasst, während die Einwohnerschaft 65.000 beträgt. Nachdem aber eine Vorlage da ist, verzichte ich auf das Wort.

Gem.-Rath Jedlička: Wir haben in Währing einen Kirchenbau-Verein und nur eine kleine Kirche. Die Gemeinde Währing hat 70.000 Einwohner, und unsere Kirche entspricht der Einwohnerzahl nicht. Ich möchte bitten, dass man den Kirchenbau-Verein mit jährlich 1000 fl. subventioniert. (Rufe: Geschieht ohnedies!)

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich kann den Herrn Collegen beruhigen. Die Gemeinde Wien ist im Jahre 1888, als der verstorbene Cardinal Ganglbauer diesen Verein gegründet hat, demselben mit einem Gründungsbeitrage von 3000 fl. und mit der Verpflichtung beigetreten, in den folgenden Jahren den Betrag von 1000 fl. diesem Fonde beizustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ziehen also Herr Gemeinderath Ihren Antrag zurück?

Gem.-Rath Jedlička: Jawohl.

Gem.-Rath Geyer: Ich erlaube mir nur, dem Herrn Collegen Hipp die Aufklärung zu geben, dass eine neue Kirche, wie ich glaube, die Commune nichts angeht. Diese Kirche ist im XVI. Bezirk, und es besteht für ihren Bau ein allgemeiner Kirchenbau-Verein, dessen Mitglied ich bin.

Referent Gem.-Rath Boschan: Die Post „Sonstige Beiträge zu Kirchenfeierlichkeiten" mit 10.540 fl. enthält auch die betreffenden Summen. Diese Post ist derart zusammengesetzt, dass 3620 fl. auf die alten und 6470 fl. auf die neuen Bezirke entfallen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Nun werden Sie zustimmen, wenn ich Gruppe X unter Einem zur Abstimmung bringe. (Zustimmung.) Ich ersuche jene Herren, welche diese Posten annehmen wollen, die Hand zu erheben. Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Grübl (zur Geschäftsordnung): Nachdem bei Gruppe XI ohnedies allen Wünschen, die bekannt wurden, Rechnung getragen ist, und nachdem es im Laufe des Jahres möglich ist, durch Initiativ-Anträge etwa auftauchende Wünsche zu berücksichtigen, stelle ich auch bei Gruppe XI den Antrag auf En bloc-Annahme.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe bezüglich der Schulgruppe gegen die En bloc-Annahme nichts einzuwenden, und möchte nur den Antrag wiederholen, die Schulbauten in Gruppe III zu übertragen. Es ist ganz unlogisch, diese Auslagen in Gruppe XI zu belassen, und zwar aus folgendem Grunde: Es werden in Gruppe III Reparaturen, Adaptierungen und sämmtliche Ausgaben für Schulgebäude verrechnet, ebenso der Zins für Schulen. Wenn man die Auslagen für das Unterrichtswesen betrachtet, wie sie im Budget stehen, so werden sie vollkommen unrichtig, weil nicht bloß Schulbauten drinstehen, sondern auch durchgeführte Zinse. Ich würde also bitten, die Schulbauten unter Gruppe III zu verrechnen.

Gem.-Rath Grünbeck: Ich habe nur einen Wunsch vorzubringen, dass die Schulbauten so schnell als möglich hergestellt werden. Wir haben in Hernals zwanzig Spätunterrichtsclassen. Es ist Zeit, dass ausgesprochen wird, dass wir rasch an die Arbeit gehen wollen; wir brauchen die Schulen nothwendig und dürfen nicht zu lange zögern. (Zustimmung und Rufe rechts: Geschieht ja ohnedies!)

Gem.-Rath Steiner: Ich bedauere, Sie aufhalten zu müssen, aber es ist hier der Punkt, wo man sprechen muss. Die Schulen kosten der Stadt Wien gewiss ein horrendes Geld. Ich habe nun bereits zu Anfang dieses Schuljahres eine Interpellation an den Herrn Bürgermeister gerichtet, was mit den Zöglingen des Waisenhauses in Unter-Döbling geschehen soll. Trotzdem sich der Bezirksschulrath in der ehemaligen Bezirkshauptmannschaft Währing gegen die Einschulung ausgesprochen, befinden sich dennoch diese Zöglinge heute noch in der Communalschule, beziehungsweise in der Schule der Gemeinde Unter-Döbling. Bis heute ist die Sache noch nicht erledigt. Ich sehe gar nicht ein, warum wir Kinder erhalten sollen, die aus Kolomea, Stryj u. s. w. herkommen, und auf unsere Kosten ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Diese Angelegenheit ist, wenn ich mich recht erinnere, gestern im Stadtrathe zum Vortrage gekommen, und aus den Acten ist zu constatieren gewesen, dass bis auf zwei, sämmtliche Kinder hier in Wien schulpflichtig sind. Wie die Beschlüsse waren, kann ich nicht sagen; ich erinnere mich nicht genau.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Eigenthümlich, wie diese Frage verhandelt worden ist! Ich war einigemale im Schuldepartement und habe die Auskunft erhalten, dass der Secretär dieser Stiftung viermal vorgeladen worden und nicht gekommen ist. Verzeihen Sie mir die Bemerkung, aber das scheint mir auch auf Gegenseitigkeit zu beruhen. Wir haben in den Schulen von Unter-Döbling 82 Kinder in einer Classe, was gesetzlich nicht zulässig ist, da bei 80 Kindern schon eine Parallelclasse eröffnet werden soll. Es lässt sich aber dort keine eröffnen, weil kein Raum in der Schule von Unter-Döbling vorhanden ist. Ich erkläre offen, dass ich das nicht begreifen kann; wenn man Humanität üben will, soll man es auf eigene Kosten thun, und wenn Herr Guttmann ein Waisenhaus errichtet und Zöglinge aus allen Ländern herbeiführt, so muss er alles bezahlen; ob es Guttmann oder ob es A. oder B. ist, ist mir Nebensache. Wir sind nicht verpflichtet, die Kinder aus anderen Ländern auf unsere Kosten zu erziehen. Wenn die Sache an den Gemeinderath kommen wird, werde ich darüber sprechen.

Gem.-Rath Gräf: Ich sehe, dass für die Schule in der Paniken-gasse 92.000 fl. eingestellt sind. Nachdem bekannt ist, dass dieser Bau 192.000 fl. kostet, ist zu ersehen, dass er heuer nicht fertig wird. Wenn Sie bedenken, dass wir im XVI. Bezirke für 2000 Kinder Platz haben müssen, so verzeihen Sie, wenn ich den Wunsch ausspreche, dass diese Schule noch heuer fertiggestellt werde. Ich bitte, diesen Antrag zu unterstützen. Ich habe noch einen Antrag. Das Armenhaus im XVI. Bezirke war vor einigen Jahren zu Schulzwecken hergestellt. Es sind nur sechs bis sieben Scheidemauern hergestellt worden. Mit wenigen Kosten wäre dieses Haus für Schulzwecke zu adaptieren. Es ist in allernächster Nähe und man hat nur ein paar Schritte durch den Garten zu gehen. Das wäre eine bedeutende Erleichterung. Wir haben 80, 90 ja 110 Kinder in einer Classe, namentlich in der Schule in der Seitenberggasse, wir haben auch dort Spät- und Parallelclassen. Mit wenig Ausgaben wäre diesem Übelstande abzuhelfen. Ich bitte, den Antrag anzunehmen, dass dieses Armenhaus, welches gegenwärtig leersteht, zu Schulzwecken adaptiert wird.

Gem.-Rath Dr. Grübl: Gegenüber dem vom Vorredner ausgesprochenen Wunsche will ich nur darauf hinweisen, dass die

Pläne für den Schulbau fertig sind, und dass der Herr College Neumann die Absicht hat, in den allernächsten Tagen im Stadtrathe darüber zu referieren. Voraussichtlich wird also in den allernächsten Wochen mit dem Bau begonnen werden können. Ein größerer Betrag, als jetzt eingestellt ist, wird nicht zur Auszahlung gelangen. Ich glaube, damit ist also den Wünschen des Herrn Collegen entsprochen und es braucht die bestehende Post nicht verändert zu werden.

Gem.-Rath Jedlička: Meine sehr geehrten Herren! Ich komme auch auf eine solche Anstalt zu sprechen. Wir haben in Währing eine Taubstummenschule. Den armen Kindern, welche dort Unterkunft und Ausbildung finden, gönne ich es vom Herzen, ob sie nun der oder der Nationalität angehören. Wenn ich Ihnen die Geschichte des Entstehens dieser Anstalt erzählen wollte, würde es zu lange dauern. Aber das Eine steht fest: Um dem Classenleiter immer eine genügende Anzahl Zöglinge zu verschaffen, werden sie aus aller Herren Länder requiriert und bei Parteien einlogiert, damit sie hier schulpflichtig werden, und die Commune Wien muss die fremden Kinder erhalten. Ich möchte beantragen, dass dem ein Riegel vorgeschoben wird, indem in diesen Anstalten nur Kinder, die der Commune Wien angehören, aufgenommen werden.

Gem.-Rath Rückauf: Ich verzichte aufs Wort.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Der Fall, welchen Herr Gem.-Rath Steiner besprochen hat, nämlich, ob die Zöglinge des israelitischen Waisenhauses in Döbling in die öffentlichen Schulen aufzunehmen sind, ist vom Bezirksschulrathe erörtert worden. Selbstverständlich müssen sich alle Mitglieder des Bezirksschulrathes und Gemeinderathes auf den Standpunkt stellen, dass, wenn aus der Aufnahme fremder Kinder in das israelitische Waisenhaus ein Schaden erwachsen würde und die Gemeinde Wien eine Leistung übernehmen müsste, zu welcher sie nicht verpflichtet ist, man sich dagegen wenden muss.

Der Bezirksschulrath hat die Angelegenheit rein vom Rechtsstandpunkte auf Grund der vorhandenen Gesetze zu behandeln gehabt und einstimmig erkannt, dass die Zöglinge des Waisenhauses nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen in die Schulen in Döbling aufzunehmen sind. Es ist ein Recurs dagegen an den Landesschulrath erhoben worden. Die Sache wurde so entschieden, dass für die Gemeinde Wien jetzt keine andere Möglichkeit übrig bleibt, als die Entscheidung der competenten Behörde, das ist des Bezirksschulrathes, zu befolgen.

Gem.-Rath Dr. Stern: Es wurde von dem Herrn Stadtrath-Referenten der Antrag gestellt, die Schulbauten unter Gruppe III zu verweisen. Ich mache nun aufmerksam, dass, solange der Gemeinderath besteht, seit dreißig Jahren, diese Post immer unter Rubrik XI eingestellt wurde.

Ferner wurde bereits vom Plenum der Antrag angenommen, dass die Frage, ob die durchgeführten Zinswerte bezüglich der Schulbauten erhalten bleiben sollen oder nicht, dem Stadtrathe zur Behandlung zugewiesen werde. Wenn sich der Stadtrath im negativen Sinne entscheidet, wie ich es für richtig halte, wird diese Anomalie, von welcher der Herr Referent gesprochen hat, beseitigt werden. Für diesmal aber bleiben wir bei dem, was bereits beschlossen ist. Das Plenum hat beschlossen, die Schulbauten unter Gruppe XI einzustellen und dahin haben sie auch immer gehört, solange ein Gemeindebudget besteht.

Was die Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Steiner betrifft, so wäre ich in der Lage, demjenigen, was Herr Dr. Friedjung gesagt hat, die erforderliche Rechtsbelehrung beizufügen, nämlich, dass kein Zweifel ist, dass die Gemeinde verpflichtet ist, für diese Kosten aufzukommen.

(Schluss der Debatte wird verlangt und angenommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Wünsch, Frauenberger, Steiner, Ziegelwanger und Jedlička.

Gem.-Rath Wünsch: Ich möchte nur einiges richtigstellen, was der Herr Collega aus meinem Bezirke bezüglich der Schulen für Taubstumme erwähnt hat. Bereits vor fünf oder sechs Jahren wurde über Anregung des Landesschulrathes die Gründung solcher Schulen in den Vororten in Angriff genommen und infolge Betreibens des verdienstvollen Herrn Schulinspectors Hinterwaldner wurde damals in Währing die Taubstummen-Abtheilung, in Ottakring die Abtheilung für blinde Kinder, und in Währing die für schwachsinnige Kinder errichtet.

Ich bemerke besonders, dass die Art, wie der Taubstummen-Unterricht dort erheilt wird, sich wesentlich von der Art unterscheidet wie er bisher in Wien und anderen Städten ertheilt wurde.

Der Taubstummen-Unterricht in Wien wurde bisher als Internat betrachtet, das heißt die Zöglinge wurden in dem Hause, wo der Unterricht stattfand, auch in die Wohnung aufgenommen und kamen daher mit der Welt gar nicht in Berührung. Es war nun ein außerordentlich glücklicher Gedanke, das Externat einzuführen. Die Kinder, die den Taubstummen-Unterricht genießen, sind Menschen, welche für die Welt erzogen werden, damit sie beim Verlassen des Institutes befähigt sind, ein Handwerk zu betreiben und sich so ihr Brot verdienen. Dieses große Verdienst, ich kann das offen bekennen, gebürt in erster Linie dem Leiter des Taubstummen-Institutes in Währing, Herrn Weber. Nachdem derselbe aber ein Jude ist, ist es sehr begreiflich, dass von dieser Seite (links) die Gelegenheit benützt wird, einen Ausfall gegen diese Anstalt zu machen. Ich habe mich daher verpflichtet gefühlt, dieselbe zu vertheidigen.

Gem.-Rath Steiner: Ich erkläre zu Beginn, dass es mir Nebensache ist, welcher Confession diese Waisenkinder angehören, weil ich gegen Waisenkinder keinen politischen Kampf führe. (Beifall rechts.) Heute ist es nicht am Platze, in eine nähere Erörterung einzugehen, aber wenn diese Angelegenheit vor das Plenum kommen wird, wird sich vielleicht die Gelegenheit bieten, die Sache näher zu besprechen. Heute kann ich aber schon versichern — ich war gelegentlich der Gründung des Waisenhauses in Unter-Meidling dort Ortsschulrath und sage offen, ich glaube nicht, dass wir verpflichtet sind, diesen Kindern Unterricht zu ertheilen, die Commune wird nur dadurch belastet.

Es wird übrigens Gelegenheit sein, dies näher zu besprechen, wenn die Sache vor das Plenum kommt.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren, ich will den Wünschen der Herren Vertreter der Vororte, die sie hier geäußert haben, in keiner Weise entgegentreten. Soweit sie berechtigt sind, werden sie gewiß die Unterstützung des ganzen Gemeinderathes finden.

Wenn man aber die Herren sprechen hört, so muss man wirklich sagen: Es fehlt den Vororten alles; sie haben kein Bad, sie haben kein Pflaster, sie haben gar nichts. (Lebhafter Widerspruch.) Bei dieser Gelegenheit muss ich also sagen — es nützt alles nichts — das muss ausgesprochen werden — dass die Vororte nur froh sein

können, dass sie einbezogen worden sind. (Widerspruch und Rufe: Schluss!) Das ist ein Pflaster auf die Verzehrungssteuer, welche Sie ohnedies bezahlen müssen. Es ist ein großes Glück für die Vororte, dass sie einbezogen worden sind. Das ist keine Beleidigung, das können Sie als wahr hinnehmen. Nur infolge der Einverleibung bekommen die Vororte alles, was sie brauchen.

Gem.-Rath Ziegelwanger: Ich werde mich sehr kurz fassen und einen Antrag stellen, der gewiss allgemein Zustimmung finden wird. Wir haben heuer ein schlechtes Baujahr und die Materialien sind infolge dessen billig. Wenn einmal die Verkehrsanlagen in Angriff genommen werden, so werden die Materialen wieder theuerer sein. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, der Gemeinderath wolle beschließen: Das Stadtbauamt und der Magistrat werden beauftragt, schleunigst die im Budget angeführten Schulbauten zur Offertausschreibung zu bringen. Ich bitte, diesen Antrag zu untersuchen und anzunehmen. (Beifall.)

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Ich muss mich dagegen verwahren, dass ein College aus meinem Bezirke meint, ich hätte meine Äußerungen deshalb vorgebracht, weil der Lehrer ein Jude ist. Ich muss hier offen erklären, dass ich ein unglückliches Kind bedaure, ob es Jude ist oder nicht. (Beifall rechts!) Ich verwahre mich nur dagegen, dass man Kinder aus weiß Gott welchen Gegenden nach Wien zieht und hier auf unsere Unkosten erziehen lässt. (Rufe rechts: Sind alle Österreicher!)

Gem.-Rath Gräf: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht Herr College Frauenberger unseren Vertretern der Vororte einen Vorwurf gemacht hätte. Ich berichtige thatsächlich, dass die Gemeinde Ottakring die Schule, deren Erbauung ich beantragt habe, im vorigen Jahr fertiggestellt hätte. Im Mai v. J. sind schon die Pläne beim Magistrat gelegen. Warum man erst jetzt darangegangen ist, die Offertausschreibung vorzunehmen, begreife ich nicht.

Ich wollte dem Magistrat keinen Vorwurf machen, aber ich fühle mich veranlasst, dies als Richtigstellung vorzubringen, gegenüber dem Anwurf, der erhoben wurde.

Gem.-Rath Wünsch: Ich habe nur in einigen Worten gegen den Herrn Gem.-Rath Frauenberger zu berichtigen. Die Bemerkung, welche er gemacht hat, zeigt, dass er die Verhältnisse in den Vororten nicht kennt. Ich glaube, die Herren aus den alten Bezirken, welche sich ein Urtheil über die Vororte in dieser Weise erlauben, sollen sich die Mühe nehmen, die Verhältnisse in den Vororten einigermaßen zu studieren. Es haben ihm die Veranlassung zu diesen Bemerkungen jedenfalls die Schulbauten gegeben, welche in Antrag gebracht worden sind. Ich bitte aber auch nicht zu vergessen, dass das Wachsthum der Bevölkerung in den Vororten ein derartiges ist, dass jede Vorortegemeinde fast jährlich ein Schulhaus zu bauen nothwendig hatte. Das Wachsthum der Bevölkerung in Währing war so, dass wir jährlich 600 bis 800 ja bis 1000 Zuwachs an Schulkindern hatten.

Wir hatten, so lange wir autonom waren, diese Verhältnisse im Auge. Während dieser Zeit ist die Einverleibung gekommen. Es ist selbstverständlich, dass diese Pflicht nun an die Gemeinde Wien übergeht. Dieselben Verhältnisse waren in der Gemeinde Ottakring und überall. Das Wachsthum der Gemeinde bedingt diese Vermehrung der Schulhäuser. Man darf deswegen den Vororten nicht den Vorwurf machen, dass sie etwa ihre Pflicht versäumt hätten und nicht die nöthigen Schulhäuser gebaut hätten. Wir beispielsweise in Währing haben zehn Schulhäuser und zwei Bürgerschulen, die den Bedürfnissen vollkommen entsprochen haben; aber heute ist es eben nothwendig, wieder ein neues zu bauen und in zwei Jahren wird man wahrscheinlich wieder eines bauen müssen, wenn der Segen der Vermehrung der Bevölkerung in Währing und in den Vororten so bleibt wie bisher. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Grünbeck: Ich berichtige thatsächlich, dass wir im Jahre 1889 beschlossen haben, eine Schule mit 150.000 fl. zu bauen. Wären wir nicht aufgelöst worden, hätten wir sie thatsächlich gebaut. Was den Vororten gefehlt hat, damit haben wir nicht gezögert, und wenn wir heute etwas verlangen, ist der Grund der, dass wir zur Verzehrungssteuer-Umlage beitragen. Was wir verlangen, ist unbedingt gerecht; wir Vororte sind nicht verkümmert und wären auch nicht verkümmert ohne Einbeziehung.

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe nur dem Gem.-Rath Dr. Stern gegenüber zu bemerken, dass das Rubrikenschema überhaupt erst seit dem Jahre 1883 existiert, und früher, wie es ganz richtig war, eine eigene Rubrik „Bau städtischer Gebäude" existiert hat; insolange die durchgeführten Zinswerte beibehalten werden — und ich hoffe, dass sie bleiben werden, weil ich es für richtig erachte — wäre es ganz und gar unrichtig, wenn man die Schulbauten dieser Gruppe anlasten würde. Ich bitte, sie in die Gruppe III zu übertragen.

Gem.-Rath Steiner (zu einer Berichtigung): Ich muss mit einer alten Arie beginnen, ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht Gem.-Rath Frauenberger gesprochen hätte, aber es fällt mir auf, dass, wenn Gem.-Rath Frauenberger einen Zwischenruf macht, derselbe immer als Titel in der Zeitung steht. So hat er unter anderem vorgestern bemerkt, „beim Heurigen ist ein Discurs". Herr Collega seien Sie nicht böse, aber ich kann Sie versichern, wenn Sie acht Tage zu ein und demselben Heurigen gehen, dürfen Sie nicht mehr hinein. (Lebhafte Heiterkeit.)

Gem.-Rath Schlögl (zu einer Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich, die Gemeinde Sechshaus hat sich in vollkommen geordneten Verhältnissen befunden, und ich berichtige auch, dass die Gemeinde nur eine ungepflasterte Straße hat und eine Sparcassa hat, wie sie vielleicht in ganz Wien nicht vorhanden ist. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, meine Herren, es ist der Antrag gestellt worden, die Gruppe XI en bloc anzunehmen. Ich glaube, dass ich nun diesen Antrag zur Abstimmung bringen kann.

Jene Herren, die diesem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Anträge. Von Gem.-Rath Gräf wird beantragt, die Schule in der Panikengasse Nr. 16 heuer noch fertigzustellen und das Armenhaus in der Seitenberggasse zu Schulzwecken zu adaptieren.

Jene Herren, welche der Zuweisung zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte weiters um Aufmerksamkeit. Ein Antrag des Gem.-Rathes Ziegelwanger geht dahin, es sei zu beschließen, dass das Stadtbauamt und der Magistrat beauftragt werden, schon jetzt die in dem Budget eingeführten Schulbauten zur Offertausschreibung zu bringen. Ich bringe den Antrag in merito zur Abstimmung, er enthält eine Vollmacht an den Stadtrath und Magistrat und bitte jene Herren, die dem Antrage

Ziegelwanger zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Herr Referent hat den Antrag gestellt, es seien schließlich die Schulbauten in Gruppe III einzusetzen. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zur Gruppe XII ist Herr Gem.-Rath Tagleicht gemeldet.

Gem.-Rath Tagleicht (zur Geschäftsordnung): Nach Gruppe XI kommt Gruppe XII (lebhafte Heiterkeit) und auch die Uhr zeigt auf zwölf. (Heiterkeit.) Diese folgende Gruppe enthält Conscriptions- und Militärangelegenheiten. Sie hat eine Ausgabspost von 148.000 fl. Ich glaube, dass sich bei dieser Gruppe gar keine Einwendung erheben lässt und beantrage deshalb die en bloc-Annahme derselben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist noch Herr Gem.-Rath Grünbeck gemeldet.

Gem.-Rath Grünbeck: Wie Sie wissen, hat die Gemeinde Hernals bei der Einverleibung den Betrag von 52.400 fl. dem Einquartierungsfonde übergeben. Es ist für meinen Bezirk nicht gleichgiltig, wie die Sache erledigt wird. Es ist, soviel ich weiß, dem Stadtrathe bereits darüber berichtet worden. (Referent Gem.-Rath Boschan macht eine zustimmende Bemerkung.) Aber ich will die Sache nicht unerwähnt lassen, denn wir haben einen großen Fond beigetragen. Ich möchte das Ersuchen an den Stadtrath stellen, die Entscheidung ehestens vorzubringen, damit wir wissen, wie die Sache steht.

Gem.-Rath Hipp (zur Geschäftsordnung): Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil Sie alle gehört haben, dass ich mich früher zum Worte gemeldet habe. Der Herr Vorsitzende hat erklärt, er werde mir zu einer thatsächlichen Berichtigung das Wort ertheilen. Ich danke ihm dafür, ich werde mir das ad notam nehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ein Anlass zur Aufregung ist gar nicht gegeben. (Gem.-Rath Hipp: Ja wohl!) Sie sind mir nicht gemeldet worden, und dann habe ich Sie vergessen. Ich bitte, Ihren Gefühlen jetzt Luft zu machen. (Gem.-Rath Hipp: Verzichte!)

Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe den Antrag zu stellen, dass als Post 20 infolge Plenar-Beschlusses vom 28. März 1892 der Betrag von 3000 fl. für Ersetzung der Grenzsteine eingestellt werde, und bemerke hiezu nur, dass diese Post aus Gruppe I herübergekommen ist.

Gem.-Rath Dr. Stern: Der Herr Referent der Commission hat, wenn ich recht gehört habe, einen Antrag der Commission, welcher sich auf den Ingenieur- und Architekten-Verein bezieht, unerwähnt gelassen.

Commissions-Referent Gem.-Rath K. M. Mayer: Ich habe auch diesen Antrag vorgebracht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bringe Gruppe XIII mit den Anträgen der Commission und des Herrn Referenten des Stadtrathes en bloc zur Abstimmung. Sind die Herren damit einverstanden? (Zustimmung.) Gruppe XIII ist also angenommen.

Referent Gem.-Rath Boschan: Wir haben heute nach den Veränderungen, welche vom Gemeinderathe beschlossen worden sind, die Schlussbilanz zu ziehen, und ich erbitte mir die Ermächtigung, den Anhang zur Bilanz und Bedeckung sinngemäß abzuändern, weil sich die Ziffern geändert haben, und die Bedeckung so zu gestalten, wie es durch die Beschlüsse des Gemeinderathes erforderlich geworden ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich nehme an, dass die Versammlung einverstanden ist. (Zustimmung.) Ich erlaube mir noch Folgendes zur Kenntnis zu bringen: In der General-Debatte sind folgende Anträge gestellt worden. Von dem Herrn Gem.-Rath Gregorig, betreffend den Regulierungsplan und Verfassung desselben in eigener Regie; ferner vom Herrn Gem.-Rath Kaspar, betreffend die Lehrmittel; vom Herrn Gem.-Rath Dr. Stern, wegen der Steuergesetze, Bearbeitung derselben und Berichterstattung; vom Herrn Gem.-Rath Dr. Stern, wegen der Vororte-Sparcassen; vom Herrn Gem.-Rath Dr. Stern, wegen des Bürgerspitalfondes und der durchgeführten Werte; vom Herrn Gem.-Rath Ferd. Mayer, wegen Erbauung von Gaswerken und Verständigung der Gemeindemitglieder, dass ein Asylhaus für Kinder besteht; endlich vom Herrn Gem.-Rath Rauscher, wegen Öffentlichkeit der Stadtraths-Sitzungen und Erwirkung eines Landesgesetzes. Wenn die Versammlung einverstanden ist, so bringe ich jetzt die Zuweisung sämmtlicher Anträge an den Stadtrath zur Abstimmung. (Zustimmung.) Ich ersuche jene Herren, welche damit einverstanden sind, dass diese Anträge dem Stadtrathe zugewiesen werden, die Hand zu erheben. Angenommen.

Es wurde daher beschlossen, die Gruppen VII bis XIII nach den Anträgen des Stadtraths-Referenten mit den vom Budget-Commissions-Referenten beantragten Modificationen zu genehmigen.

Die bisher aus den eigenen Geldern der Gemeinde an den Wiener allgemeinen Versorgungsfond geleisteten Zuschüsse sind aus der Evidenz zu bringen und sowohl bei der Gemeinde als auch beim Wiener allgemeinen Versorgungsfonde, wo dieselben als Passivum erscheinen, in Abschreibung zu bringen.

Die Hauptziffern des Versorgungsfondes sind in der Einnahme und Ausgabe so durchzuführen, dass nicht mehr wie bisher bloß der „Abgang" beim Wiener allgemeinen Versorgungsfonde, sondern der Gesammtaufwand für Armenzwecke eingestellt wird. Dazu ist es jedoch nothwendig, jene Auslagen des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes, welche für die Verwaltung des Fondes, also nicht für Armenzwecke gemacht werden, auszuscheiden.

Die Endziffern der Vorschläge des Bürgerspital- und des Bürgerladfondes, sind unter Ausscheidung der Verwaltungs-Auslagen, im Hauptvoranschlage bei der Gruppe IX „Armenwesen" durchzuführen.

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit sind für dieses Jahr bloß die Endziffern einzustellen, jedoch wird der Magistrat beauftragt, zu berichten, in welcher Weise die vollständige Zusammenlegung der Rechnungen der einzelnen Fonds mit denen der Gemeinde durchzuführen wäre.

Das Stadtbauamt und der Magistrat werden beauftragt, schleunigst die im Budget angeführten Schulbauten zur Offertausschreibung zu bringen.

Die Schulbauten sind in Hinkunft in Gruppe III einzusetzen.

Gem.-Rath J. Wessely: Meine sehr geehrten Herren! Ich glaube, es wird jeder von uns die Arbeit, welche die zwei Herren Referenten, insbesonders aber der Herr General-Referent Gem.-Rath Boschan sich aufgebürdet haben, den Voranschlag zu studieren und uns hierüber Bericht zu erstatten, anerkennen. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, im Sinne eines jeden der Anwesenden zu sprechen, wenn ich beantrage, dass wir dem Herrn Stadtrath-Referenten Boschan den Dank aussprechen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Sie werden es mir aber gewiss nicht übelnehmen, wenn ich behaupte, dass auch der zweite Referent den Dank der Versammlung verdient, und beantrage ich, dem Herrn Referenten der Budget-Commission den Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Weiters bitte ich, auch dem Herrn Oberbuchhalter den Dank auszusprechen (Beifall), der wirklich durch die ermüdende Arbeit und die lange Zeit, die er hier opferte, um unseren Sitzungen beizuwohnen, gewiss ins Mitleiden gezogen wurde, ebenso dem Herrn Revidenten der Buchhaltung und allen Beamten des Magistrates, welche bei der Zusammenstellung des Voranschlages für das heurige Jahr thätig mitgewirkt haben. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Durch das große persönliche Opfer eines so großen Theiles des Gemeinderathes wurde die Vollendung der Beschlussfassung über das Budget ermöglicht. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 12 Uhr nachts.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 6. April 1892.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	v. Neumann,
v. Götz,	Noske,
v. Goldschmidt,	Rückauf,
Dr. Grübl,	Schlechter,
Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
Dr. Huber,	Dr. Stenzl,
Kreindl,	Vaugoin,
Matzenauer,	Dr. Vogler,
Meißl,	Witzelsberger,
Müller,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Schriftführer: Magistrats-Concepts-Adjunct Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

St.-R. Schlechter referiert über das Ansuchen des Max Sonnenschein um Gestattung einer Wasserfilterprobe im städtischen Bade oberhalb der Kronprinz Rudolf-Brücke und beantragt die Gestattung der Vornahme dieser Proben unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Adolf Goldberger, VI. Bezirk, Gumpendorferstraße 87 um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür von 114 fl. 46 kr. für das IV. Quartal 1891 wegen eines constatierten Rohrgebrechens und beantragt die Abschreibung dieser Gebür. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür per 71 fl. 20 kr. für das IV. Quartal 1891 im Hause VI. Bezirk, Marchettigasse 1 und beantragt die Abschreibung wegen des constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause VI. Bezirk, Wallgasse 21 und beantragt die Abschreibung dieser Gebür per 118 fl. 31 kr. wegen des constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause VI. Bezirk, Gumpendorferstraße 14 und beantragt die Abschreibung der Gebür per 24 fl. 66 kr. wegen des constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Reducierung der Wassermehrverbrauchs-Gebür per 28 fl. 45 kr. im Hause V. Bezirk, Bacherplatz 12 und beantragt die Reducierung der Gebür auf 17 fl. 78 kr. aus Billigkeitsrücksichten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause V. Bezirk, Griesgasse 36 und beantragt die Abschreibung der Gebür per 62 fl. 10 kr. wegen eines constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause V. Bezirk, Matzleinsdorferstraße 5 und beantragt die Abschreibung der Gebür per 110 fl. 39 kr. wegen eines constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Abschreibung der Wassermehrverbrauchs-Gebür per 8 fl. 54 kr. im Hause V. Bezirk, Einsiedlerplatz 7 und beantragt die Reducierung der Gebür auf 5 fl. 34 kr. aus Billigkeitsrücksichten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause IV. Bezirk, Karolinengasse 14 und beantragt die Abschreibung der Gebür von 21 fl. 70 kr. wegen eines constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause IV. Bezirk, Hechtengasse 12 und beantragt die Abschreibung der Gebür per 10 fl. 16 kr. wegen eines constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause VII. Bezirk, Burggasse 48, und beantragt die Abschreibung der Gebür per 29 fl. 18 kr. wegen eines constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause VII. Bezirk, Halbgasse 28, und beantragt die Abschreibung der Gebür per 52 fl. 71 kr. wegen eines constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause VII. Bezirk, Bernardgasse 34 und beantragt die Abschreibung der Gebür von 4 fl. 37 kr. wegen eines constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause VII. Bezirk, Mariahilferstraße 22/24

und beantragt die Abschreibung der Gebür per 28 fl. 23 kr. wegen eines constatierten Rohrgebrechens. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Abschreibung einer Wassermehrverbrauchs-Gebür im Hause X. Bezirk, Rothenhofgasse 19 und beantragt, die Gebür per 32 fl. 25 kr. als uneinbringlich in Abschreibung zu bringen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über rückständige Wasserleitungsreparaturskosten nach Magdalena Fischer und beantragt, den Betrag von 14 fl. 32 kr. als uneinbringlich in Abschreibung zu bringen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der Sitzungen der Bezirksausschüsse im I. Bezirke vom 17. März, im II. Bezirke vom 23. März und im X. Bezirke vom 15. Februar dieses Jahres und beantragt, diese Protokolle zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Witzelsberger referiert über das Ansuchen des Josef Schober um käufliche Überlassung der Parcelle 858 in der Friedhofsstraße in Währing, und beantragt die Ablehnung des bezüglichen Offertes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Wahl der Functionäre der freiwilligen Feuerwehr in Unter-Sievering und beantragt, die Wahl des Josef Spieß zum Hauptmann und des Nikolaus Ceppan zum Hauptmann-Stellvertreter zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Wahl der Functionäre der freiwilligen Feuerwehr in Grinzing und beantragt, die Wahl des Johann Haselberger zum Commandanten und Hauptmann und des Karl Muhr zum Hauptmann-Stellvertreter zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Antrag des verstorbenen Gem.-Rathes Hamburger wegen Aufstellung einer dritten Brückenwage auf dem Contumazmarkte des Central-Viehmarktes und beantragt, über diesen Antrag nichts weiter zu verfügen, da der Contumazmarkt infolge Ministerialverordnung vom 17. Jänner 1892, R.-G.-Bl. 14, aufgehoben worden ist. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Feuerwehr-Oberinspectors Hans Stritzl um Flüssigmachung seiner ersten Quinquennalzulage und beantragt, demselben diese Dienstalterszulage per 100 fl. vom 17. Februar 1891 flüssig zu machen. (Angenommen.)

St.-R. Schneiderhan referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausgabs-Rubrik „Reparatur und Erneuerung der Amtseinrichtung" und beantragt, denselben zu Ausgabe IV 2 pro 1891 in der Höhe von 3087 fl. 98 kr. zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes, betreffend die Spende von 25 Paar Schuhen für die Mädchenschule, III. Bezirk, Paulusplatz 4 durch Mathias Mally, Schuhmacher, III. Bezirk, Schlachthausgasse 22 und beantragt, dem Spender den Dank auszusprechen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vermietung einer Wohnung im Friedrich Müller'schen Stiftungshause in Ober-Döbling, Marienstraße 7 und beantragt, die derzeit leerstehende Wohnung im I. Stockwerke obigen Hauses an Rudolf Scherer vom Augusttermine 1892 an gegen den Jahreszins von 280 fl. zu vermieten und behufs Instandsetzung der Wohnung einen Betrag von 80 fl. zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Offert des Josef Wolf um käufliche Überlassung mehrerer Wiesenparcellen der Einl.-Nr. 525 und 527 in Hadersdorf, und beantragt die Ablehnung des Kaufantrages. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Sicherstellung von Canalschacht- und Wasserlaufgittern und Schachtdeckeln für die neuen Bezirke und beantragt zu genehmigen, dass die Besorgung der Lieferung gußeiserner Canalschachte und Wasserlaufgitter und Schachtdeckel für die Bezirke XI bis XIX auf Grund der vorgelegten Vorschrift bis Ende 1892 im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung sichergestellt werde. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Hetzendorfer Kreuzervereines um Subvention und beantragt, demselben auch pro 1892 eine Subvention von 100 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

Bürgermeister Dr. Prix referiert über die Zuschrift des k. u. k. Kriegsministers, betreffend den Bau der neuen Kasernen und beantragt, dass der Stadtrath der vom Bürgermeister vorgelegten Beantwortung dieser Zuschrift zustimme.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, dass die Zuschrift des k. u. k. Kriegsministers durch den Stadtrath beantwortet werde.

Der Antrag Dr. Vogler, dem sich Referent accomodiert, wird angenommen.

St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über die Zuschrift der k. k. n.-ö. Statthalterei, betreffend den Tausch der dem Wiener k. k. Krankenanstalten-Fonde gehörigen Realität des ehemaligen Bezirkskrankenhauses Sechshaus gegen den der Gemeinde gehörigen Grund nächst dem Kaiserin Elisabeth-Spitale, und beantragt, es sei der k. k. n.-ö. Statthalterei bekannt zu geben, dass die Gemeinde Wien bereit ist, auf den fraglichen Grundtausch gegen eine dem Schätzwerte entsprechende Aufzahlung von 10.008 fl. einzugehen und sei unter einem das für diesen Grundtausch erforderliche Landesgesetz beim n.-ö. Landtage zu erwirken. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Schneiderhan referiert über den Verkauf des Grundes Cat.-Parc. 547/1, Grundb.-Einl. 253 in Hetzendorf an Franz und Monika Roschnal und beantragt, den seitens des Gemeindeausschusses der bestandenen Gemeinde Hetzendorf beschlossenen Verkauf obiger Parcelle per 22·5□° um den Preis von 10 fl. per Quadratklafter an die derzeitigen Eigenthümer der anrainenden Einl.-Z. 253, Grundbuch Hetzendorf, Franz und Monika Roschnal gegen dem, dass die Erwerber alle Stempel und Gebüren des auszufertigenden Vertrages zu tragen haben, zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Verkauf von Gründen in der Reinhartgasse in Hetzendorf an Susanna Zeininger und Franz und Theresia Arnold. Derselbe beantragt, den seitens des Gemeindeausschusses der bestandenen Gemeinde Hetzendorf am 9. Juli 1889 beschlossenen Verkauf der von der Reinhartgasse in Hetzendorf Cat.-Parc. 547/1 freigewordenen Grundtheile, und zwar:

a) des im vorgelegten Plane des Ingenieurs Formanek Z. 289/88 mit abcda dargestellten Grundtheiles per 13·5□° um den Preis von 10 fl. per Quadratklafter an die Eigenthümerin der Einl.-Z. 407 Susanna Zeininger, sowie

b) der im vorgelegten Plane, Z. 290/88 mit abcda umschriebenen Grundfläche per 22·6□° um den Preis von 10 fl. per Quadratklafter an Franz und Theresia Arnold als Eigenthümer der Einl.-Z. 192 gegen dem zu genehmigen, dass die Erwerber die mit der Vertragsausfertigung verbundenen Stempel und Gebüren zu tragen haben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Verkauf eines Grundes in der Reinhartgasse in Hetzendorf an Anton und Barbara Reger und beantragt, den seitens des Gemeindeausschusses der bestandenen Gemeinde Hetzendorf am 9. Juli 1889 beschlossenen Verkauf des im vorgelegten Plane mit a b c d a dargestellten Grundtheiles der Reinhartgasse in Hetzendorf Parc. 547/1 im Ausmaße von 29·9□° um den Preis von 10 fl. per Quadratklafter an die Eigenthümer der anrainenden Einl.-Z. 386, Anton und Barbara Reger gegen dem zu genehmigen, dass die Erwerber alle mit der Ausfertigung des Vertrages verbundenen Stempel und Gebüren selbst zu tragen haben.

(Angenommen.)

St.-R. Meißl referiert über das Ansuchen einer Buchhaltungs-Officials-Witwe um Anweisung der Pension und beantragt, derselben die normalmäßige Pension von 400 fl. vom 1. Februar 1892 anzuweisen und derselben eine jährliche Gnadengabe von 100 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über Ansuchen um Gewährung der Studiennachsicht behufs Aufnahme in den städtischen Kanzleidienst und beantragt die Gewährung der Studiennachsicht für Ludwig Hartung und Johann Eder. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Hugo Abert um Studiennachsicht behufs Aufnahme in den städtischen Kanzleidienst und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des städtischen Hausbesorgers Johann Wallisch um Nachsicht der Zuständigkeitstaxe und beantragt, demselben diese Taxe im Betrage von 10 fl. nachzusehen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Holzinger, Einspänner-Eigenthümer, und Franz Zeiler, Fleischselcher, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Aushilfsbeamten des magistratischen Conscriptionsamtes Anton Wondráček um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien und beantragt, demselben die Zuständigkeit gegen Erlag der Taxe von 10 fl. zu verleihen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit, beziehungsweise Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband an:

Buchler Leopold, Diener;
Leeb Ferdinand, Gastwirt;
Melber Johann, k. k. Sicherheitswach-Inspector;
Weber Stefan, Gastwirt;
Wenninger Mathias, Milchmeier. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an Nachbenannte:

Hruby Anton, Schuhmachergehilfe;
Müller Karl Josef, Posamentierergehilfe;
Frey Franz, Goldarbeitergehilfe;
Kvasnica Anton, Zimmermanngehilfe;
Singer Katharina, Blumenmacherin;
Paradeiser Franz, Tischlergehilfe;
Böhm Franz, Kaffeebrennergehilfe;
Seiler Theresia, Hausbesorgerin;
Schneider Rudolf, Cassier;
Birnbaumer Josef, Pfandleiher;
Kraushofer Anton, Gehilfe;
Swoboda Friedrich, Bäckergehilfe;
Czernin Vincenz, Schuhmacher;
Mayer Peter, Schneider;
Kraus Josef, Fabrikant. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Gesuchsgewährung an:

Blowsky Johann, Schlossergehilfe;
Schweikar Marie, Handarbeiterin;
Braunsperger Johann, Maurergehilfe;
Ciganek Bartholomäus, Laternenanzünder;
Richter Josef Wenzel, Buchbinder;
Kocmid, auch Goldschmidt Johann, Claviertischlergehilfe;
Schindler-Zimmermann Marie, Zeitungsverschleißerin;
Tannewitz Johann, Stadtträger;
Komarek Josef, Nähmaschinenerzeuger;
Grimme Johann, Geschäftsdiener;
Lewisch Johann, Procurist;
Schmid Alois, Bureaudiener;
Koretz Alexander, Vergolder;
Stohl Karl, Amtsdiener;
Haberpointner Balthasar, k. k. Postexpedient. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Verleihung derselben an:

Dirnhofer Raimund, Geschäftsdiener;
Winzenz Alois, Bürstenfabrikant;
Berger Anna, Gusmeisterswitwe;
Horejsi Johann, Metallgießergehilfe;
Behounek Johann, Schlossergehilfe;
Briebauer Franz, Wagner;
Müller Rudolf, Tischler;
Riegerl Johann, Bürstenbinder;
Benisch Theresia, Wirtin;
Christ Johann, Stahlschleifer. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband an:

Blasche Adelheid, Friseurin;
Eichhorn Rudolf, Bahnbeamter;
Perutik Veronika, Marktvictualienhändlerin. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an Nachbenannte:

Hermann Karl, Geschäftsreisender;
Machawsky Josef, Privat;
Belsky Ferdinand, Gartenwächter;
Berger Josef, Schlossergehilfe;
Weimar Emilie, Wäscheverkäuferin;
Prawlowsky Franz, Maurer;
Schneiderbauer Josef, Postconducteur;
Mazanek Anton, Schneider;
Sosna Wenzel, Hausbesorger;
Nowotny Marie, Taglöhnerin;
Klima Jakob, Hausbesorger;
Prerovsky Josefa, Wäscheputzerin;
Ram Anna, Hausbesorgerin. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über den Vertrags-Abschluss mit der Donauregulierungs-Commission wegen Grundtransactionen auf dem Ebersdorfer Fondsgute und beantragt, die im Magistratsreferate beantragten Vertrags-Ergänzungen resp. Abänderungen in den §§ 4, 6 und 21 zu genehmigen, resp. die Ausfertigung des Original-Vertrages nach dem diese Ergänzungen enthaltenden Vertrags-Entwurfe D zu bewilligen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, es sei der Abschluss des Vertrages zu vertagen bis zur Austragung der offenen Frage wegen Duldung der Rohrleitung aus der Groß-Enzersdorfer Kavallerie-Kaserne in den Groß-Enzersdorfer Donauarm.

Antrag Dr. v. Billing wird angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Gutachten des Stadtanwaltes in Betreff des Antrages des Gem.-Rathes Dr. Lueger wegen eventueller Ergreifung von Maßnahmen anlässlich der Einstellung des Tramwaybetriebes anfangs November 1890 und beantragt die Ablehnung des Antrages des Gem.-Rathes Dr. Lueger. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des XVI. Bezirkes und beantragt, die Wahl des

Kervand Oskar, Goldarbeiter,
Pamlitzka Jakob, Hausbesitzer,
Reiter Hilarius, Hausbesitzer,
Jungmann Eduard, k. k. Postofficial,
Berger Leopold, Flaschenbierhändler,

zu Armenräthen dieses Bezirkes zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des XIV. Bezirkes und beantragt, die Wahl des

Rustler Adam, Bäcker,
Czabel Bernhard, Tischler,
Schendl Franz, Fabrikant und
Kunze Eduard, Sattler,

zu Armenräthen dieses Bezirkes zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des III. Bezirkes und beantragt, die Wahl der Nachbenannten zu Armenräthen dieses Bezirkes zu bestätigen:

Neumann Johann, Volksschullehrer,
Altmann Marcus, Hausbesitzer. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Fürstin Wrede und Baronin Liptay um Einwilligung zur Löschung der auf der Realität Einl.-Z. 1277 in Inzersdorf haftenden Reallast und beantragt, in die erbetene Löschung der zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Servitut der Hochquellenwasserleitung gegen dem einzuwilligen, dass gleichzeitig mit gedachter Löschung die sohin lastenfreie Abschreibung der Parcelle 816/251 von der Einl.-Z. 1277 Inzersdorf und die Übertragung dieser Parcelle als Straßengrund in das Verzeichnis für das öffentliche Gut, sonach Löschung obiger Einl.-Z. 1277/Inzersdorf erfolge. Die bezüglichen Kosten haben die Gesuchsteller zu tragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Remunerierung des substituierenden Seelsorgers im Versorgungshause zu Liesing, Franz Puhm, und beantragt, demselben für seine Mühewaltung durch zwei Jahre, zwei Monate und neun Tage ein Dankschreiben seitens des Magistrates und eine Remuneration von 200 fl. zukommen zu lassen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über 40 Gesuche von Schülern des Leopoldstädter Communal-, Real- und Ober-Gymnasiums in Wien um Befreiung von der Entrichtung des Schulgeldes und beantragt, den im vorgelegten Verzeichnisse der Direction der Anstalt angeführten Schüler vom II. Semester 1892 die Befreiung vom Schulgelde zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des II. Bezirkes und beantragt, die Wahl des

Jägersberger Johann, Gemischtwaren-Verschleißer,
Toman Wenzel, Tischler, und
Ellbogen Moriz, Handelsgesellschafter,

in den Armenrath dieses Bezirkes zu bestätigen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Steinl referiert bei Anwesenheit von 17 Stadträthen über das Ansuchen des städtischen Arztes Josef Heller um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt, denselben in den bleibenden Ruhestand zu versetzen, demselben die normalmäßige Pension von 240 fl. jährlich und überdies in Berücksichtigung seiner verdienstvollen Thätigkeit und precären Lage eine Zulage von 240 fl. jährlich zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. v. Götz referiert in Betreff des Projectes der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft für die Fortsetzungslinie der Dampftramway Westbahnlinie—Baumgarten bis zur Bahnhofstraße in Hütteldorf und beantragt, der Erklärung der Vertreter der Gemeinde Wien bei der politischen Begehung seine Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

St.-R. Müller referiert über das Offertverhandlungsergebnis für die Verlängerung des Canales in der Sonnleithnergasse im X. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Maurermeisters Heinrich Sikora mit einem Nachlasse von 22·3 Percent.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, diese Arbeit an Anton Sikora zu vergeben.

Der Antrag des St.-R. Dr. Hackenberg wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferdinand Bittermann um Bewilligung zur Auswechslung der mit dem Consense vom 14. März 1892, Z. 13098, genehmigten Pläne zum Baue eines drei Stockwerke enthaltenen Wohnhauses auf der Baustelle Cat.-Parc. Nr. 74/1, 368/1, 368/2, Grundb.-Einl. 1735, des XVII. Bezirkes rücksichtlich der vorzunehmenden Änderungen, dass zu beiden Seiten der abgekappten Ecke je ein 3·70 m² langer, 15 cm über die Baulinie hervorspringender Risalit angelegt werde und beantragt, die Genehmigung des Ansuchens gegen Compensierung des in Anspruch genommenen Straßengrundes per 1·11 m mit einer gleich großen Fläche des von der Realität des Gesuchstellers behufs Einhaltung der Baulinie abzutretenden Straßengrundes. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Magistrates um Erstreckung der Frist zur Vorlage des Detailprojectes für die Einwölbung des Krottenbaches im XIX. Bezirke und beantragt, die Bewilligung der angesuchten Frist zur Vorlage des Detailprojectes für die Einwölbung des Krottenbaches bis zum Zeitpunkte der Tracenrevision für die Vorortelinie der Stadtbahnlinie vom Heiligenstädter Central-Bahnhofe bis zur Station Penzing der Westbahn. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Bericht des Magistrates über den Antrag des Gem.-Rathes Kreindl puncto Canalisierung der „Hohen Warte" und beantragt:

1. Es sei die Canalisierung der Hohe Wartestraße bis zur Durchführung der Einwölbung des Krottenbaches daselbst zu verschieben und

2. ist das Bauamt zu beauftragen, das Canalproject in der Hohe Wartestraße gleichzeitig mit dem Projecte der Überwölbung des Krottenbaches zur Genehmigung vorzulegen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Zuschrift des österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines, mit welcher für die Nachsicht der Taxe für Prüfung von zu Gewölbs-Constructionen verwendeten Cement der Dank ausgesprochen wird und beantragt, den bezüglichen Bericht des Magistrates zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Grübl referiert in Betreff der Überwachung des von der ehemaligen Gemeinde Dornbach von J. Karlubsky angekauften Hauses C.-Nr. 282 in Dornbach (Montleart'sche Stiftung). Es wird in Abänderung des am 29. v. M. erfolgten Beschlusses beschlossen: Es sei dem Bezirksamte des XVII. Bezirkes als competente politische Behörde zu überlassen, die aus öffentlichen Rücksichten erforderliche Versicherung des Hauses zu verfügen und den Hauseigenthümer zu verständigen, dass ihn die diesfälligen Kosten treffen werden.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Fliedl, Religions-Professor an dem Communal-Real- und Obergymnasium im VI. Bezirke, um Zuerkennung der fünften Quinquennalzulage und beantragt, dem Johann Fliedl außer seinen Bezügen die fünfte Alterszulage von 200 fl. jährlich vom 3. Jänner d. J. an und die hieraus sich ergebende Erhöhung des Quartiergeldes von jährlich 60 fl. vom 1. Februar d. J. ab zuzuerkennen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Professors an der Wiedener Communal-Ober-Realschule in Wien, Karl Hoch, um Zuerkennung der dritten Dienstalterszulage und beantragt, dem Gesuchsteller vom 1. Jänner 1892 an die dritte Alterszulage von jährlich 200 fl. und die sich hiedurch ergebende Quartiergeld-Erhöhung von 60 fl. jährlich vom 1. Februar 1892 an zuzuerkennen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Lehrmittel und Bibliotheksdotation für die neuen Schulen, XVI., Liebhartsgasse Nr. 19/21 und beantragt, für jede der beiden Schulen für die Beschaffung der Lehrmittel unter Anwendung des für die Schulen in den alten Bezirken Wiens geltenden Normal-Lehrmittel-Verzeichnisses den Pauschalbetrag von je 400 fl. und als Dotation für die Lehrer- und Schülerbibliothek den Betrag von je 560 fl., somit einen Gesammtbetrag von 1920 fl. unter Verweisung dieser Gesammtauslage auf die einschlägige Position des Jahres 1892, Rubrik XLIII 30 „Anschaffung von Lehrmitteln" zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Wurm referiert über das Detailproject für den Bau eines Amtshauses im XIX. Bezirke und beantragt die Ausführung des Baues nach dem Projecte A, eventuell nach dem Alternativprojecte C unter Reducierung der Post 49 der Baumeisterarbeit im Voranschlage für den Saalbau von 1260 auf 252 fl., wonach 161.000 fl. Gesammtkosten für den Bau und Möblierung zu bewilligen wären.

Im Falle der Genehmigung eines der vorliegenden Projecte werde der Bauconsens für dasselbe in der Voraussetzung des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bau-Commission ertheilt und die Sicherstellung der Arbeiten und Lieferungen nach der von der Buchhaltung in der Übersicht ddto. 1. April 1892 beantragten Weise genehmigt; ebenso werden die Magistrats-Anträge vom 11. Februar 1892 rücksichtlich des Vollendungstermines und Fixierung des Mietzinses für die vom Ärar zu mietenden Räume aufrechterhalten.

St.-R. Müller beantragt, die Variante C zur Ausführung zu bringen.

Der Antrag des Referenten bezüglich des Projectes A wird abgelehnt, der Antrag des St.-R. Müller angenommen. (An den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Ansuchen des Leiters des magistratischen Bezirksamtes im XIX. Bezirke um die Ermächtigung zum Verkaufe von Druckschriften, herausgegeben von der ehemaligen Gemeinde Döbling, und beantragt die Ertheilung der Ermächtigung an das Bezirksamt, die vorhandenen vorgelegten Drucksorten nach eigenem besten Ermessen zu verwerten, beziehungsweise zur Verwendung gegen seinerzeitigen Ausweis beim Magistrate.

(Angenommen.)

St.-R. R. v. Goldschmidt referiert über das Ansuchen des Hermann Kropp um Consens für den Bau eines Theer-Reservoirs Einl.-Z. 913 im X. Bezirke am Laaerberg und beantragt, die vom magistratischen Bezirksamte Favoriten beantragte Ertheilung des Bauconsenses zu bestätigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Project für den Canalbau in der Stammgasse des III. Bezirkes und beantragt, die Genehmigung des vorgelegten Projectes für den Neubau eines Haupt-Unraths-canales in der verlängerten Stammgasse mit dem Kostenerforderniße von 3495 fl. 9 kr. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Orenstein und Koppel um Consens für den Bau eines Schupfens im X. Bezirke, Vordere Südbahnstraße 8, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter der vom Magistrate festgestellten Bedingung.

(Angenommen);

St.-R. Rückauf referiert über die Anschaffung von Catastralmappen und beantragt die Anfertigung von rectificierten Catastralmappen mit der Parc.-Nr. sammt dem Parcellen-Protokolle über die zum Gemeindegebiete von Wien einbezogenen Gemeinden und Gemeindegebietstheile und Genehmigung des Pauschalbetrages von 1600 fl., welcher auf den Reservefond zu verweisen wäre.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Kirchenmusik-Vereines zur Maria vom Siege in Fünfhaus um Überlassung eines Locales in der Schule XV. Bezirk, Thalgasse 2 und um Subvention.

Referent beantragt, obigem Vereine pro 1892 eine Subvention von 60 fl., sowie die Weiterbenützung des bisher im Schulgebäude XV. Bezirk, Thalgasse 2 benützten Lehrzimmers zu Übungszwecken zu bewilligen, das gleichzeitige Ansuchen um kostenfreie Beleuchtung und Beheizung dieses Locales, respective Tragung dieser Kosten aus Gemeindemitteln abzulehnen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der IV. Section der k. k. landwirtschaftlichen Gesellschaft in Wien um Widmung eines Ehrenpreises zur Pferde-Ausstellung in der Zeit vom 4. bis 12. Juli 1892 und beantragt, wie im Vorjahre für die erwähnte Pferde-Ausstellung auch heuer einen Ehrenpreis von 50 Stück k. k. Dukaten in Gold zu widmen, welcher auf dem Reservefond pro 1892 zu verrechnen wäre. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der landwirtschaftlichen Gesellschaft um einen Ehrenpreis für die Zucht- und Nutzviehausstellung in der Zeit vom 7. bis 11. September d. J. und beantragt, einen Betrag von 500 fl. zur Anschaffung eines Ehrenpreises der Stadt Wien zu widmen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen des gewesenen provisorischen Unterlehrers Hans Zintl um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, demselben die mit 3. Mai 1892 erlöschende Gnadengabe jährlicher 180 fl. von dem genannten Tage auf weitere drei Jahre oder bis zu einer etwa früher eintretenden Erwerbsfähigkeit

oder einer anderweitigen Versorgung aus den eigenen Geldern zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit eines Gehaltsvorschussrestes per 30 fl. nach dem verstorbenen Lehrer Wilhelm Buming und beantragt die Abschreibung dieses Betrages.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Zuschrift des Bezirksschulrathes, betreffend die Constituierung der sämmtlichen Ortsschulräthe in den 19 Bezirken und den Beginn der Amtswirksamkeit derselben.

Referent beantragt, diese Zuschrift zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

St.-R. Noske referiert über die Vermietung von Localitäten in den ehemaligen Linienamtsgebäuden VII., Westbahnstraße Nr. 37 und 52.

Derselbe beantragt:

1. Die durch Kündigung des k. k. Finanzärars freigewordenen Localitäten in den ehemaligen Linienamtsgebäuden VII., Westbahnstraße Nr. 37 und 52 sind bis auf weiteres auf unbestimmte Zeit gegen vierteljährige, jeweilig an den gewöhnlichen Zinsterminen vorzunehmende Kündigung gegen die vom Stadtbauamte ausgemittelten Mietzinse zu vermieten.

2. Dem für das Haus Westbahnstraße Nr. 37 bestellten Hausbesorger Franz A. wird vom Tage seines Dienstantrittes außer seiner Naturalwohnung für die Reinigung der Stiegen und Gänge ꝛc. ein Monatslohn von 5 fl. bewilligt.

3. Für das Haus Westbahnstraße Nr. 52 ist ebenfalls ein Hausbesorger zu bestellen, welchem außer einer entsprechenden Naturalwohnung für die Reinigung der Stiegen und Gänge ꝛc. ein Monatslohn von 5 fl. bewilligt wird. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des n.-ö. Bauvereines um mündliche Verhandlung wegen Abverkaufes der durch die Baugruppe O führenden Strecke der aufgelassenen Marx-Meidlingerstraße und beantragt, es sei der Magistrat zu ermächtigen, mit dem n.-ö. Bauvereine wegen Abverkaufes obiger Strecke in Verhandlung zu treten, deren Ergebnis dem Stadtrathe zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

— **Derselbe** referiert über die Zuschrift des Organisations-Comités für die Feuerwehr-Ausstellung in Petersburg, mit welcher der Dank für die übermittelten Druckschriften ausgesprochen wird, und beantragt, diese Zuschrift zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Anträge der Gem.-Räthe Müller und Dr. Rader wegen Ankauf der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus und beantragt, es sei ein Comité von drei Mitgliedern aus dem Stadtrathe zu bestellen, welches unter Zuziehung des Magistratsreferenten und des Baudirectors mit dem Landesausschusse wegen des Kaufpreises und den sonstigen Bedingungen des Ankaufes der obigen Realität zu verhandeln und über das Ergebnis dieser Verhandlungen dem Stadtrathe Bericht und Antrag zu stellen hat.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Sechshauser Sparcassa um mietweise Überlassung des Hauses Nr. 44 Ullmannstraße in Sechshaus.

St.-R. Schlechter beantragt die Vertagung dieses Referates.

Der Antrag des St.-R. Schlechter wird angenommen.

Die Sitzung wird sohin geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 10. bis 16. April 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	187.789 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 131.135; aus Ober-Österreich — 1.490; aus Mähren — 12.128; aus Galizien — 32.591; aus Ungarn — 10.445 Kg.)
Kalbfleisch . . .	44.261 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 5.419; aus Mähren — 166; aus Galizien — 38.676 Kg.)
Schaffleisch . .	532 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 218; aus Galizien — 314 Kg.)
Schweinfleisch .	37.346 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 33.633; aus Böhmen und Mähren — 694; aus Galizien 1.594; aus Ungarn — 1.425 Kg.)
Kälber	2.670 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 92; aus Mähren — 32; aus Galizien — 2.539; aus Ungarn — 7 St.)
Schafe	23 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 22 aus Galizien — 1 St.)
Schweine . . .	502 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 104; aus Mähren — 2; aus Galizien — 396 St.)
Lämmer . . .	1.592 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 470; aus Mähren — 121; aus Galizien — 30; aus Ungarn — 971 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	3.565 Kg.	Kälber	66 Stück
Kalbfleisch	212 „	Schafe	— „
Schaffleisch . . .	— „	Schweine	4 „
Schweinfleisch . .	961 „	Lämmer	170 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch . . .	von	34	bis	90	kr. per Kg.
Kalbfleisch . . .	„	32	„	70	„ „ „
(extrem	„	—	„	75	„ „ „)
Schaffleisch . . .	„	50	„	60	„ „ „
Schweinfleisch . .	„	48	„	70	„ „ „
(extrem	„	—	„	75	„ „ „)
Kälber	„	34	„	58	„ „ „
(extrem	„	—	„	60	„ „ „)
Schafe	„	36	„	42	„ „ „
Schweine	„	44	„	58	„ „ „

Lämmer . . . . $2\frac{1}{2}$ fl. bis 6 fl. per Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war beinahe gleich jener der Vorwoche. Zum Wochenschlusse entwickelte sich ein recht lebhafter Marktverkehr und haben sich im allgemeinen die vorwöchentlichen Preise behauptet. Rindfleisch jedoch, welches weniger begehrt wurde, musste um 1 bis 2 kr. per Kilogramm billiger abgegeben werden.

* * *

(Pferdemarkt vom 15. April 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 444 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 110—320 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 35—75 fl. per Stück.

Der Markt war ziemlich lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 10. April bis 16. April 1892:

(Geschlachtet wurden 320 Pferde.)

vom Pferde:

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „	1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten	1 „	24—44 „
Selchfleisch	1 „	36—56 „
Extrawürste	1 „	30—44 „
Dürre Würste	1 „	32—56 „
Rohes Fett	1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80 „
Schweifhaare	1 Schweif	25—100 „
Knochen	100 Kg.	fl. 2.—3.—
Häute	per St.	„ 3.—7.50

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 16. April 1892.

a) Getreide.

per 100 Kg.:

Weizen (Qualitätsgewicht 74—80 Kg.)	von 9 fl. 40 kr.	bis 10 fl. 45 kr.
Roggen („ 68—73 „)	„ 8 „ 80 „	„ 9 „ 60 „
Gerste	„ 5 „ 50 „	„ 8 „ 50 „
Mais	„ 5 „ 60 „	„ 6 „ 65 „
Hafer	„ 6 „ 10 „	„ 6 „ 90 „

b) Mahlproducte.

per 100 Kg.:

Gries	von 16 fl. — kr.	bis 17 fl. 75 kr.
Weizenmehl	„ 8 „ 75 „	„ 17 „ 50 „
Roggenmehl	„ 11 „ 75 „	„ 16 „ 25 „
Weizenkleie	„ 4 „ 50 „	„ 4 „ 70 „
Roggenkleie	„ 5 „ 10 „	„ 5 „ 15 „

* * *

Städtisches Lagerhaus.

7. April bis 14. April 1892:

Waren eingelagert	31.189 Meter-Centner
„ ausgelagert	44.832 „
Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf	12.670 Meter-Centner.

Lagerstand vom 14. April 1892: 280.701 Meter-Centner, und zwar:

63.939	Meter-Centner Weizen,	20.864	Meter-Centner Roggen,
48.746	„ Gerste,	29.764	„ Hafer,
12.974	„ Mais,	11.409	„ Ölsaaten,
17.739	„ Mehl u. Kleie,	9.014	„ Wein,
14.955	„ Zucker,	612	Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,458.320 fl. öst. Währ.

Z. 311523
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Lieferung gusseiserner Canalschacht- und Wasserlaufgitter und Schachtdeckel für die Bezirke XI bis XIX für das Jahr 1892** wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **25. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezügliche Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare dieser Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. April 1892. 1—2

Z. 318803
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung).

Wegen Vergebung a) der Lieferung und Aufstellung **zweier Wasserreservoirs aus Schmiedeisenblech** sammt den dazugehörigen zwei Tropftassen für das Gemeindeschöpfwerk am Haberlplatze im XVI. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1089 fl. 76 kr.; dann b) der Erd- und Maurerarbeit für die Erbauung eines **Brunnenhauses** für das vorbezeichnete Schöpfwerk im veranschlagten Kostenbetrage von 3008 fl. 42 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **22. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl**, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Das Offert ist mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehen und versiegelt zu überreichen.

Demselben ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. April 1892. 2—2

G.-Z. 60014
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Erd-Baumeisterarbeiten für die Erbauung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der verlängerten Stammgasse im III. **Bezirk** im veranschlagten Kostenbetrage von 2760 fl. 66 kr. und 500 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am 26. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags** im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, das Ausmaß, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von zehn Kreuzer bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse des Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen, und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. April 1892. 1–2

G.-Z. 56627
VII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Lieferung der geraden Gusseisenröhren** im veranschlagten Gewichte von circa 10.576·77 Meter-Centner **und der diversen Façonröhren** im veranschlagten Gewichte von circa 1488·79 Meter-Centner **für die Erweiterungsbauten der Kaiser Franz Josef-Hochquellenwasserleitung** in der Strecke von der Wasseralpe im Naßwald bis zum großen Höllenthale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am Donnerstag, den 21. April d. J. präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler im neuen Rathhause, Mezzanin,** eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Ausmaße und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Dem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Einhaltung der allgemeinen und speciellen Bedingnisse wird seitens der Bauleitung strenge überwacht werden.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. April 1892. 3–3

Z. 56627
VII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen **Vergebung der Lieferung des Portland-Cements** im veranschlagten Bruttogewichte von circa 29.322 Meter-Centner für die Erweiterungsbauten der Kaiser Franz Josef-Hochquellen-Wasserleitung in der Strecke von der Wasseralpe im Naßwalde bis zum großen Höllenthale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am Freitag den 22. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler im neuen Rathhause, Mezzanin,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Ausmaß, das Regulativ und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Dem mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Einhaltung der allgemeinen und speciellen Bedingnisse wird seitens der Bauleitung strenge überwacht werden.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. April 1892. 3–3

G. Z. 59784
VII.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung der geraden Gusseisenröhren im veranschlagten Gewichte von 1,744.500 Kilogramm und der diversen Façonröhren im veranschlagten Gewichte von 235.887 Kilogramm zur Herstellung eines Wasserleitungs-Rohrnetzes in den mit der Gemeinde Wien zu einer einzigen Ortsgemeinde vereinigten Vorortegemeinden wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, **am Freitag, den 29. April l. J. präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Stadler im neuen Rathhause (Mezzanin),** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden. Die Offerte können sich sowohl auf die Lieferung sämmtlicher im Kostenanschlage angeführten Röhren, als auch auf die Lieferung einzelner Partien der zu demselben Caliber gehörigen Röhren beziehen.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen. Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden. Offerenten haben ein derartiges Exemplar **mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen**, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen versehen als Offert versiegelt zu überreichen. Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht mit dem vorgeschriebenen Vadium versehene Offerte wird keine Rücksicht genommen. Auch finden nur Offerte von gewerbebehördlichen Personen Berücksichtigung.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

Hievon wird mit der Einladung Mittheilung gemacht, sich an dieser Offertverhandlung durch Überreichung eines Offertes zu betheiligen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. April 1892. 2—3

Z. 83.

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 13. d. M., Z. $\frac{10714}{\text{XIV.}}$ wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus im Monate August 1891** verpfändeten und nicht ausgelösten **Pretiosen** von Pfand-Nr. 18479 bis incl. Pfand-Nr. 21892 und **Effecten** von Pfand-Nr. 41907 bis incl. Pfand-Nr. 47645 **am 4. Mai 1892, um 9 Uhr vormittags,** im **Pfandleihanstalts-Gebäude, Sechshaus, Gemeindegasse 5** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus

am 15. April 1892. 1—3

K. k. n.-ö. Statthalterei Z. 16182. M.-Z. 71789 ex 1892.

Kundmachung.

(**Curse für Marktcommissariats-Aspiranten.**)

Unter Beziehung auf die im Landesgesetz- und Verordnungsblatte für das Erzherzogthum Österreich unter der Enns vom Jahre 1892, Nr. 59, verlautbarte Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 31. October 1882, Z. 42484, wird dem Magistrate *hiermit eröffnet, dass die zunächst für die Aspiranten auf* Marktcommissärs-Stellen jährlich abzuhaltenden Curse a) über mikroskopische Fleischbeschau, b) über vegetabilische Nahrungs- und Genussmittel und die mit denselben leicht zu verwechselnden Giftpflanzen, und zwar der erstere in der Zeit vom 25. April bis 10. Mai täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, von 3 bis 6 Uhr nachmittags, der letztere aber vom 2. Mai bis Mitte Juli d. J. stattfinden werden.

Der Curs über Fleischbeschau wird im k. u. k. Militär-Thierarznei-Institute von dem k. u. k. Professor Dr. Johann Csokor abgehalten werden.

Da die bezüglichen Vorträge mit mikroskopischen Übungen verbunden sein werden, erscheint es zweckmäßig, dass sich die Theilnehmer nach Thunlichkeit mit entsprechenden Mikroskopen versehen.

Der Unterricht über vegetabilische Nahrungs- und Genussmittel wird unter der Leitung und nach Anordnung des k. k. Hofrathes und Professors der Pharmakologie und Pharmakognosie, Ober-Sanitätsrathes Dr. August Vogl, durch den Assistenten dieser Lehrkanzel und Universitäts-Docenten Dr. Josef Nevinny, im Hörsaale des pharmakologischen Instituts ertheilt werden.

Die betreffenden Prüfungen werden nach Schluss der Curse vorgenommen.

Ärzte, Thierärzte, Aspiranten auf Vieh- und Fleischbeschauer-, sowie auf Marktcommissärs-Stellen und dergleichen, welche an diesen unentgeltlich abzuhaltenden Cursen theilnehmen wollen, haben sich thunlichst persönlich in den Stunden von 10 bis 12 Uhr vormittags in den betreffenden Instituten zu melden.

Wien, am 7. April 1892. 2—3

Z. 15486.

Kundmachung

der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction, betreffend die Termine zur Einzahlung der directen Steuern im II. Quartale 1892.

Es wird hiermit erinnert, dass im Laufe des II. Quartales 1892 die directen Steuern in Niederösterreich in nachstehenden Terminen fällig und einzuzahlen sein werden:

a) **die Grund-, dann die Hauszins- und Hausclassensteuer und die fünfpercentige Steuer** von den aus dem Titel der Bauführung ganz oder theilweise zinssteuerfreien Gebäuden, **am 1. Mai;**

b) **die Einkommensteuer,** soweit solche nicht durch den Abzug von den Zinsen oder anderen Bezügen unmittelbar eingebracht wird, **am 30. Juni.**

Werden die obenerwähnten Steuern sammt Staatszuschlägen nicht spätestens **vierzehn Tage** nach Ablauf der voraus festgestellten Zahlungstermine eingezahlt, so tritt die Verpflichtung zur Entrichtung **von Verzugszinsen** ein, welche, insoferne die ordentliche Steuergebür sammt Staatszuschlägen für das ganze Jahr 50 fl. übersteigt, für je 100 fl. und für jeden Tag mit $1^3/_{10}$ Kreuzer von dem auf die oben festgesetzten Einzahlungstermine nächstfolgenden Tage an, einzuheben sind.

Wird die Steuerschuldigkeit nicht binnen **vier Wochen** nach dem Einzahlungstermine abgestattet, so ist dieselbe sammt den bis zum Zahlungstage entfallenden Verzugszinsen sofort mittelst des vorgeschriebenen Zwangsverfahrens einzubringen.

Wien, am 1. April 1892.

Seiner k. und k. Apostolischen Majestät wirklicher Geheimer Rath, Statthalter und Präsident der k. k. Finanz-Landes-Direction für Niederösterreich

Erich Graf Kielmansegg. 2—3

Ad Statth.-Z. 19997
ex 1892.

Kundmachung

der k. k. Statthalterei für Niederösterreich vom 4. April 1892, Z. 19997, betreffend Beschränkungen in Bezug auf die Einfuhr von Rindern aus den Comitaten: Bars, Hort, Nógrát, Neutra, Pest-Pilis-Solt-Kiskún, Preßburg, Sáros, Zips, Trencsin, Turocz und Sohl nach Niederösterreich wegen Verbreitung der Lungenseuche in diesen Gebieten.

Im Hinblicke auf die zunehmende Verbreitung der Lungenseuche der Rinder in den Comitaten: Bars, Hort, Nógrát, Neutra, Pest-Pilis-Solt-Kiskún, Preßburg, Sáros, Zips, Trencsin, Turocz und Sohl in Ungarn und nachdem diese Seuche im laufenden Jahre wiederholt bei Rindern constatiert worden ist, welche aus für seuchenfrei gehaltenen Orten in obigen Gebieten eingeführt wurden, findet die k. k. Statthalterei zum Zwecke der Verhütung der Einschleppung dieser Epizootie nach Niederösterreich auf Grund des § 5 des allgemeinen Thierseuchen-Gesetzes und der bezüglichen Vollzugsverordnung (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36 ex 1880) die Einfuhr von Rindern aus den gedachten Comitaten nach Niederösterreich dahin einzuschränken, dass bis auf weiteres nur die Zufuhr von Schlacht- (Mast- und Beinl-) Vieh im directen Eisenbahnverkehre nach Wien, St. Marx, mit der ausschließlichen Bestimmung zur sofortigen Schlachtung im dortigen Schlachthause gestattet wird.

Derartige Viehsendungen dürfen daher, soferne die betreffenden Rinder nicht sofort nach ihrem Einlangen an das bezeichnete Schlachthaus zur Schlachtung abgegeben werden, nur auf dem Contumazviehmarkte zum Verkaufe aufgestellt und müssen von dort unmittelbar in das Schlachthaus in St. Marx behufs der sofortigen Schlachtung abgegeben werden.

Übertretungen dieser Bestimmungen werden nach dem Gesetze vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51), wobei auch die Vorschriften des § 46 Thierseuchen-Gesetz und der dazu gehörigen Vollzugsverordnung (R.-G.-Bl. Nr. 35 und 36), in Anwendung kommen, bestraft.

Diese Anordnungen treten **am 5. April 1892** in Wirksamkeit.

Wien, am 4. April 1892.

3—3 **Kielmansegg** m. p.

M.-Z. 57412 ex 1892.
XIV.

Kundmachung.

(Trottoir-Bespritzung.)

Auf Grund des § 93 des Gemeindestatutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, werden die **Eigenthümer, Administratoren** oder **Besorger der Häuser, der Baugründe** oder sonstiger **Plätze** sowohl in der Inneren Stadt, als auch in den übrigen Gemeindebezirken, in den Bezirken XI, XII, XIII, XIV, XV, XVI, XVII, XVIII und XIX nur innerhalb der verbauten geschlossenen Bezirkstheile verpflichtet, die **Fußwege** in der ganzen Ausdehnung ihrer Realität, und zwar ohne Unterschied, ob dieselben gepflastert oder ungepflastert sind, in der Zeit vom 15. April bis 15. October bei trockener Witterung täglich **zweimal**, und zwar vormittags **zwischen 7 und 8 Uhr**, nachmittags **zwischen 2 und 3 Uhr bespritzen**, bei nasser Witterung aber vom Kothe **reinigen** zu lassen, von welcher Verfügung auch die Fußwege vor den öffentlichen Gebäuden nicht ausgenommen sind.

In solchen engen Gassen, in denen keine abgegrenzten Fußwege bestehen, ist längs der betreffenden Realität ein Flächenraum in der Breite von mindestens 1·25 Meter zu bespritzen, beziehungsweise zu reinigen.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird vom Magistrate nach § 93 des Gemeindestatutes mit einer Geldstrafe bis zum Betrage von 200 fl. ö. W. oder mit einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen geahndet.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 9. April 1892. 2—3

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 8. April 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Bachofen v. Echt, Dr. Linke und Erndt wegen Fernbleibens . . . 899
2. Entschuldigung des Bürgermeisters wegen Fernbleibens . . 899
3. Beurlaubung des Gem.-Rathes Koch . . . 899
Einlauf:
4. Resolution einer Wählerversammlung des Bezirkes Margarethen, betreffend die Besorgung des Gasgeschäftes in eigener Regie der Gemeinde . . . 899
Interpellationen:
5. Gem.-Rath Wünsch, betreffend die Erstattung des Referates über die Eingabe der Unternehmung der Wiener-Neustädter Tiefquellenleitung . . . 899
6. Gem.-Rath Tagleicht, betreffend die Trottoirbespritzung in den neuen Vororten . . . 899
7. Gem.-Rath Silberer, betreffend die Passage auf dem Kohlmarkte im I. Bezirke . . . 900
8. Derselbe, betreffend den Ankauf der Kasernen durch die Gemeinde . . . 900
Anträge:
9. Gem.-Rath Ziegelwanger, betreffend die Pflasterung von Straßen im XIII. Bezirke . . . 900
10. Gem.-Rath Silberer, betreffend die sofortige Inangriffnahme der Vorarbeiten wegen Übernahme der Straßenreinigung in die eigene Regie der Gemeinde . . . 900
Referate:
11. Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1892. (Fortsetzung der Special-Debatte) . . . 900
12. Gem.-Rath v. Neumann, betreffend den Grundtausch rücksichtlich der dem Wiener k. k. Krankenanstalten-Fonde gehörigen Realität des ehemaligen Bezirkskrankenhauses Sechshaus und des der Gemeinde gehörigen Grundes nächst dem Kaiserin Elisabeth-Spitale . . . 908
13. Derselbe, betreffend den Grundverkauf Einl.-Z. 1036, I. Bezirk, Börsegasse, an Siegfried Kallich . . . 915
14. Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1892. (Schluss der Special-Debatte) . . . 916
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 6. April 1892 . . . 941
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 10. bis 16. April 1892 . . . 946
Pferdemarkt vom 15. April 1892 . . . 946
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 16. April 1892 . . . 947
Städtisches Lagerhaus . . . 947
Kundmachungen . . . 947—950
Beilage: Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates. Monatsbericht pro Jänner 1892.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.